



Volksbund Forum
.....

Zur Konkurrenz der Erinnerungskulturen

in Deutschland, Frankreich und Polen

Volksbund Deutsche
Kriegsgräberfürsorge e.V.



**Versöhnung über den Gräbern
Arbeit für den Frieden**

Volksbund *Forum*
.....

Zur Konkurrenz der Erinnerungskulturen

in Deutschland, Frankreich und Polen

Beiträge aus dem gleichnamigen, gemeinsam
mit der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten
Seminar vom 11. bis 15. März 2012 in Berlin

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.
Kassel 2012

Foto Titel

„Arbeit macht frei“ lautete der zynische Spruch (hier in spiegelverkehrter Ansicht), welchen die in ein Konzentrationslager Eingewiesenen oftmals – unter anderem in Sachsenhausen – schon am Eingangstor zu lesen bekamen. Sachsenhausen war ein Exkursions- und Diskussionsort des gemeinsamen Seminars von Volksbund und Friedrich-Ebert-Stiftung.

Foto Rückseite

Eine Teilnehmergruppe während einer Führung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

Ihre Meinung zu diesem Buch interessiert uns.
Rückmeldungen erbitten wir daher an:

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.
Stichwort: Konkurrenz Erinnerungskultur/Forum 8
Werner-Hilpert-Str. 2, 34112 Kassel
oder per E-Mail unter gedenken@volksbund.de

Die im Jahr 2008 begründete Reihe Volksbund *Forum* dient der Dokumentation inhaltlicher Reflexionen zum komplexen Themenfeld der europäischen Erinnerungs- und Gedenkkulturen. Volksbund *Forum* ist Plattform für Denkanstöße zur inhaltlichen Weiterentwicklung der Arbeit der deutschen Kriegsgräberfürsorge und für den fruchtbaren Austausch von Ideen und Erkenntnissen.

Bisher erschienen:

- Band 1: „Darf der Rote Baron wieder Held sein?“
Politisch-wissenschaftliches Kolloquium
in der Jerusalemkirche, Berlin,
16. Oktober 2008; Kassel 2008.
- Band 2: Rolf Wernstedt: Deutsche Erinnerungskul-
turen seit 1945 und der Volksbund Deutsche
Kriegsgräberfürsorge e. V.; Kassel 2009.
- Band 3: Den Frieden gewinnen: Ansprachen zum
Volkstrauertag 2009; Kassel 2009.
- Band 4: Gemeinsam erinnern. Beiträge aus dem
Workshop „Gedenkkultur und Zukunfts-
perspektiven im Bereich der universitären
Ausbildung“, Wolgograd, 25. Juni 2009;
Kassel 2010.
- Band 5: Vertrauen ist etwas Kostbares. Ansprachen
zum Volkstrauertag 2010; Kassel 2011.
- Band 6: Tätiges Erinnern. Ansprachen zum
Volkstrauertag 2011; Kassel 2012.
- Band 7: Zwischen Usedom und Uznam.
Die Geschichte der deutsch-polnischen
Grenze 1945 – 1951; Kassel 2012.

Inhalt

Vorwort

Peter Struck 7

Zum Seminar „Zur Konkurrenz der Erinnerungskulturen in Deutschland, Frankreich und Polen“

Thomas Rey 9

Einführende Überlegungen zu den Erinnerungskulturen in Frankreich, Deutschland und Polen

Bernd Faulenbach 17

Über die zweifache Vergangenheit des Ortes und die Arbeit in Sachsenhausen

Günter Morsch 43

Konkurrenz der Erinnerungen an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Hélène Camarade 75

Die Erinnerung an Judenverfolgung und Shoah in Frankreich und die Opferkonkurrenz – mit Vergleichen zu Deutschland

Etienne François 95

Kurze Zusammenfassung der Replik von Jan M. Piskorski mit Vergleich zur Entwicklung in Polen

111

Bemerkungen zu den öffentlichen Debatten in historischer Perspektive Jan M. Piskorski	115
Das gespaltene Gedächtnis Europas und das Konzept des dialogischen Erinnerns Aleida Assmann	127
Deutsche Erinnerungskulturen seit 1945 und die Aufgaben des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. Rolf Wernstedt	155
Eine Zusammenfassung Guido Thiemeyer	175
Fünf Fragen an Prof. Dr. Bernd Faulenbach	183
Tagungsbericht einer Seminarteilnehmerin Kawthar El-Qasem	189
Zur Veranstaltung „Zur Konkurrenz der Erinnerungskulturen in Deutschland, Frankreich und Polen“ H.-Georg Lützenkirchen	201
Über die Autoren	217
Impressum	224

*„Denken und Wissen sollten immer
gleichen Schritt halten.
Das Wissen bleibt sonst tot und
unfruchtbar.“*

(Wilhelm von Humboldt, 1767 – 1835)

Vorwort

Die Aufarbeitung zweier äußerst unterschiedlicher Diktaturen ist eine zentrale Zielsetzung deutscher Erinnerungskultur. Die geschichtspolitische Erinnerung der beiden, das 20. Jahrhundert trotz ihrer gravierenden Unterschiede prägenden Diktaturen ist aber auch eine Aufgabe europäischer Dimension.

Diesem Aspekt trägt die vorliegende Dokumentation eines gemeinsam von der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge veranstalteten Fachseminars mit ausgewiesenen Experten unter internationaler Beteiligung in besonderer Weise Rechnung.

Die Verantwortung für die Konzeption und die Durchführung der Tagung lag seitens des Volksbundes in den Händen von Thomas Rey, seitens der Friedrich-Ebert-Stiftung bei Prof. Dr. Friedhelm Boll. Beiden sei auf diesem Wege herzlich gedankt, wie auch der Universität von Bordeaux, die durch großzügige Unterstützung einer Reihe von Mitwirkenden die Teilnahme ermöglichte.



Dr. Peter Struck

Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung



Beim Besuch in der Kapelle der Versöhnung an der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße und der Einführung durch Pfarrer Manfred Fischer von der Evangelischen Versöhnungsgemeinde.

Zum Seminar „Zur Konkurrenz der Erinnerungskulturen in Deutschland,

„Die Weltordnung des 20. Jahrhunderts - soweit man dabei von Ordnung sprechen kann - scheint endgültig der Vergangenheit anzugehören. Und doch: Berlin kann man unmöglich verstehen, wenn man Versailles nicht kennt; London versteht man nicht ohne München, Vichy nicht ohne Verdun, Moskau nicht ohne Stalingrad, Bonn nicht ohne Dresden, Vásárosbéc¹ nicht ohne Jalta, Amsterdam nicht ohne Auschwitz. ... wir alle tragen, ob wir wollen oder nicht, das erschütternde 20. Jahrhundert in uns. Seine Geschichten werden flüsternd weitergegeben, über Generationen hinweg, die zahllosen Erfahrungen und Träume jener Zeit, die Augenblicke des Mutes und des Verrats, die Erinnerungen voller Angst und Schmerz, die Bilder des Glücks.“²

Frankreich und Polen“

Thomas Rey

Diese Erfahrung erlebten ganz unmittelbar auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des vom Volksbund

¹ Deutsch Wetzel, ungarisches Dorf im Komitat Baranya. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Mehrheit der deutschen Bevölkerung aus dem Dorf „evakuiert“ (Erläuterung T. R.).

² Geert Mak, *In Europa - Eine Reise durch das 20. Jahrhundert*, München, Pantheon, 5. Auflage 2006, S. 16.

gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführten Seminars „Zur Konkurrenz der Erinnerungskulturen in Deutschland, Frankreich und Polen“ vom 11. bis 15. März 2012 in Berlin. Und scheinbar gilt die obige Aussage auch dann, wenn Geschichte oder Erinnerungen daran nicht in unmittelbarer Zeitzeugenschaft erlebt oder vermittelt werden.³

Inhaltlicher Ausgangspunkt der Veranstaltung war die konstatierte, in Deutschland erfolgte Verschiebung der Erinnerungskulturen vom Betrauern der Opfer des Krieges (Soldaten, zivile Opfer des Krieges) zum Betrauern und zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und des Stalinismus. Rangierte lange Zeit die Trauer über die eigenen Verluste der Kriegsoffer (auch der von Flucht und Vertreibungen) an erster Stelle, so entwickelte sich danach auch das Gedenken an den Widerstand. Die Aufarbeitung des Holocaust und die Erinnerung an seine Opfer kam erst Jahrzehnte nach den historischen Vorgängen auf.

Durch zueinander in Kontext gesetzte Exkursionen⁴ gingen Teilnehmer und Referenten der Veranstaltung

³ Robert Traba fordert ohnehin – so in seinem Vortrag in der Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Golm am 30. August 2009 –, dass sich der Historiker vom Diktat der Zeitzeugen befreien muss.

⁴ Besucht wurden: das Holocaust-Mahnmal Berlin (Stelenfeld) mit Ort der Information, die Kriegsgräberstätte „In den Kisseln“, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, die Gedenkstätte Berliner Mauer, die Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Bendlerblock und die Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz.

der Fragestellung nach, wie es sich genau mit dieser Verschiebung verhält. Zudem wurde dabei auch multiperspektivisch der Blick auf die Entwicklung in den wichtigen Nachbarländern Frankreich und Polen gerichtet.

Transkulturelle Reflexion

Ein zentrales Element dieser Veranstaltung war, dass hier die aus verschiedenen Ländern kommenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer als Träger unterschiedlicher Kulturen gemeinsam Themeninhalte behandelten. Dadurch war von Anfang an die Form eines Dialogs bzw. Trialogs vorgegeben. Dabei löste die Einsicht in unterschiedliche kulturelle und wissenschaftliche Sozialisierungen keine „Krisen“ aus, sondern wurde als gegenseitige Bereicherung erfahren. Immer bestand die Chance, die Bedeutung von eigenen nationalen Prägungen gegenseitig zu hinterfragen und diese zu relativieren. So konnten durch neue Einsichten neue Positionen gefunden werden.

Diese transkulturelle Reflexion sollte grundsätzlich kein einmaliger Vorgang, sondern permanenter Prozess bei der Beschäftigung mit Themen aus dem weiten Feld der europäischen Erinnerungskulturen sein. Die Möglichkeit einer gemeinsamen historischen Erinnerung in Europa, so wurde auch im Verlauf des Seminars deutlich, – auch in Teilen mit Themen wie z. B. Vertreibung, Be-

satzung, ja selbst dem Holocaust – gibt es nicht. Im Gegenteil bilden die unterschiedlichen Betrachtungen und Bewertungen der Geschehnisse nicht selten die Grundlage der erinnerungskulturellen Konkurrenzen. Ist also keine gemeinsame europäische Erinnerungskultur möglich? Selbstverständlich ja, nur eben nicht als monolithischer Block, sondern als ein Verbund von nationalen Erinnerungslandschaften. Diese werden m. E. nicht nur durch Gedenkstätten gebildet, sondern durch „Erinnerungsorte“³ allgemein. Dazu zähle ich auch Kriegsgräberstätten. So wichtig und notwendig Gedenkstätten sind, sollten dabei andere „Erinnerungsorte“ wie insbesondere die Kriegsgräberstätten nicht vergessen und in diesem Zusammenhang thematisiert werden. Beides zusammen ergibt dann die Erinnerungslandschaften.

Bedauerlicherweise finden die Bedeutung von Kriegsgräberstätten und die Arbeit auf und mit ihnen in der Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption der Bundesregierung – der die Abgeordneten des Deutschen Bundestags Mitte November 2008 mit großer Mehrheit zugestimmt haben – bislang leider keine Berücksichtigung. Zwar heißt es dort: „Das nationalsozialistische Deutschland verursachte millionenfaches Leid durch

³ Der Begriff Erinnerungsort (frz.: lieu de mémoire) geht auf den französischen Historiker Pierre Nora (* 17. November 1931) zurück.

⁴ Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/9875, S. 2.

seine menschenverachtende Verfolgungs- und Vernichtungspolitik sowie brutale Eroberungskriege.“⁴

Dass die Kriegsgräberstätten des Zweiten Weltkriegs, mindestens der Nationen in Europa im unmittelbaren Zusammenhang und damit im Kontext zur NS-Diktatur stehen, wurde hier nicht gesehen.⁵ Dabei sind auch diese Kriegsgräber Ergebnis der NS-Diktatur! Hier ruhen Opfer, aber auch verantwortliche Täter. Dies bedingt im Besonderen, dass vor allem junge Menschen die Begegnung und inhaltliche Auseinandersetzung führen und sich dieses Themenfeld erarbeiten müssen.

Kriegsgräberstätten sind, so verstanden, multifunktional, nämlich Lernorte, kultureller Gedächtnisspeicher und Orte internationaler Begegnung. Sie werden damit zum Spiegelbild oft recht unterschiedlich begründeter und inhaltlich gestalteter demokratischer Gedenk- und Erinnerungskulturen im zusammenwachsenden Europa.

Wie also sollten sich Staaten in diesem Findungsprozess europäischer Erinnerungskulturen verhalten? Aktiv oder passiv?

⁵ Vgl. auch das Interview mit Prof. Dr. Bernd Faulenbach in diesem Buch. Er räumt hier – wie in verschiedenen persönlichen Gesprächen mit dem Verfasser – ein, dass dieser Zusammenhang in der damaligen Diskussion schlicht nicht gesehen bzw. erörtert und damit nicht berücksichtigt wurde.

Dies wurde insbesondere im Gespräch mit Prof. Morsch in Sachsenhausen intensiv diskutiert, der sich vehement jede direkte Einmischung der Politik verbat und stattdessen an ihre Verantwortung erinnerte.⁶

Im Gegensatz dazu hat sich beispielsweise Bundestagspräsident Norbert Lammert zu dieser Frage deutlich anders positioniert:⁷

Zwar sei der Staat nach seiner Auffassung nicht für Kultur zuständig, sondern allenfalls für die Bedingungen, unter denen sie stattfindet. Wenn der Staat aber eine „originäre Aufgabe“ in einem Bereich der Kultur habe, sei dies bei der „Erinnerungskultur“ der Fall, argumentierte der Parlamentspräsident unter Verweis auf entsprechende Gedenkveranstaltungen des Bundestages: Der Staat „muss sich um die Vermittlung von Zusammenhängen kümmern“ und dürfe dies nicht der „Zufälligkeit gesellschaftlicher Trends, Modeerscheinungen und Entwicklungen“ überlassen.⁸

So wie hier standen auch in vielen anderen Diskussionen während der Seminartage unterschiedliche Standpunkte

⁶ Vgl. ebenda.

⁷ Bei der Vorstellung seines Buches „Einigkeit. Und Recht. Und Freiheit“ am 28.9.2010 in Berlin.

⁸ Aussagen von Bundestagspräsident Norbert Lammert, zitiert nach dem Beitrag „Kompromiss als ethische Leistung“ von Helmut Stoltenberg in der Zeitschrift *Das Parlament* 39/2010.

nebeneinander. Der intensive Austausch wurde jedoch von allen Beteiligten als persönlicher Gewinn erfahren. Als Fazit bleibt, dass es noch viel Arbeit und Gesprächsbedarf auf dem Weg zu den gemeinsamen europäischen Erinnerungskulturen gibt. Der regelmäßige nationale und internationale Austausch, auch von Gedanken über Gedenken, ist dabei hilfreich. Dazu soll der vorliegende Band, der mit Dank an alle Referenten ihre Vorträge enthält, seinen Beitrag leisten.



Beim Besuch des Friedhofes „In den Kisseln“ in Berlin Spandau gab es u. a. eine angeregte Diskussion über den aus den 1960er-Jahren stammenden Gedenkstein mit der in West-Berlin damals eher unüblichen Aussage „Hier ruhen 350 Opfer des Faschismus“.

Einführende Überlegungen zu den Erinnerungskulturen in Frankreich, Deutschland und Polen

(Transkription des mündlichen Vortrages in Berlin am 11.3.2012)

Bernd Faulenbach

Der britische Historiker Timothy Garton Ash hat vor einiger Zeit die These vertreten, die Deutschen seien die Weltmeister der Aufarbeitung der Vergangenheit. Nun wird im Hinblick auf die Aufarbeitung der Vergangenheit keine Weltmeisterschaft ausgetragen. Von daher ist dieses Bild gewiss falsch. Aber es macht schon Sinn, sich einmal die Beschäftigung mit der jüngsten Vergangenheit und die Symbolik, die damit verbunden ist, in dem jeweiligen kulturellen Kontext in vergleichender Perspektive etwas näher anzuschauen. Dabei ist ein derartiger Vergleich schwierig. Wir wissen, nationalgeschichtliche Vergleiche sind hochkompliziert.

Mit Frankreich, Deutschland und Polen wählen wir drei Nationen aus, die benachbart sind, deren Geschichte vielfältig miteinander verwoben und doch sehr unterschiedlich ist. Die Unterschiedlichkeit bezieht sich auch auf den Gegenstand, den wir hier hauptsächlich untersuchen, die Erinnerungskulturen, zu denen wir fragen: Welche Bedeutung wird in der Erinnerung dem Zweiten Weltkrieg beigemessen? Welche Rolle spielen die Verbrechen, die mit dem Zweiten Weltkrieg verbunden sind,

welche die Folgen des Zweiten Weltkrieges und dann die Systemauseinandersetzung für diese drei Länder? Wir wissen natürlich, dass die Unterschiedlichkeit dieser drei Länder historisch tief begründet ist. Schon der Prozess der Nationalstaatsbildung verlief in diesen drei Ländern durchaus unterschiedlich, so dass sie in das 20. Jahrhundert mit durchaus kulturellen und politischen Unterschieden hineingegangen sind.

„Erinnerungskultur“ ist für uns hier der Umgang mit dieser Vergangenheit im öffentlichen Raum, in der der Vergangenheit auch eine bestimmte Bedeutung beigemessen wird. Wir wissen, dass sich Gruppen – und auch Nationen sind Großgruppen –, wenn sie auf Dauer existieren, eine eigene Erinnerung zulegen, die sie versuchen irgendwie zu fixieren und im Sinne einer Traditionsbildung zu pflegen. Dieses Erinnern erfolgt aber immer im Hinblick auf die jeweilige Gegenwart. Das heißt, man holt etwas aus der Vergangenheit in die Gegenwart hinein. Dieses bedeutet natürlich, dass die Erinnerungen sich dann im Laufe der Zeit auch ein Stück verändern, weil die Gegenwart sich verändert. Vor diesem Hintergrund haben wir Veränderungen in dieser Erinnerungskultur zu sehen, in der Memorialkultur, Gedenkstätten, Gedenktage, Rituale, politische Symbolik und so weiter ihren Ort haben.

Die unterschiedlichen Erfahrungen 1939 bis 1945

Alle drei Länder haben in der Zeit des Zweiten Welt-

kriegs Furchtbares erlebt. Dies kann irgendwie verbinden und „Nie wieder Krieg!“ ist eine Forderung, die ja dann auch verbreitet in Europa erhoben worden ist. Dennoch haben wir davon auszugehen, dass diese drei Länder nicht das Gleiche erlebt haben. Es gibt durchaus erhebliche Unterschiede schon realgeschichtlicher Art. Schon die historischen Rollen waren verschieden.

Die Deutschen waren diejenigen, die den Krieg begannen, große Teile Europas unterwarfen und im Osten einen Vernichtungs- und Eroberungskrieg führten, und damit verschränkt auch den Judengenzid verübten. Sie wurden dann ihrerseits von den Alliierten und den mit diesen verbündeten Staaten besiegt, was auch bei den Deutschen zu gewaltigen Opfern führte. Am Ende hatten sie nichts erreicht – im Gegenteil. Deutschland lag in Trümmern, zig Millionen Menschen waren auch hier umgekommen. Die Deutschen wurden aus ihren Ostgebieten und ganz Osteuropa vertrieben. Das Reich verlor seine Souveränität und wurde unter den Alliierten aufgeteilt. Die Deutschen sahen sich in ihrer großen Mehrheit dementsprechend als Besiegte dieses Krieges, nur eine Minderheit als Befreite. Auch die Alliierten sahen sich zunächst keineswegs als Befreier, sondern als Sieger, versuchten dann aber ihre jeweiligen Konzepte in den verschiedenen Zonen zu realisieren. Trauer über Millionen Opfer gab es allerdings in allen drei Ländern, auch in Deutschland, wobei man zunächst in aller Regel die eigenen Opfer betrauert hat. Dies ist ein vergleichsweise normaler Vorgang. Auch die Deutschen haben zunächst

die eigenen Opfer betrauert. Erst auf die Dauer weitete sich der Blick hier auch auf die Opfer der andern.

Ganz anders ist das Schicksal von Polen und Frankreich, die schon 1939 bzw. 1940 militärisch besiegt wurden, wobei beide Länder Schauplatz des kriegerischen Geschehens waren. Polen wurde unmittelbar einem Okkupationsregime unterworfen. Hier wurde eine grausame Bevölkerungspolitik realisiert. Es kamen nicht nur Millionen von Juden um, sondern auch eine große Zahl von Polen aus der übrigen Bevölkerung, was manchmal vergessen wird. Generell ist zu konstatieren, dass unter den europäischen Völkern pro Tausend Einwohner die Zahl der Opfer unter den Polen größer gewesen ist als in jedem anderen europäischen Land. Polen wurde dann in den alliierten Konferenzen, wie wir wissen, nach Westen verschoben, verlor Gebiete im Osten, bekam die deutschen Ostgebiete hinzu. Vielen Polen erschien die Befreiung 1944/45 allerdings nicht als Befreiung, sondern bald wieder als Besetzung. Und nach 1945 repräsentierte nicht die polnische Exilregierung Polen, sondern ein kommunistisches Regime, das zwar auf die Dauer eine polnische Färbung annahm, doch vielen Polen, nicht zuletzt dem polnischen Katholizismus, in gewisser Weise immer fremd blieb.

Frankreich war im Ersten Weltkrieg siegreich gewesen. Dieser Sieg spielt bis heute in der Erinnerung Frankreichs eine nicht unerhebliche Rolle. Frankreich unterlag 1940 den deutschen Armeen in wenigen Wochen, fortan ein Trauma für die Franzosen. Im nichtbesetzten

Teil Frankreichs wurde das Vichy-Regime installiert, das die konservativen antirevolutionären Traditionen aufgriff, die es eben auch in Frankreich gab: Ein Regime, das mit den Deutschen kollaboriert hat. Der Widerstand gegen die Deutschen war zunächst eher auf kleinere Gruppen beschränkt. Charles de Gaulle spielte eine Rolle, auch andere Gruppen spielten eine Rolle. Nach der Landung der Alliierten in der Normandie gewann dieser Widerstand erheblich an Bedeutung. Charles de Gaulle, der 1940 von England aus die Franzosen zum Widerstand aufgerufen hatte, war an der Rückeroberung Frankreichs beteiligt. Dies war zwar militärisch nicht von maßgeblicher Bedeutung, erlaubte jedoch seinen Truppen in Paris als Befreier einzumarschieren. Frankreich konnte sich als Sieger des Krieges betrachten und wurde in den Kreis der vier alliierten Mächte aufgenommen, welche die Nachkriegsordnung bestimmten. Die Situation war damit aber eben doch deutlich anders als die in Deutschland, aber auch deutlich anders als die Situation in Polen.

Die Unterschiedlichkeit des Geschehens wird deutlich, wenn man sich bestimmte Aspekte vergegenwärtigt, etwa den Aspekt des Widerstandes. Der polnische Widerstand wurde weitgehend von der polnischen Heimatarmee, von nationalen Kräften getragen, die den Kommunismus ablehnten. Die Sowjetunion ihrerseits aber unterdrückte im Zusammenwirken mit den Kommunisten diese politischen Kräfte in der Nachkriegszeit. Unter den Bedingungen der Nachkriegsepoche und der

kommunistischen Herrschaft konnte dieser Teil des Widerstandes nicht als Widerstandstradition wirklich gepflegt werden. Dadurch erfolgte in Polen also zunächst eine Verengung der Widerstandstradition. Erst seit den 1980er-Jahren, seit der Solidarność-Phase und danach konnte eine Erweiterung stattfinden.

In Frankreich siegte demgegenüber scheinbar die Résistance, die dafür sorgte, dass die französische republikanische Tradition gestärkt aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgehen konnte. Dennoch wird man sagen müssen, dass hier ein Résistance-Mythos entstanden ist, der das nationale Selbstverständnis in der Nachkriegszeit prägte.

Grundlegend anders war die Lage des Widerstandes in Deutschland. Er richtete sich nicht gegen eine fremde Macht, wie dies bei Frankreich oder Polen der Fall war, sondern gegen die eigene Regierung. Solange das NS-Regime siegreich war, hatte der Widerstand keine großen Chancen und galt der großen Mehrheit als Hochverrat. Der 20. Juli 1944 scheiterte. Es ist keine Frage, dass eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung bis zuletzt hinter Hitler gestanden hat. Die Berufung auf den Widerstand war deshalb in Deutschland in der Nachkriegszeit schwierig. Die beteiligten Personen oder ihre Angehörigen mussten um ihre Anerkennung zunächst vielfach kämpfen. Dies ist doch ein Spezifikum. Der Widerstand der Arbeiterbewegung wurde sogar zunächst teilweise vergessen oder in den Hintergrund gestellt, außer etwa in der sowjetisch besetzten Zone und in der

DDR, wo er unmittelbar instrumentalisiert wurde. Dies macht schon Unterschiede deutlich.

Auch im Hinblick auf den Holocaust wird man Unterschiede feststellen können. Die deutsche Verantwortlichkeit für dieses beispiellose Verbrechen steht völlig außer Zweifel. Dennoch wird man als Historiker fragen, ob die Implementierung des Holocausts in den verschiedenen europäischen Ländern, die ja recht unterschiedlich gewesen ist, ausschließlich von den jeweiligen deutschen Stellen abhängig war, oder ob dabei nicht auch die Kollaborationsbereitschaft in den entsprechenden Ländern eine Rolle gespielt hat. Das heißt, dass wir den Holocaust – ungeachtet der deutschen Urheberschaft – inzwischen doch verstärkt als ein europäisches Geschehen betrachten. Das wirft dann auch Fragen im Hinblick auf Frankreich auf. Darüber ist in Frankreich verstärkt seit den 1990er-Jahren diskutiert worden. Auch bezogen auf die osteuropäischen Länder stellt sich die Frage. In Polen ist in den letzten Jahren heftig über Jedwabne diskutiert worden.

Festhalten möchte ich, dass es Unterschiede gibt im Hinblick auf die Erfahrungen, die gemacht worden sind. Und es gibt natürlich in besonderer Weise auch Unterschiede in den Prozessen, wie man sich damit auseinandergesetzt hat und auseinandersetzt. Der Eiserner Vorhang teilte Europa in zwei Teile. Und der Umgang mit dieser Vergangenheit war nicht zuletzt durch den Ost-West-Gegensatz beeinflusst. Es gab Instrumentalisierungen auf beiden Seiten, aber in sehr spezifischer

Weise auf der kommunistischen Seite. In der Gegenwart wird man insofern, wenn man über die Fragen der heutigen Auseinandersetzung mit Vergangenheit redet, immer diesen Tatbestand im Auge behalten müssen. Die gegenwärtige Unübersichtlichkeit ist dadurch geprägt, dass wir natürlich auf der einen Seite diesen mörderischen Vernichtungs- und Eroberungskrieg und den Holocaust zu untersuchen haben; auf der anderen Seite aber die Interpretationen, Instrumentalisierungen, Rituale usw. Nicht zuletzt die kommunistische Herrschaft mit ihrem eigengewichtigen Terror haben wir mit in den Blick zu nehmen.

Nationale Selbstbilder

Ich komme in diesem Kontext kurz zu den nationalen Selbstverständnissen als Deutungsrahmen für die Erfahrung von Krieg und Nachkriegszeit. Frankreich, die Grande Nation, hatte 1940 eine bittere Niederlage erlitten, die zusammen mit dem Vichy-Regime doch als Trauma wirkte. Dennoch war das Selbstbewusstsein dieser großen Nation eben nicht wirklich gebrochen. Durch den äußeren und inneren Widerstand revitalisierte sich die republikanische Tradition, die letztlich in der französischen Revolution ihren Ausgang genommen hatte. Dies hatte freilich die Folge, dass dann in den ersten Nachkriegsjahrzehnten dieses Vichy-Regime in der Erinnerung verdrängt wurde. Mythisiert dagegen wurde die Résistance. Das Ganze wurde zunächst ein-

geordnet in ein traditionelles nationales Geschichtsbewusstsein und Selbstbewusstsein.

In Polen blieb das kompakte Nationalbewusstsein, das sich seit dem 19. Jahrhundert verstärkt entwickelt hatte, so stark, dass sich auch die Kommunisten ein Stück weit anpassen mussten. Allerdings wurde eben auch eine spezifische Variante des polnischen Nationalbewusstseins gepflegt. Polen sah sich als leidende Nation, als Nation, die immer wieder in der Geschichte Opfer mächtiger Nachbarn geworden ist, etwa in den polnischen Teilungen. In der internationalen Literatur spricht man von einem martyrologischen Selbstbild, das in Polen verbreitet gewesen ist. In der Nachkriegsepoche wurde Polen als Opfer NS-Deutschlands gesehen, während die Rolle Russlands und der Sowjetunion 1939/40 wegeskamotiert wurde. Zugleich wurde die Sowjetunion, die ja eigentlich durch den Hitler-Stalin-Pakt an der Eroberung Polens mitbeteiligt gewesen war, nunmehr zu einer Art Schutzmacht für Polen gegenüber dem Revanchismus aus der Bundesrepublik Deutschland. Die Integrität Polens als Staat konnte gegenüber den Deutschen scheinbar nur durch die Sowjetunion sichergestellt werden. Dieses war natürlich im Hinblick auf das polnische Nationalbewusstsein ein arg verkürztes Geschichtsbild. Dennoch war es über etliche Jahre nicht ohne Einfluss. Schon in den 1980er-Jahren, verstärkt in der Phase von *Solidarność*, wurde dann mehr über *Katyń* und andere Fragen auch in Polen diskutiert.

Von den drei Ländern wirklich erschüttert war durch

den Ausgang des Zweiten Weltkrieges das Nationalbewusstsein der Deutschen. Die Schuldfrage war völlig klar und sie betraf eben doch auch die Frage der gesellschaftlichen Verantwortlichkeit und die des Individuums, wie die berühmte Schrift von Karl Jaspers zeigt. Die „deutsche Katastrophe“ prägte in beträchtlichem Maße die deutschen Diskussionen der Nachkriegszeit. Bevor konkret über die Verantwortlichkeiten für die NS-Zeit und die NS-Verbrechen diskutiert wurde, wurde viel über den deutschen Irrweg diskutiert. Dabei wurden ältere Vorstellungen eines besonderen deutschen Weges teilweise aufgegriffen, doch negativ gewertet. Die NS-Zeit beeinträchtigte mit ihren ungeheuerlichen Verbrechen auf die Dauer auch die deutsche Teilung, das deutsche Nationalbewusstsein. Schließlich hat sich mehr und mehr eine gewisse Orientierung durchgesetzt, die man geradezu als postnational charakterisieren kann. So blieb vom Ausgang des Zweiten Weltkrieges keineswegs das Nationalbewusstsein der drei Länder unberührt.

Drei Erinnerungskulturen

Frankreich

Henry Rousso hat hervorgehoben, dass in Frankreich in den letzten Jahrzehnten eine Entwicklung von einer kollektiven Amnesie zu einer kollektiven Anamnese abgelaufen sei, was an Aleida Assmanns und Ute Freverts

These von der „Geschichtsvergessenheit zur Geschichtsversessenheit“ erinnert, um einen deutschen Titel zu nennen. Im Übrigen sieht Rouso Differenzierungsprozesse und ein allmähliches Zurücktreten des Staates in der kollektiven Erinnerung, Pluralisierungstendenzen, eine Veränderung des ästhetischen Zugangs und zunehmend auch Konflikte als Kennzeichen der französischen Entwicklung. Für die ersten beiden Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg kann man für Frankreich eine Mischung von Mythisierung und Verdrängung mit einer starken Reduktion des Bildes des historischen Prozesses feststellen. Während auf der einen Seite das Massaker der SS von Oradour als Symbol der Brutalität der deutschen Besatzungspolitik eine besondere Rolle spielte, wurde die Résistance in gewisser Weise enthistorisiert, wozu auch – partiell jedenfalls – eine Ent-Kontextualisierung gehörte. Zu den verdrängten Aspekten dieser ersten beiden Jahrzehnte gehörten das Ausmaß der Kollaboration und die Beteiligung des Vichy-Regimes. Dazu gehörte auch die Verdrängung der Rache an den Kollaborateuren nach dem Zweiten Weltkrieg. Immerhin sind ja in der Nachkriegszeit mehrere zehntausend Menschen umgekommen, die mit den Deutschen kollaboriert hatten. Bei Oradour hatte man Schwierigkeiten damit, dass zu den mordenden SS-Männern junge Elsässer gehört hatten. Zu den Spezifika der französischen Erinnerung dieser ersten Jahrzehnte gehörte auch, dass bei offiziellen Gedenkfeiern die Unterschiede zwischen den verschiedenen Opfern tendenziell eingeebnet worden sind (eine Erscheinung, die sich

auch für Deutschland feststellen lässt). Zunächst wurden in der Nachkriegszeit die Opfer additiv zusammengefügt. Man nannte sie nacheinander, nicht unbedingt vollständig. Aber es fand keine besondere Akzentuierung statt, sondern eine gewisse Einebnung. Der deportierte Widerstandskämpfer stand dabei im Zentrum dieser Erinnerungsfeiern, was bedeutete, dass der jüdische Bevölkerungsteil eben nicht hervorgehoben wurde, was in verschiedenen anderen Ländern in diesen Nachkriegsjahrzehnten seine Parallele hat. Die Kriegsgefangenschaft wurde ebenso ausgeblendet wie das Schicksal der Arbeiter, die mit mehr oder weniger großem Zwang während des Krieges nach Deutschland kamen. Von der Mythisierung des Widerstandes profitierten in besonderer Weise auf der einen Seite die Gaullisten, auf der anderen Seite die Kommunisten, die beide um die Hegemonie in diesem Erinnerungsdiskurs kämpften. Dadurch erhielt der Résistance-Mythos eine politische Funktion und diente auch der politischen Legitimation politischer Standpunkte.

Erst in den frühen 1970er-Jahren kam in der französischen Diskussion eine gewisse Auflockerung dadurch, dass zunächst ein junger amerikanischer Historiker, nämlich Robert Paxton, intensiv über das Vichy-Regime sprach und die französische Diskussion beeinflusste. Dann spielten die Ausstrahlung der amerikanischen Holocaust-Serie von 1979, aber auch Claude Lanzmanns „Shoah“-Film eine erhebliche Rolle, um das Einzigartige des Holocausts bzw. der Shoah der Öf-

fentlichkeit klarzumachen. Gewiss hatte es schon vorher Bestrebungen gegeben, über die Verfolgung der Juden in Frankreich zu reden, aber für die ganz große Verbreitung spielen diese Ereignisse eine erhebliche Rolle. Bedeutsam in Frankreich waren dann auch bestimmte spektakuläre Prozesse, die jetzt angestrengt wurden; so gegen Klaus Barbie, den ehemaligen Gestapo-Chef von Lyon, oder auch dann später gegen den ehemaligen gaullistischen Minister Papon, der 1997/98 vor Gericht stand. Ein Gedenktag für die jüdischen Opfer wurde erst unter Staatspräsident Chirac in den 1990er-Jahren eingerichtet. Überhaupt trat nun eine gewisse Veränderung ein, als Chirac 1995 erklärte, dass es eine unvergebbare Schuld auch des französischen Staates gegenüber den ermordeten Juden gäbe. Dies war in der Tat eine Veränderung gegenüber der Erinnerungskultur der Nachkriegszeit. Die Shoah hat damit auch im französischen Erinnerungshaushalt inzwischen eine erhebliche Bedeutung. 1989/90 bedeutet einen gewissen Schub in der Entwicklung der Erinnerungskultur.

Man kann fragen, was die Epochenwende im Hinblick etwa auf den Umgang mit dem Kommunismus in Frankreich bedeutete. Immerhin gab es eine starke kommunistische Partei in der Nachkriegszeit, die auch in der Widerstandstradition eine feste Größe gewesen ist. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus verlief in Frankreich eher etwas phasenverzögert. Alexander Solschenizyns „Archipel Gulag“ spielte dann eine erhebliche Rolle im Hinblick auf eine neue kriti-

sche Sicht des Kommunismus. Die Franzosen hatten anders als die Menschen in Polen oder in der DDR unmittelbare kommunistische Herrschaftspraxis nie erlebt. Frühere Kommunisten, die auf die Dauer Zweifel an ihren Positionen hatten, wie z. B. François Furet, haben dann nach 1989 in Frankreich den Diskurs über den Kommunismus und seinen Terror in besonderer Weise forciert.

Polen

Die polnische Erinnerungskultur entwickelte sich unter Rahmenbedingungen, die vom kommunistischen Regime bestimmt waren. Dieses konnte sich dabei aber immerhin auf die elementaren Erfahrungen der Menschen mit der deutschen Okkupation stützen. Nach den schlimmen Erfahrungen der deutschen Okkupation und der Westverschiebung Polens wurde das polnische Geschichtsbewusstsein neu ausgerichtet. Es wurde versucht, nicht zuletzt durch die starke Akzentuierung der Erfahrung der deutschen Okkupation und ihrer Untaten, eine Integration der polnischen Gesellschaft auf kommunistischer Basis zu realisieren und diese Integration zugleich zu verknüpfen mit dem traditionellen nationalen Bewusstsein.

Politisch motiviert war die Verdrängung des Hitler-Stalin-Paktes, Katyńs oder die Untergrundarmee. Von zentraler Bedeutung war die mörderische deutsche Besatzungspolitik. Sie dominierte das Geschichtsbild und

war dann auch sonst mit gewissen antideutschen Tendenzen verbunden. Die kamen etwa in der Vorstellung zum Ausdruck, dass die neuen Westgebiete als Rückgabe polnischer Gebiete interpretiert wurden, was eine zusätzliche Legitimation der Vertreibung war.

Über die besondere Schutzfunktion, die aus der kommunistischen Sicht die Sowjetunion gegenüber den Deutschen ausübte, habe ich schon gesprochen. Die Juden, gegen die es im Nachkriegspolen noch einen Pogrom gegeben hat, hatten in der polnischen Erinnerungskultur keine herausgehobene Funktion – hier ist eine gewisse Parallele zu Frankreich erkennbar. Allerdings war Auschwitz schon 1947 zu einem nationalen Erinnerungsort erklärt worden. Vergleichsweise früh war in Warschau auch ein Denkmal für den Aufstand im Warschauer Ghetto von 1943 errichtet worden. Ein Denkmal für den Aufstand von 1944 ließ dagegen lange auf sich warten und ist erst nach 1989 eingeweiht worden. Insofern gab es anfangs durchaus eine gewisse Hinwendung zu diesem Thema, aber aufs Ganze gesehen wurde dem Juden-Genozid keine unvergleichliche Bedeutung beigemessen.

Erst seit den 1970er-Jahren gab es verstärkt – wie Hans-Jürgen Bömelburg formuliert hat – ein neues Reden über die Geschichte mit Tabubrüchen und Differenzierungen, allerdings nur in einer vergleichsweise begrenzten polnischen Öffentlichkeit. Gefördert durch die *Solidarność* sind der Hitler-Stalin-Pakt, Katyń und

andere Themen aufgegriffen worden. Heute gibt es in vielen polnischen Städten Katyń-Plätze oder Katyń-Kreuze. Hier hat sich die polnische Erinnerungskultur durchaus erweitert. Aufs Ganze gesehen gab es einen Nachholbedarf für die Erforschung der sowjetischen Besetzung 1939 bis 1940.

Auch nach 1990 dominierte die Vorstellung von Polen als Opfervolk. Allerdings wurde dieses Selbstbild ein Stück weit gefährdet durch die Geschichte von Jedwabne, einem Geschehen in polnischen Städten, wo polnische Bürgerinnen und Bürger aktiv an dem Juden-Genozid beteiligt gewesen waren. Dies war nicht recht kompatibel mit dem Bild von Polen als einem Land, das nur Opfer der anderen gewesen ist und führte dann auch in der polnischen Öffentlichkeit zu gewissen Irritationen. Die innerpolnischen Auseinandersetzungen über die jüngste Geschichte haben zugenommen. Die Tendenz, ein monumentalisiertes Geschichtsbild zu pflegen, ist wohl jedoch immer noch vorherrschend. Aber auch in Polen gibt es Ansätze einer Differenzierung. Intensiv wird über die kommunistische Phase gestritten, die Geschichte Volkspolens, und hier insbesondere über die Frage, inwieweit dieses eine Ära der polnischen Geschichte ist, oder ob Polen in dieser Zeit eher als ein besetztes Land zu betrachten ist. Diskutiert wird etwa über Jaruzelski: War er ein Patriot oder ein Werkzeug des Kommunismus?

Insofern gibt es sowohl in Frankreich als auch in Polen

in den letzten Jahrzehnten durchaus intensive Diskussionen. Dies gilt erst recht für Deutschland.

Deutschland

Die deutsche Entwicklung war in doppelter Weise geprägt: Erstens gab es keinen Zweifel, dass die Deutschen für den Krieg mit zig Millionen Opfern und den ungeheuerlichen Judenmord verantwortlich waren. Zweitens vollzog sich die Aufarbeitung von Erinnerungspolitik in einem geteilten Land mit zwei Staaten, die ideologisch, politisch, gesellschaftlich gegensätzlichen Lagern angehörten. Gewiss war die Ausgangskonstellation in beiden deutschen Staaten – oder in den Westzonen und in der Ostzone – zunächst ähnlich, aber dann verlief die Entwicklung eben unterschiedlich. Im Westen gab es eine parlamentarische Demokratie. In der sowjetisch besetzten Zone entstand eine Diktatur, deren Aufbau kamoufliert wurde durch eine „antifaschistisch-demokratische Neuordnung“. Der Antifaschismus im Osten glorifizierte den kommunistischen Kampf gegen die faschistische Diktatur, der schließlich im Bündnis mit der großen Sowjetunion siegreich gewesen war. Die großen „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“ in der DDR waren dadurch charakterisiert, dass hier der opferreiche Kampf und Sieg über den Faschismus gewürdigt wurde, zugleich aber jahrelang die Botschaft vermittelt wurde, dass dieser Kampf mit der Bundesrepublik weiterzuführen war, wo Faschisten oder Leute, die mit dem Faschismus eben nicht wirklich gebrochen hatten, weiter regierten. Die Westinterpretation des Nationalsozialis-

mus hatte teilweise ebenfalls eine Stoßrichtung gegen den Osten – in dem Sinne, dass man aus der Erfahrung mit dem NS-Totalitarismus die Konsequenz der Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Totalitarismus gezogen hatte. Allerdings war die Diskussion im Westen immer sehr viel breiter als im Osten, allerdings auch widersprüchlicher, dann auf die Dauer auch ungleich gründlicher als im Osten.

Seit den 1960er-Jahren rückt in der westdeutschen Diskussion massiv der Holocaust als zentraler Komplex des Geschehens in den Vordergrund und bestimmte dann auch das westliche Bild der NS-Zeit, während der Holocaust in der DDR kaum hervorgehoben wurde und Forderungen danach – wie Joachim Käppner in einer lezenswerten Arbeit gezeigt hat – bekämpft wurden. Im Westen war der Frankfurter Auschwitz-Prozess von besonderer Bedeutung, dann die Verjährungsdebatten des Bundestages. Erst in den 1980er-Jahren hat die DDR versucht, sich etwas stärker mit dem Thema zu beschäftigen. In der Bundesrepublik entdeckte man gleichzeitig weitere Opfergruppen, die bislang nicht hinreichend berücksichtigt worden waren, also etwa Sinti und Roma oder Homosexuelle und andere Gruppen. Dabei spielte die Zivilgesellschaft eine nicht unerhebliche Rolle, diesen Prozess der Aufarbeitung neu zu prägen.

Fast von Anfang an widmete sich in Westdeutschland die zeithistorische Forschung der NS-Zeit. Und Teile der politischen, publizistischen und kulturellen Öffent-

lichkeit haben seit den 1960er-Jahren – eher im Gegensatz zu der Mehrheit der Bevölkerung – diese Fragen stark in den Vordergrund geschoben. Zunehmend sind diese Fragen in das Zentrum des deutschen Selbstverständnisses gerückt. Natürlich gab es neben dem – wie Reinhart Koselleck formulierte – negativen Gedächtnis auch positive Erinnerungskomplexe, etwa den Widerstand der Arbeiterbewegung und den Widerstand des 20. Juli. Aber diese Widerstandshistoriographie wurde doch teilweise zugedeckt durch die Vorstellung der Deutschen als dem Volk der Täter, wobei die Unterschiedlichkeit des Verhaltens in der deutschen Gesellschaft unzulässig nivelliert wurde. Wenn wir uns den Judenmord und die anderen Verbrechen des Dritten Reiches vergegenwärtigen, so ist festzustellen, dass der Holocaust als Geschehen begriffen wurde, das für das deutsche Geschichtsbewusstsein von zentraler Bedeutung war. Die Westdeutschen haben gleichsam den Judenmord internalisiert, während ihn umgekehrt die Ostdeutschen, die DDR ihn externalisiert haben. Hitler wurde – wenn man das überpointiert formuliert – in der DDR geradezu zum Westdeutschen erklärt. Dies sind charakteristische Unterschiede.

1989/90 wurden mancherorts – Stimmen in Israel und in den USA – Befürchtungen artikuliert, dass es wieder so etwas wie ein „Viertes Reich“ geben könnte. Zur Charakterisierung dieses Vierten Reiches gehörte, dass eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nun zu einem Ende kommen würde. Dies ist aber

gerade nicht eingetreten. Während ein Teil der Geschichtsaufarbeitung der 1980er-Jahre fast noch etwas Oppositionelles gehabt hat, sind die 1990er-Jahre im vereinigten Deutschland dadurch gekennzeichnet, dass in starkem Maße auch die Politik die Erinnerungskultur unterstützt hat. Ich nenne nur die Enquete-Kommissionen des Bundestages und die Bundesgedenkstättenkonzeption, die dann Rot-Grün schließlich beschlossen hat. Das vereinigte Deutschland wollte damit zeigen, wir stehen uns aus dieser Geschichte nicht weg. Dennoch ist es natürlich wichtig, dass die Gesellschaft ihrerseits immer ihre eigenen Fragen an die Geschichte stellt und die Erinnerung nicht zu einem bloßen Ritual wird.

Zu den Veränderungen in den 1990er-Jahren gehört allerdings auch, dass einige andere Themen wieder neu entdeckt wurden, etwa Flucht und Vertreibung oder der Bombenkrieg auf deutsche Städte. Das sind historische Komplexe, in denen die Deutschen nicht Täter, sondern in denen sie Opfer sind. 12 bis 14 Millionen Menschen flohen oder wurden vertrieben, 1,5 bis 2 Millionen Menschen kamen dabei um. Dies ist ein bedeutender historischer Komplex, den z. B. Günther Grass in seiner Novelle „Im Krebsgang“ aufgegriffen hat. Gleichwohl wurde die Internalisierung der NS-Verbrechen nicht rückgängig gemacht. Und es gab auch keine Versuche, Leiderfahrungen aufzurechnen. Allerdings sind Differenzierungen in der Erinnerungskultur unübersehbar.

Zwangsläufig trat in den 1990er-Jahren die Aufgabe in den

Vordergrund, sich auch kritisch mit der kommunistischen Zeit auseinanderzusetzen. Einige der großen nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR sind Orte, in denen auch in der Nachkriegszeit – etwa in Sachsenhausen von 1945 bis 1950 – Tausende von Internierten, aber auch von Verurteilten der sowjetischen Militärtribunale inhaftiert waren, von denen 12 000 Menschen umgekommen sind. Auf die Gedenkstätte Sachsenhausen bezogen habe ich immer erklärt, man muss das, was hier vor Ort geschah, in den realen Proportionen, wie sie an diesem Ort auch wirklich stattgefunden haben, sorgfältig dokumentieren. Gleichwohl ist das Verhältnis der beiden Vergangenheiten eine außerordentlich schwierige Sache, wie das Verhältnis der verschiedenen Opfergruppen bei der Neugestaltung der Gedenkstätten zeigte. So sahen die nach 1945 Inhaftierten die Widerstandskämpfer des Dritten Reichs, unter denen es eine ganze Menge Kommunisten gab, mehr oder weniger als diejenigen, die sie da eingesperrt haben. Umgekehrt betrachteten die Überlebenden des NS-Konzentrationslagers die Inhaftierten der Nachkriegszeit als Nazis. Ich werde nicht vergessen, als ich das erste Mal eine Anhörung mit beiden Gruppen machte, mit welcher Emotionalität diese beiden Gruppen aufeinanderstießen. Das Ganze ließ sich nur dadurch einigermaßen abfedern, dass auch Institutionen und Gruppen vertreten waren, die unter beiden Regimen verfolgt worden waren.

Zum beziehungsgeschichtlichen Verhältnis

Hier muss ich wenigstens noch einen Satz zum Verhältnis der Erinnerungskulturen machen, zwischen Polen und der Bundesrepublik, zwischen der Bundesrepublik und Frankreich und zwischen Frankreich und Polen. Dies würde ein weiteres Referat erfordern, zumal auch die beziehungsgeschichtlichen Verhältnisse in eine historische Dimension gerückt werden müssten. Die nationalen Erinnerungskulturen standen in der Nachkriegszeit überwiegend nebeneinander bzw. gegeneinander, insbesondere die westlichen und die östlichen. Einige Organisationen übersprangen die Grenzen, so Verfolgtenverbände, der Internationale Suchdienst und das Rote Kreuz, auch der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Doch erst allmählich entwickelte sich Kommunikation, etwa Dialoge zwischen Deutschen und Franzosen, deutlich später auch zwischen Deutschen und Polen. Erst seit 1989/90, d. h., in der Gegenwart wird die nationale Abschottung nicht nur überwunden, sondern lassen sich auch transnationale Ansätze des Erinnerns feststellen. Das gegenseitige Verständnis ist gewachsen. Doch von einer europäischen Erinnerungskultur sind wir noch weit entfernt. Nach wie vor sind nationale Erinnerungskulturen vorherrschend.

Resümierende Schlussbemerkungen

Erstens ist deutlich geworden, dass von erheblicher Bedeutung bei der Aufarbeitung und in geschichtspolitischen Prozessen tatsächlich die unterschiedlichen Erfahrungen der verschiedenen Völker sind. Dies muss

sich auch in den Erinnerungskulturen irgendwo spiegeln. Allerdings sind die Erfahrungen doch miteinander verschränkt, so dass man sie auch nicht völlig voneinander trennen kann.

Zweitens: Im Westen waren Auseinandersetzungen über die jüngste Vergangenheit Prozesse, bei denen Einschätzungen und Formen sich veränderten. Dies war in den kommunistischen Ländern anders; allerdings stellte *Solidarność* wesentliche Interpretationsmuster in Frage. In mancher Hinsicht ist eine gewisse Parallelität für Frankreich und die Bundesrepublik und Polen zu konstatieren, weniger für die DDR. Ende der 1960er- und Anfang der frühen 1970er-Jahre wurden also in diesen drei Ländern verstärkt neue Fragen gestellt. Eine deutliche Zäsur bildet dann aber eben auch das Jahr 1989/90.

Drittens: Aufarbeitungs- und Erinnerungsprozesse wiesen verschiedene Mischungsverhältnisse auf. Ungleich stärker und unmittelbar politisch gesteuert waren Aufarbeitung und Erinnerungspolitik in den kommunistischen Ländern. Verdrängungsprozesse gab es aber in allen vier Ländern, die hier thematisch behandelt worden sind. Mythisierungs- und Enthistorisierungsprozesse lassen sich ebenso feststellen wie das Bedürfnis, Geschichte als Legitimationsmittel einzusetzen.

Viertens: Der Judenmord spielte in allen Ländern zunächst keine herausragende Rolle, jedenfalls nicht in dem Sinne, dass die Opfergruppe besonders hervorge-

hoben wurde. Die Einzigartigkeit des Judengenozids wurde – abgesehen von Israel, wo es allerdings auch eine Entwicklung gegeben hat – seit den 1960er-Jahren verstärkt zum zentralen Thema etwa der deutschen Diskussion. Frankreich und auch Polen folgten in den 1980er-Jahren, als der Holocaust insbesondere in den USA zum Gegenstand von Museumsgründungen, von Forschungs- und Erziehungsprogrammen wurde.

Fünftens: Die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur nach 1989/90 stellte sich in ungleich stärkerer Weise für die Länder, in denen kommunistische Herrschaft tatsächlich ausgeübt worden ist, also etwa für die DDR und damit eben doch auch für Gesamtdeutschland und für Polen. In Frankreich spielte die Auseinandersetzung lediglich eine eingeschränkte Rolle. In mancher Beziehung haben wir gegenwärtig eine Zweiteilung der Geschichtslandschaft in Europa. Im Westen spielt heutzutage der Holocaust als konstitutives Geschehen eine zentrale Rolle, während in Osteuropa vielfach der Gulag hervorgehoben und von einer Gleichrangigkeit der beiden Totalitarismen gesprochen wird. Auf der Ebene des europäischen Parlaments prallen diese Vorstellungen vielfach aufeinander. Dies ist ein interessantes, aber auch ein schwieriges Politikfeld, bei dem die europäische Politik meines Erachtens darauf achten muss, dass sie sich nicht überhebt. Bestimmte Fragen müssen offen bleiben, historische Kontroversen können nicht durch Parlamentsbeschluss entschieden werden.

Sechstens: In Deutschland herrscht heute in vieler Beziehung immer noch ein „negatives Gedächtnis“ vor. Man weiß von einer höchst belasteten Geschichte und definiert das eigene Selbstverständnis im Gegensatz zu dieser. Gewiss gibt es daneben auch positive Komplexe. Bezogen auf diese jüngste Geschichte gibt es Widerstandsphänomene, doch dominiert das Wissen um furchtbares Geschehen, das in deutscher Verantwortung stattgefunden hat. In Frankreich kann man feststellen, dass in den letzten Jahrzehnten durchaus ein selbstkritischerer Umgang mit der Vergangenheit an Boden gewonnen hat. Erste Ansätze dazu – meine ich – kann man auch im heutigen Polen feststellen, obgleich die monumentalische Sicht noch vorherrscht.

Siebtens: Aufarbeitungs- und Erinnerungsprozesse sind bis in die Gegenwart vor allem nationale Prozesse. Aber diese nationalen Prozesse sind zunehmend kommunikativ miteinander verbunden. Man nimmt heute zur Kenntnis, was in den anderen Ländern erinnert wird, stärker als das früher der Fall gewesen ist. Es ist erkennbar, dass es in den Nationen vielfach eine Pluralisierung der Diskussionen gibt, einen Kampf der Erinnerungen. Zum anderen hat sich eine transnationale politische Diskussionsebene herausgebildet. Ein Teil der Auseinandersetzungen hat sich auf die europäische Ebene verlagert. Auf jeden Fall stehen wir – wenn ich das abschließend sagen darf – meines Erachtens keineswegs am Ende einer Entwicklung, sondern die Diskussion über die Erinnerungskulturen in Europa wird in allen drei Ländern



Gespräch und Diskussion mit Prof. Dr. Günter Morsch im großen Sitzungssaal des T-Gebäudes in der Gedenkstätte Sachsenhausen.

Über die zweifache Vergangenheit des Ortes und die Arbeit in Sachsenhausen

Der nachfolgende Text ist keine Niederschrift eines Vortrages, sondern die Zusammenfassung einer Diskussion mit Prof. Dr. Günter Morsch am 12. März 2012. Die vielen Fragen und Diskussionen waren so intensiv und im Ergebnis auch sehr informativ, dass wir in der vorliegenden Seminardokumentation nicht vollständig darauf verzichten wollten. Das Gespräch führten wir im großen Sitzungssaal des T-Gebäudes in der Gedenkstätte Sachsenhausen. Gleich zu Beginn der Diskussion wurde die Frage nach der Authentizität des Ortes Sachsenhausen gestellt.

Günter Morsch

Günter Morsch: Sie befinden sich hier in dem wichtigsten noch erhaltenen Gebäude der Schreibtischtäter. Wenn Sie nach Authentizität fragen, dann bedenken Sie bitte: Dieses ist der Raum, in dem viele Entscheidungen des KZ-Systems getroffen wurden. Hier kamen monatlich alle KZ-Kommandanten aus zwanzig Hauptlagern oder ihre Adjutanten und Abteilungsleiter zusammen, um zum Beispiel über Massenvernichtungsmaßnahmen oder Ernährungsrationen zu beraten.

Über den Ablauf von zwei wichtigen Besprechungen an diesem Ort besitzen wir sehr genaue Informationen. Das sind die Besprechungen vom 30. August und vom

1. September 1941. In diesem Raum ging es um die Frage, wie man mit den sowjetischen Kriegsgefangenen umgehen solle. Hier vorne saß damals Theodor Eicke, der Inspekteur der Konzentrationslager, dessen Dienstvilla in Sachsenhausen – heute eine internationale Jugendbegegnungsstätte – noch erhalten ist. Er war eigentlich gar nicht mehr zuständig, denn er war seit 1939 an der Front und hatte die Waffen-SS aufgebaut. Aber aus Gewohnheit oder Diensteyer war er hier und löste seinen Nachfolger Richard Glücks in der Leitung der Sitzung ab. Eicke teilte kurz mit, dass Adolf Hitler laut dem Kommissarbefehl – den übrigens die Wehrmacht geschrieben hatte – die Ermordung der sowjetischen Kommissare befohlen habe. Weil aber die Anzahl der sowjetischen Kriegsgefangenen viel zu groß war, um alle mutmaßlichen Kommissare zu selektieren, wurden viele von ihnen bis in die Stalags (Stammlager) im Inneren des Reiches transportiert. Es sei nun die Aufgabe der SS, so formulierte Heydrich in zwei schriftlichen Einsatzbefehlen, diese Kommissare in den nächstgelegenen Konzentrationslagern zu ermorden. Begründet wurde das in der ersten Sitzung hier in der KZ-Inspektion nur damit, dass Eicke sagte, die Sowjets machten es genauso. Diese platte Parallelisierung, die man auch heute schon wieder findet, diente als einziges Argument. Es gab keinerlei Diskussion über die geplante Ermordung. Die Meinungsäußerungen setzten erst ein bei der Frage nach dem „Wie?“, also bei der technischen Umsetzung. Viele Kommandanten bevorzugten die jeweils bei ihnen im Konzentrationslager angewandte Methode. Das hieß

konkret, die Einen wollten hängen, die Anderen wollten durch Herzspritzen töten, die Dritten wollten auf einem Schießstand erschießen, die Vierten ein anderes Verfahren wählen. Daraufhin vertagte man sich.

Auf dem riesigen Gelände, auf das Sie blicken, ist noch der Großteil der Gebäude des SS-Truppenlagers erhalten. Dort befinden sich auch die Hallen des Kriminaltechnischen Instituts des Reichskriminalpolizeiamtes, wo der Gaswagen umgebaut wurde. Dessen Ingenieure erhielten den Auftrag, zusammen mit Sachsenhausener SS-Männern ein Verfahren zur Tötung der sowjetischen Kriegsgefangenen zu entwickeln. Man erfand daraufhin das Genickschuss-Verfahren und stellte es am 1. September 1941 vor. Die Besprechungsteilnehmer gingen zuerst in die LKW-Baracke, wo dieses Verfahren durchgeführt wurde. Dort wurden, so heißt es im Zeitzeugenbericht, sieben bis acht sowjetische Kriegsgefangene auf diese Art getötet. Alle Teilnehmer der Besprechung schauten zu und gingen dann lachend und schulterklopfend zurück an den Ort, an dem wir jetzt sitzen. Es wurde weiter diskutiert und es fand sich wieder kein Kompromiss über die anzuwendenden Tötungstechniken. Einzig Buchenwald war bereit, das gezeigte Verfahren zu übernehmen, die anderen Konzentrationslager wollten ihre eigene Tötungsart beibehalten bzw. entwickeln. Die „Liberalität“ des Inspektors drückt sich darin aus, dass er dies gestattete. Eickes Nachfolger, Richard Glücks, forderte sogar dazu auf, eigene Verfahren zu entwickeln. Ich bin heute ganz sicher, dass der

erste Einsatz von Zyklon B, den daraufhin Lagerführer Fritzsch im September 1941 im Stammlager Auschwitz an sowjetischen Kriegsgefangenen ausführen ließ, eine Folge dieser Konferenz hier in Sachsenhausen war.

Ich will damit deutlich machen, dass wir hier tatsächlich einen Ort haben, der so authentisch erhalten ist wie kaum ein anderer – die Eichenbalken, die Türen, alles ist noch original –, und trotzdem ist er nur wenigen Eingeweihten bekannt. Darauf möchte ich nämlich hinaus: Offensichtlich gibt es keine direkte Kausalverbindung zwischen dem Ausmaß der Erinnerung und dem Grad der Authentizität. Hier in Sachsenhausen ist ein Großteil des ehemaligen SS-Truppenlagers erhalten. Wir haben hier das wichtigste noch erhaltene Gebäude der Schreibtischtäter. Und kaum jemand kennt es. Sie können nach Washington in das United States Holocaust Memorial Museum fahren – nichts. Sie können nach Yad Vashem in Jerusalem fahren – nichts. Sie können nach London ins Imperial War Museum fahren – nichts. Auch in den neuen Täteraussstellungen in den deutschen Gedenkstätten wird die Inspektion der Konzentrationslager kaum erwähnt, obwohl seine Bedeutung für das gesamte System der Konzentrationslager kaum überschätzt werden kann. Der Grad an Authentizität entscheidet also nicht über den Grad der Erinnerung. Diese Erkenntnis hat sich erst in den vergangenen Jahren herausgebildet. Dennoch haben diese Relikte natürlich eine große Bedeutung.

Als man 1945 in unterschiedlichen Staaten begann, über

die Bewahrung der Erinnerung nachzudenken, waren es nur die Polen, die die Lager sofort unter Denkmalschutz stellten. Dies war für sie selbstverständlich, denn für sie waren die Lager ein Beweis für die Verbrechen der Nationalsozialisten. In beiden deutschen Staaten dagegen hat man die Lager zuerst auf unterschiedliche Weise umgenutzt, meistens als Internierungs- beziehungsweise Speziallager oder zur Unterbringung von Displaced Persons. Danach hat man sie dann fast alle abgetragen und zerstört. Das Bewusstsein für die Bedeutung der authentischen Relikte hat kaum existiert und ist erst neueren Datums. Lange Jahre erachtete man sie im Rahmen der Gedenkstättenkonzeption für überflüssig – aus Sicht der Künstler, die diese Stätten gestaltet haben, sogar für hinderlich. So erhielt 1959 das Buchenwald-Komitee, das auch die Gestaltung von Sachsenhausen und Ravensbrück plante, Briefe aus Buchenwald, in denen es sinngemäß hieß: „Genossen, ihr habt ja eine wunderschöne Gedenkstätte am Hang Richtung Weimar gemacht, aber die interessiert die Besucher nicht, die fragen immer: Wo ist denn das Lager?“ Daraufhin machten die Architekten, Künstler und Landschaftsgestalter des Buchenwald-Komitees eine Reise zu den historischen Orten. Sie kamen zurück und hatten nichts gelernt. Im Gegenteil – ich habe dieses Gutachten in Gänze publiziert – war ihre Aussage: „Diese Trivialbauten sind nicht in der Lage die Inferiorität des Geschehens zu vermitteln.“ Und der entscheidende Satz lautet: „Nur die Kunst ist dazu in der Lage, diese Botschaft zu transportieren.“ Dieser Satz würde von heuti-

gen Architekten und Gestaltern wahrscheinlich in der Mehrheit genauso unterschrieben. Die Motivation für Peter Eisenman zum Beispiel, mitten in Berlin ein aussageloses Stelenfeld zu entwerfen, unterscheidet sich prinzipiell von der Motivation des Buchenwald-Komitees in keiner Weise. Die Anerkennung des Relikts als wichtige Quelle, als authentisches Zeugnis, geschah erst etwa im Laufe der letzten zwanzig Jahre. Dabei ist leider festzustellen, dass die Deutschen in der Zeit davor gründlich gearbeitet haben: Weder in Ravensbrück noch in Sachsenhausen noch in Buchenwald, weder in Dachau noch in Flossenbürg noch in Bergen-Belsen oder anderen Lagern sind gerade im engeren Bereich des ehemaligen Schutzhaftlagers noch große Teile der Relikte vorhanden.

Lassen Sie mich zu dieser Idee des Relikts aber auch einen kritischen Satz sagen. Wenn Sie Majdanek besuchen, finden Sie dort tatsächlich sehr viel mehr erhalten. Und trotzdem ist es anders als zum Beispiel beim Kölner Dom. Bei der ikonographischen Betrachtung des Kölner Doms kann man – bei entsprechender Vorbildung – lernen, wann der Bau begonnen wurde, in welcher Phase er weitergebaut worden ist, auf welche Weise die Architektur selbst als Metapher für Inhalte zu lesen ist. Ein Konzentrationslager ist aber nicht die Summe der Gebäude. Ein Konzentrationslager ist das Geschrei, der Lärm, der Gestank, die Tortur, das Leiden, der Massenmord. Allein durch die Betrachtung der Gebäude können Sie das nicht lernen. Dennoch gilt seit spätestens 1993 selbstverständlich auch bei der Stiftung Branden-

burgische Gedenkstätten: Jeder Stein ist ein Denkmal. Bevor wir einen Stein entfernen, sei er noch so klein und unscheinbar, sind etliche Stellen damit beschäftigt. Das ist zuallererst der Internationale Opferbeirat, dann die Fachkommission, dann wird der Denkmalschutz eingeschaltet, und im Konfliktfall befasst sich auch der Stiftungsrat damit, in dem die Mittelgeber, also Bund und Land, eine Stimmenmehrheit haben. Erst dann werden Entscheidungen getroffen. Diese Wertigkeit hat sich ganz massiv verschoben. Das hat natürlich etwas mit dem Ende der lebendigen Zeitzeugenschaft zu tun. Je weniger Zeitzeugen es gibt, die noch Auskunft geben können, desto mehr müssen wir uns auf die Aussagekraft der Relikte verlassen. Dabei ist uns klar, dass die Erhaltung der Relikte – und was kann authentischer sein als dieser Ort – keine Garantie für die Erinnerung ist. Die Erinnerung entspringt aus dem Willen der Gesellschaft, zu erinnern. Offenbar ist es hier an diesem Ort nicht opportun, an die Schreibtischtäter der KZ-Inspektion zu erinnern, die über das Schicksal von Hunderttausenden entschieden haben.

Frage: Es sind ja nun inzwischen in den letzten Jahrzehnten sogenannte „Tätergedenkstätten“ eingerichtet worden, z. B. die Villa Ten Hompel in Münster, das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg. Inwieweit gibt es hier auch Ihrerseits Bemühungen, diesen Komplex stärker in die Gedenkstätte einzubauen?

Günter Morsch: Konzentrationslager sind auch Orte

der Täter. Diese Trennung in Täter- und Opferorte erscheint mir zumindest an einem ehemaligen Konzentrationslagerort doch sehr fragwürdig zu sein. Natürlich haben wir in allen unseren zwölf Ausstellungen überall auch das Thema „Wer hat dies getan?“ behandelt. Wenn Sie also die Ausstellung „Mord und Massenmord“ anschauen, dann finden Sie Abschnitte, in denen explizit dargestellt ist, wer die Täter waren und was aus ihnen geworden ist. Dasselbe gilt auch für das Museum in der Häftlingsküche. Oder nehmen Sie nur das Beispiel der Ausstellung in den Revierbaracken: Dort wird genau dargestellt, welche Ärzte für die medizinischen Experimente in den Revierbaracken zuständig waren. In einem Punkt haben Sie allerdings Recht. Schon im ersten Grundsatzpapier zur Entwicklung der Gedenkstätte vom Februar 1993 habe ich formuliert, dass es im ehemaligen Kommandantenhaus sowie im Turm A eine der dezentralen Ausstellungen geben sollte, die nach der Herkunft der Täter fragt, nach der Art ihrer Bürokratie, nach der Organisation und vieles andere mehr. Die gibt es noch nicht. Es gibt das Ausstellungskonzept und es gibt das inzwischen sanierte Gebäude. Aber die Ausstellung gibt es aus dem ganz trivialen Grund nicht, dass uns das Geld ausgegangen ist. Sie steht auf der Agenda, wir würden sie gerne erarbeiten. Die Konzepte sind da, der Wille ist auch da. Allein, es fehlt am Geld.

Frage zu den Rekonstruktionen im Detail: Wie kann man damit umgehen, dass Dinge nicht genau dem ursprünglichen Original entsprechen, z. B. die Uhr und

der Schriftzug am Eingangstor?

Günter Morsch: Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten lehnt alle Rekonstruktionen prinzipiell ab. Die Begründung dafür lautet etwa: Diese Orte sind Orte der Wahrheit. Die Menschen kommen deshalb hierher, weil die Vorgänge, über die sie sich informieren wollen, hier stattgefunden haben und sie sich davon überzeugen wollen. Dieser Bestätigung durch den Ort kommt natürlich angesichts der medialen Überflutung eine immer größere Bedeutung zu. Von daher lehnen wir prinzipiell jede Rekonstruktion ab. Die wenigen vorhandenen Rekonstruktionen sind während der DDR-Zeit entstanden. Wir selber haben meines Wissens kaum rekonstruiert. Als Rekonstruktion könnte man vielleicht bezeichnen, dass wir bei der Sicherheitsanlage mit dem Stacheldraht, dort wo der Beton völlig mürbe war, den Beton an den entsprechenden Stellen wiederhergestellt haben. Man sieht dabei aber genau: Wir haben nicht rekonstruiert, sondern wir haben ergänzt. Was die Uhr angeht, so ist sie tatsächlich eine Rekonstruktion aus der DDR-Zeit. Unsere Frage war immer wieder, wie gehen wir mit DDR-Relikten um. Wir haben als Erfahrung die Haltung des Buchenwald-Komitees, das – sinngemäß – gesagt hat, „uns interessieren die Relikte gar nicht, sondern es geht uns darum, den Sieg des Antifaschismus über den Faschismus zu dokumentieren. Das machen wir a) durch das Wegräumen der Relikte und b) durch eine antithetische Überformung, zum Beispiel werden die Achsen gedreht. Dem Turm A, dem Zentrum der Geometrie des totalen

Terrors, wird der Obelisk gegenübergestellt. Der Turm A wird sogar künstlich abgedunkelt, damit er sozusagen als Symbol des Bösen dunkler ist als der Obelisk.“ Wir haben lange darüber diskutiert und waren der Ansicht, dass wir uns nicht wie die DDR sozusagen gleichgültig, oder gar ablehnend gegenüber diesen Relikten verhalten wollen. Deshalb achten wir auch die baulichen Relikte aus der Zeit der DDR grundsätzlich als zu schützende Denkmäler. Kurz zur begrifflichen Unterscheidung: Als Denkmal bezeichne ich das, was aus der jeweiligen historischen Epoche erhalten ist, und als Mahnmal diejenigen Baulichkeiten, die an diese historische Epoche erinnern sollen. Wir wollten und wollen nicht wieder die Mahnmale und die Denkmale miteinander in Konkurrenz bringen, wie das geschehen ist. Deshalb haben wir an jedem Punkt immer wieder neu diskutiert. Wir waren uns dabei grundsätzlich einig, dass dort, wo beide Phasen erhalten werden können, auch beide erhalten werden sollen. Aber dort, wo Denkmal und Mahnmal – durch das Buchenwald-Komitee absichtlich – in eine unaufhebbare Konkurrenz geraten sind, halten wir es für richtig, uns im Konfrontationsfall für das Denkmal und gegen das Mahnmal zu entscheiden. Das unterscheidet uns jetzt tatsächlich von Buchenwald und Ravensbrück. In der Station Z in Sachsenhausen beispielsweise waren nach Sprengungen von 1952/53 nur noch die Fundamente der Krematoriumsöfen, der Gaskammer, der Vernichtungseinrichtungen, der Leichenkammer und anderer Räume vorhanden. Die Gedenkstättenverantwortlichen in der DDR ließen

diese erhaltenen Fundamente mit einer riesigen 9,50 Meter hohen Betonhalle überspannen. Diese Halle bot aber keinerlei Schutz gegen Wind und Regen. Deswegen versanken, wie wir 1993 feststellten, die Originalfundamente der Station Z mit einer Geschwindigkeit von zwei bis drei Millimetern im Monat im märkischen Sand. Das heißt, heute, zwanzig Jahre später, wären sie ganz sicher nicht mehr sichtbar. Es gab also nur eine Wahlmöglichkeit: Entweder wir reißen das monumentale Dach ab und umhüllen die originalen Fundamente der „Station Z“, um sie zu schützen, oder wir erhalten das vom Buchenwald-Kollektiv errichtete Dach und finden uns damit ab, dass die letzten originalen Bauzeugnisse dieses Vernichtungsortes im märkischen Sand allmählich verschwinden. In dieser Situation fühlten wir uns berechtigt zu sagen, in dem Fall ist uns die Quelle wichtiger als die Interpretation der Quelle, das Denkmal wichtiger als das Mahnmal. Nur in solchen konfrontativen Fällen, wo nicht beides möglich war, haben wir das so entschieden. Das gilt auch für die zu DDR-Zeiten um den halbkreisförmigen Appellplatz herum errichtete Ringmauer. Die Ringmauer verfolgte die Absicht, die vom SS-Architekten Hermann Kuiper erbaute „Geometrie des totalen Terrors“ zu zerstören. Den Architekten des Buchenwald-Kollektivs ging es nicht darum, die Relikte vorzuzeigen, oder darum, dass der Besucher sie versteht bzw. Spuren lesen kann. Sondern es ging ihnen gerade darum, das in der Architektur des Lagers repräsentierte faschistische System zu zerstören, zu tilgen. Aus diesem Grunde zerstörte man

die „Geometrie des totalen Terrors“ mithilfe der 1961 erbauten Ringmauer. Als ich 1993 die Leitung der Gedenkstätte übernahm, wusste niemand mehr um die Idealkonstruktion dieses Konzentrationslagers. Es wusste niemand mehr, dass das Konzentrationslager Sachsenhausen das Modell eines modernen neuzeitlichen Lagers sein sollte, wie Himmler es intendiert hatte. An der Architektur von Sachsenhausen lässt sich die SS-Ideologie eines „modernen Konzentrationslagers“ ablesen wie nirgendwo sonst. Den Planern des Buchenwald-Kollektivs aber war es gelungen, diese quasi idealtypische SS-Architektur vollkommen zu überformen. Sie finden in keiner Publikation der Mahn- und Gedenkstätte einen Hinweis auf die panoptische Anlage des Lagers. Von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Mahn- und Gedenkstätte wurde mir berichtet, dass darüber nie gesprochen wurde, weil es aus dem Bewusstsein getilgt war. So leicht lässt sich Vergangenheit umschreiben. Von daher war es uns wichtig, dass die „Geometrie des totalen Terrors“, dass diese Vorstellung eines idealtypischen, modernen, deutschen Konzentrationslagers am historischen Ort wieder lesbar wird. Sie war beispielgebend für das gesamte Lagersystem des Deutschen Reiches. Von Sachsenhausen aus wurden nicht nur alle Konzentrationslager verwaltet. Von hier aus wurde das Lagersystem entwickelt. Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, die Mauer bis auf eine Spur abzutragen. Nach langen Überlegungen und Diskussionen entschieden wir uns gegen das Mahnmal und für das Denkmal. Überall dort, wo Denkmal und Mahnmal

einander nicht konfrontativ begegnen, wie zum Beispiel beim Obelisk, dem davor gelegenen Feierplatz oder der Fahnenmauer, sehen wir die Verpflichtung, auch die Mahnmale aus der Zeit der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte zu erhalten, und wir tun es mit enormem finanziellen Aufwand.

Frage: Inwieweit hat man als derjenige, der eine Gedenkstätte konzeptioniert oder das pädagogische Programm zu verantworten hat, mit Blick auf die Rezipienten einen Steuerungswunsch oder auch eine Steuerungsmöglichkeit und inwieweit kommt man dem entgegen? So gibt es Menschen, die Sachsenhausen als touristischen Ort besuchen, aber auch Schüler, die mit Angst hierher kommen oder aber auch ohne Angst das Ganze als Unterhaltung benutzen. Man hat die verschiedenen Opferverbände und die Politik. Wie würden Sie sich da positionieren? Wie aktiv oder wie passiv ist man? Wie aktiv kann man überhaupt sein? Wie aktiv möchte man beeinflussen, wie das Ganze aufgenommen wird?

Günter Morsch: Eine ganz wichtige Grundsatzentscheidung war es 1993 – im damaligen Bewusstsein der Probleme des sogenannten instrumentalisierten Antifaschismus –, dass diese Orte in einem offenen Prozess des Dialoges zwischen den unterschiedlichen Gruppen neu konzipiert und gestaltet werden; nämlich zwischen Wissenschaft und Experten auf der einen Seite und Betroffenen, also den Überlebenden und ihren Vertretern, auf der anderen Seite, zwischen Öffentlichkeit ei-

nerseits und Politik andererseits. Aus diesem Grund hat man eine öffentlich-rechtliche, aber selbständige und unabhängige Stiftung gegründet. Und ich glaube, Sachsenhausen beziehungsweise die Brandenburgischen Gedenkstätten sind damit für die gesamte Bundesrepublik wegweisend gewesen. Den damaligen maßgeblichen Politikern – etwa Siegfried Vergin und anderen – steckte diese Erfahrung des instrumentalisierten Antifaschismus in den Knochen. Sie wollten auf keinen Fall, dass die Politik, insbesondere die Tagespolitik, noch einmal über diese Orte entscheidet. Zwanzig Jahre später hat sich das verändert. Nicht wenige Politiker haben ihre damaligen Skrupel überwunden und greifen vermehrt in die inhaltliche Gestaltung der Gedenkstätten ein. Bei uns verhindert dies die Stiftungssatzung (noch). An anderen Orten, wo es eine vergleichbare gesetzliche Grundlage nicht gibt, erleben wir in letzter Zeit immer häufiger Bestrebungen aus der Politik, auch die Inhalte des Gedenkens und der Erinnerung zu bestimmen. Insofern ist der Prozess der Neukonzeption und Neugestaltung der Gedenkstätten in Brandenburg in einem langwierigen, für manche vielleicht auch zu langen Prozess der Kommunikation entstanden. Über wichtige Wegentscheidungen – wie zum Beispiel über die Zielplanung mit dem dezentralen Gesamtkonzept oder über die Frage, wie man mit den unterschiedlichen Schichten der Erinnerung umgeht und welche zu erhalten ist und welche nicht – hat es zum Teil langjährige Debatten gegeben. Das Wertvollste überhaupt ist aber – und das ist mir wichtig –, dass hier in diesem Raum, in dem wir

gerade Platz genommen haben, die Verbände der Überlebenden, die Zeitzeugen selber, darüber mitbestimmt haben. Das war eine große, einmalige Chance. Stellen Sie sich vor, die Deutsche Einheit wäre zwanzig Jahre später gekommen. Kaum einer der Überlebenden hätte mehr mitbestimmen können, wie die Gedenkstätte gestaltet wird. Die Überlebendenverbände haben dieses Angebot gerne angenommen und genutzt. Das war eine Novität in Sachsenhausen, denn in der DDR haben die internationalen Häftlingsverbände faktisch keine Rolle gespielt. Wenn überhaupt, dann wurden ehemalige deutsche kommunistische Häftlinge beteiligt, aber auch sie sind von Kulturpolitikern und Gestaltern zur Seite gedrückt worden. Zum Beispiel haben die maßgeblichen Mitglieder der Lagerarbeitsgemeinschaft Sachsenhausen, die am Aufbau der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte beteiligt waren, die erwähnte Ringmauer nicht gewollt, sie haben der Überformung des historischen Ortes widersprochen. Sie wollten etwas anderes, nämlich möglichst viel erhalten, zum Teil sogar rekonstruieren, was durch den Vandalismus der NVA-Truppen und der Bevölkerung in Oranienburg weitgehend bereits verloren war. Es waren die Gestalter des Buchenwald-Komitees, die in Zusammenarbeit mit den Kulturpolitikern die Entscheidungen getroffen haben. Das muss man deutlich sagen. Wir haben in den vergangenen zwanzig Jahren das große Glück und die Chance gehabt, mit den ehemaligen KZ-Häftlingen, mit den Überlebenden und ihren Repräsentanten aus ganz Europa zu diskutieren und ihren Rat zu hören. Dabei

spielen die ehemaligen französischen Häftlinge und ihre Organisationen zweifellos eine ganz bedeutende Rolle. Solch eine Entscheidung wie der Abriss der Ringmauer war für die Überlebenden nicht einfach, denn sie hatten sich seit 1961 an die Mahn- und Gedenkstätte gewöhnt. Das war ein langsamer und allmählicher Prozess der emotionalen Zuwendung. Dann zu entscheiden, wir nehmen das eine oder andere Gestaltungselement weg, das ist nicht einfach. Aber sie, die Überlebenden, haben diese Entscheidungen weitgehend mitgetragen. Dagegen hat die politische Administration über acht Jahre versucht, die Realisierung der großen Neugestaltungsvorhaben an der Station Z sowie im Falle der Ringmauer zu verhindern. Die Zusammenarbeit mit den ehemaligen Häftlingen war eine unglaubliche und einzigartige Chance. Hinzu kommt, dass wir die Gedenkstätten an modernen zeithistorischen Museen mit besonderen humanitären und bildungspolitischen Aufgaben orientieren wollen. Das war ein bedeutsamer Wandel. Gedenkstätten wurden in der DDR, aber insbesondere in der alten Bundesrepublik in erster Linie als Friedhöfe angesehen, wurden als Orte des bloßen Gedenkens und Erinnerns betrachtet.

Wir haben die Chance der Deutschen Einheit genutzt, um die ehemaligen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR nach dem Konzept der zeithistorischen Museen zu verändern. Das bedeutete die Orientierung an der zeithistorischen Forschung, die Professionalisierung der Sammlungstätigkeit, den Beginn einer pro-

fessionellen Ausstellungstätigkeit, die Überarbeitung pädagogischer Konzepte und vieles andere mehr. Dieser Wandlungsprozess war und ist umfassend. Im Prozess der deutschen Einheit ist er eines der wenigen Beispiele für eine Innovation, die in den neuen Bundesländern begann, sich dort durchgesetzt und dann in den Westen ausgegriffen hat. Er wurde von sehr starken Emotionen und von vielen Konflikten begleitet; er ist aber nach meiner Ansicht im Ergebnis gelungen. Es scheint gelungen zu sein, die unterschiedlichen Meinungen zusammenzuführen und sie in die Neugestaltung dieser Orte zu integrieren. Dies ist ohne Zweifel vor allem den Zeitumständen nach der Deutschen Einheit zu verdanken, ich glaube, dass dies so heute nicht mehr möglich wäre.

Glaubt man den offiziellen Verlautbarungen, so akzeptiert der Großteil der Politiker die Selbständigkeit der Gedenkstätten. Doch in der Realität stellt sich die Zusammenarbeit zwischen Gedenkstätten, Kulturverwaltungen und Politik sehr viel schwieriger dar. Dabei spielt die parteiliche Ausrichtung kaum eine Rolle. Politiker versuchen die Gedenkstätten im Sinne tagespolitischer Interessen vermehrt zu instrumentalisieren und die Exekutive hat die Aufgabe, dies durchzusetzen. Nach der Deutschen Einheit hatte ich den starken Eindruck, die Enquete-Kommission des Bundestages, die in Sachsenhausen zweimal getagt hat und an der ich auch häufig teilnehmen konnte, habe aus der Erfahrung der DDR gelernt, dass ein Gedenken, das gleichsam von oben herab definiert und durchgesetzt wird, zum Ge-

genteil des Beabsichtigten führt. Ich habe heute den Eindruck, dass diese Erkenntnis zunehmend hinter tagepolitischen Interessen zurücktritt.

Frage: Aber hat man nicht sogar als Parlament die Aufgabe, an Debatten über solche Dinge wie Gedenkstätten, die nicht nur eine historische Aufgabe, sondern eine allgemein gesellschaftliche Aufgabe haben, zumindest teilzunehmen?

Günter Morsch: Wir streiten dem Parlament und der Exekutive nicht das Recht ab, Rahmenbedingungen zu setzen und Grundsatzentscheidungen zu treffen. Über die Inhalte des Gedenkens und Erinnerns aber muss ein gesellschaftlicher Diskurs geführt werden, bei dem wissenschaftlicher Professionalität und Unabhängigkeit eine große Bedeutung zukommen. Auch für die Gedenkstätten muss die im Grundgesetz verankerte Freiheit der Wissenschaft Gültigkeit haben.

Frage: Was ist das, was die Politik versucht, an Inhalten zu beeinflussen? Können Sie Beispiele nennen?

Günter Morsch: Es ist schwierig, dies für Sachsenhausen zu beantworten, da ich für Sachsenhausen in Anspruch nehmen würde, dass wir uns trotz mancher Versuche, Einfluss auf die inhaltlichen Produkte der Gedenkstätte zu nehmen, letztlich durchgesetzt haben. Aber ein Beispiel, von dem ich Ihnen aus eigener Erfahrung erzählen kann, betrifft die Auftragsvergabe für den Graffiti-

schutz des Denkmals für die ermordeten Juden Europas. Das Kuratorium beauftragte Degussa mit diesen Arbeiten. Degussa war wie kein anderer Konzern in den Holocaust an den europäischen Juden verwickelt. Bis zum damaligen Zeitpunkt gab es keine einzige selbstkritische Darstellung aus dieser Firma. Im Gegenteil, Degussa hat in ihren Festschriften alles relativiert und sogar – wie ich finde – in geschmackloser Weise argumentiert, man habe mit der Vernichtung der Juden und dem Verkauf des Zyklon B für die Gaskammern wenig oder kaum etwas verdient. Es gab bis dahin keine einzige kritische Äußerung von Seiten Degussas über ihre eigene Beteiligung am Holocaust. Ich habe in der entscheidenden Sitzung des durch die Vertreter der verschiedenen Parteien dominierten Kuratoriums der Denkmalsstiftung seitenweise aus den Festschriften von Degussa vorgelesen. Und obwohl mehrere alternative Produkte von Graffitienschutz zur Auswahl standen, hat man sich bewusst und absichtlich für das Produkt von Degussa entschieden. Dabei waren die Empfindungen der Holocaust-Überlebenden nach meinem Eindruck kein maßgebliches Entscheidungskriterium, vielmehr scheinen mir politische Überlegungen ausschlaggebend gewesen zu sein.

Frage: Welche Inhalte, sehen Sie, werden von der Politik vorgegeben oder will die Politik in Brandenburg einbringen?

Günter Morsch: Wir hatten hier in Brandenburg das

Glück, als Erste das Modell einer Stiftung entwickeln zu dürfen, die selbständig und unabhängig ist. Sie wird durch eine unabhängige Expertenkommission aus dem Wissenschaftsbereich, durch etwa zwanzig Vertreter von Verbänden der Überlebenden und auch – wenn ich das so sagen darf – durch selbstbewusste Gedenkstätten-Mitarbeiter gestützt. Einer meiner Hauptkritikpunkte ist, dass zunehmend versucht wird, mithilfe der europäischen Institutionen erinnerungspolitische Leitlinien zu formulieren, die aber bisher in der Bundespolitik zum Glück auf wenig Resonanz zu stoßen scheinen. Das Europäische Parlament hat in den vergangenen Jahren viele neue Resolutionen verabschiedet, die einen neuen gedenkstättenpolitischen Narrativ begründen sollen. So haben sich in Prag viele einflussreiche Persönlichkeiten, wie z. B. Václav Havel und Joachim Gauck, zusammengefunden und vorgeschlagen, den 23. August, den Tag des Hitler-Stalin-Paktes, zum Gedenktag für alle Opfer aller totalitärer und autoritärer Diktaturen auszurufen. Das mag man gut finden oder nicht. Aber es ist neu, dass auf europäischer Ebene nun den Mitgliedsländern vorgeschrieben werden soll, wie Geschichte interpretiert und wie und wem wann gedacht werden soll. Für mich ist der 23. August 1939 auf keinen Fall ein Schlüsseldatum für die Verbrechen der Nationalsozialisten und Kommunisten. Europa entstand als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Jetzt ist die Wirtschaft in eine schwere Krise geraten und es scheint so, als ob man mittels einheitlicher Gedenktage eine neue, gemeinsame Identität stiften (bzw. verordnen) will. Das ist eines der

besten Beispiele dafür, wie die Inhalte und Formen des Gedenkens und der Erinnerung inzwischen immer stärker von tagespolitischen Erwägungen abhängen. Wir sind glücklich, dass nach dem Fall des Eisernen Vorhangs vielfältige Erinnerungen freigesetzt wurden. Was lange Jahre unterdrückt wurde, durfte auf einmal erzählt werden. Jetzt sind die Menschen endlich frei, nun gibt es nicht mehr das staatlich verordnete Narrativ, dem sie sich unterordnen müssen. Kaum ist dies endlich erreicht, versuchen europäische Politiker ein neues Narrativ vorzuschreiben, in dem die Menschen ihre widersprüchlichen Erinnerungen ein- und unterordnen sollen. Die gerade erst gewonnene Freiheit der Erinnerung wird wieder durch neue Sinnstiftungen eingegrenzt; dabei dominiert eine einfache, politisch gewendete Interpretation der Totalitarismustheorie. Was man stattdessen tun sollte, ist, einander die unterschiedlichen Erfahrungen zu erzählen, einander zuzuhören. Dann wird man feststellen, dass sie sich nicht unter ein einziges Masternarrativ bringen lassen und schon gar nicht unter eines, das am 23. August durch den Hitler-Stalin-Pakt seine Sinnggebung hat. Mit der Erklärung eines solchen Gedenktages sind wir auf dem besten Weg, die Vielfalt von Erinnerungen wieder zurückzudrängen, denn jede Form von oktroyierter Erinnerung führt nicht selten zum Gegenteil dessen, was sie bewirken soll.

Frage: Aber führt nicht auch diese narrative Freiheit zum Beispiel dazu, dass – wie es jetzt gerade in Lettland passiert ist –, die SS-Veteranen aufmarschieren und sich

als anti-sowjetischer Widerstand selbst feiern oder auch feiern lassen? Der Protest, der da geäußert wurde, kam ja auf oberster Ebene aus dem europäischen Parlament. Wirkt da nicht Politik auch als notwendiges Korrektiv? Denn gerade für die wenigen Überlebenden des Holocaust im Baltikum sind diese Aufmärsche ein Schlag ins Gesicht. Ist da nicht der Protest auf europäischer Ebene aus den Parlamenten notwendig?

Günter Morsch: Natürlich kann das Parlament protestieren. Aber ich sehe es ganz anders als Sie. Ich glaube, dass die Rehabilitierung der SS in den baltischen Staaten und auch in Ungarn das Produkt des oktroyierten Masternarratives ist. In Ungarn hat man zum Beispiel mit dem „Haus des Terrors“ begonnen – und andernorts auch –, dieses Konzept der Einheitlichkeit aller Diktaturen aus politischen Gründen durchzusetzen. So verstanden ist auch die lettische SS Opfer stalinistischer Terrors. Natürlich verstehen sich die SS-Veteranen in Lettland und anderswo damit als Kämpfer für die Freiheit (vom Bolschewismus). Warum? Weil sie gegen die stalinistische Diktatur gekämpft hat. Von daher ist gerade das, was Sie beklagen, meines Erachtens das Ergebnis dieser neuen europäischen Erinnerungspolitik.

Gegenthese: Ich würde gerne Ihrer zugespitzten These eine genauso zugespitzte These entgegensetzen. Geschichte, Erinnerung ist aus meiner Sicht nicht das Privileg der Wissenschaft. Sie drehen das gewissermaßen um. Sie sagen, die Politik bleibt draußen, wir als Wis-

senschaftler, wir als Gedenkstättenarbeiter, wir bestimmen darüber, was Erinnerung ist, wie Erinnerung dargestellt werden soll, wie Geschichte dargestellt werden soll.

Günter Morsch: Ich habe nicht von der Priorität der Wissenschaft gesprochen. Ich habe im Gegenteil durchaus unterschiedliche Erfahrungen mit „der“ Wissenschaft gemacht, die doch nicht als ein homogener Block betrachtet werden kann. Ich habe davon gesprochen, dass wir einen Kommunikationsprozess in der gesamten Öffentlichkeit geführt haben. Wir sind uns doch wahrscheinlich darin einig, dass es in der Bundesrepublik Deutschland seit den späten 1970er-, frühen 1980er-Jahren einen breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess gab, der zu dem Ergebnis führte, dass Gedenkstätten in großer Zahl von unten erkämpft wurden. Damals wurden in der Bundesrepublik, im Gegensatz zur DDR, eine lebendige Erinnerungskultur und ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass die Verantwortung für die Verbrechen eben nicht in Berlin oder in Oranienburg lag, sondern an und in jedem einzelnen Ort. Dieser, einen großen Teil der Bevölkerung umfassende Prozess der Aufarbeitung hat zu einer Vielfalt von Gedenkstätten in der alten Bundesrepublik geführt. Daran wirkten natürlich auch Politiker und Verwaltungen mit, obwohl vieles gegen manche Beharrungskräfte in Amt und Würden hart erkämpft werden musste. Ich bin also nicht der Meinung, dass Politik und Staat daran nicht beteiligt sein sollten. Aber sind sie sich immer bewusst, dass Zurückhaltung dort angesagt ist, wo die Erinne-

rung lebendig bleiben soll?

Frage: Spielte die Einteilung der Opfergruppen nach Nationalitäten, wie sie ja auch bereits im Lager bestanden, im Gegensatz zu politischen Opfergruppen eine Rolle, bzw. in welchem Verhältnis stehen die zueinander?

Günter Morsch: Was die nationalen Opfergruppen anbelangt, war es natürlich das Konzept in den Ländern des Ostblocks gewesen, die nationale Herkunft in den Mahn- und Gedenkstätten sehr stark zu betonen. In Auschwitz gibt es Nationenhäuser, und in Sachsenhausen gab es im sogenannten internationalen Museum bestimmte Abteilungen, in denen die Nationen sich dargestellt haben. Da hat man tatsächlich aus ganz durchsichtigen politischen Gründen ein Konzept verfolgt, das der Lagerrealität nicht immer entsprochen hat. Am deutlichsten wird das in einem Brief, den das israelische Sachsenhausen-Komitee an den Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, schrieb. Damals gab es schon anderswo Nationenhäuser, Sachsenhausen war erst im Aufbau. Die Verfasser schrieben an die DDR-Verantwortlichen: „Es gibt Räume für die Tschechen, es gibt Räume für die Russen, es gibt Räume für die Franzosen – wo sind denn die Räume für die Juden?“ Sie bekamen zur Antwort: „Die Juden werden dargestellt: bei den Tschechen, bei den Russen, wo auch immer.“ Daraufhin antwortete das Israelische Komitee: „Wenn Sie nicht begriffen haben, dass die Juden nicht als Tschechen, Russen oder als Franzosen, sondern als Juden verfolgt wurden, haben Sie überhaupt nichts begriffen.“ Das heißt, dieses Na-

tionalkonzept, das damals die DDR gepflegt hat, ist tatsächlich ein Konzept, das mit der Realität in den Lagern nur bedingt zu tun hatte. Wer die Bücher von Primo Levi oder vergleichbare Autobiographien gelesen hat, der weiß, wie stark soziale, biologische und rassistische Vorstellungen und Hierarchien über die Realität im Lager entschieden. Deshalb haben wir uns entschlossen, das traditionelle Nationenkonzept größtenteils aufzugeben. Das ist nicht einfach, denn eine Nation ist zugleich eine Erinnerungsgemeinschaft im Sinne von Maurice Halbwachs. Wir haben zum Ausgleich die Möglichkeit geschaffen, dass nationale ebenso wie ethnische Gruppen an bestimmten Orten ihre nationale Gedenkkultur entfalten können. Wir realisieren dies aber getrennt von der Darstellung der Geschichte des Konzentrationslagers. Das heißt, wir unterscheiden sehr stark zwischen dem Gedenken, das u. a. von der jeweiligen nationalen Kultur und Tradition geprägt ist, und dem Erinnern. „Erinnern“ bedeutet für uns das Informieren, die Kontextualisierung und Darstellung historischer Ereignisse, Vorgänge und Zusammenhänge. Dabei spielt das hergebrachte Nationenkonzept nicht mehr die Rolle, die es einmal gespielt hat. Die unterschiedlichen biographischen Herkünfte finden Sie bei uns auch in den Ausstellungen, aber eingeordnet in die Biografien der Menschen. Natürlich haben wir die ausgestellten Biografien mit Vorbedacht und Überlegung möglichst sorgfältig ausgewählt. Mit dem Dualismus von Gedenken und Erinnern kommen wir relativ gut klar, weil wir die Trennung zwischen beidem strikt durchge-

halten haben. Allerdings wird insbesondere im thematischen Bereich des sowjetischen Speziallagers immer wieder eine Vermischung verlangt und verwechselt man das Gedenken an die Opfer mit der Darstellung der Geschichte. Es hat in den 1990er-Jahren unter anderem in Buchenwald sehr viel härtere Konflikte gegeben als hier in Sachsenhausen. Es ist natürlich so, dass Opfer weniger an der historischen Erklärung ein Interesse haben als am Gedenken. Denn die Zeitzeugen wissen ja, was geschehen ist, sie müssen es nicht erklärt bekommen. Das Museum oder die Ausstellung sind für die Opfer und die Zeitzeugen nicht vorrangig, sondern das Gedenken an die verstorbenen oder ermordeten Kameraden. Deshalb haben wir hier in Sachsenhausen, anders als in Buchenwald, von Anfang an einen Schwerpunkt auf die Anlage würdiger Friedhöfe und Gedenkstätten gelegt und dabei – nicht zuletzt auch wegen des fehlenden Forschungsvorlaufs – die Dokumentationen eher hintangestellt. Die Trennung von Gedenken und Erinnern einerseits sowie die Trennung des Gedenkens an die Opfer der beiden unterschiedlichen Lager – daran wollen wir auch weiterhin fest halten.

Eine Besonderheit in der Gedenkstätte Sachsenhausen stellt das dezentrale Ausstellungskonzept dar. Damit verbinden wir mehrere Überlegungen. Eine Überlegung war eher politischer Natur. Das hatte mit dem Konflikt um die zweifache Vergangenheit von Sachsenhausen zu tun. Ein weiterer Grund für das dezentrale Gesamtkonzept ist eher didaktischen Überlegungen geschul-

det. Wir wussten aus der Besucherforschung, wie lange sich die Besucher in der Gedenkstätte aufhalten, nämlich ca. zwei bis drei Stunden. Es macht daher u. E. wenig Sinn, sie in große, z. T. über 3 000 Quadratmeter umfassende Hauptausstellungen zu schicken und damit den historischen Ort mit einem großen Museum quasi zu konfrontieren. Die Besucher kommen in erster Linie wegen des authentischen Ortes. Wenn man sie mit großen Ausstellungen konfrontiert, dann nehmen sie weder die Ausstellung wirklich an, noch können sie sich auf die Spuren des historischen Ortes einlassen. Drittens versuchen wir mit dem dezentralen musealen Gesamtkonzept der immer stärkeren Aufspaltung der Besuchergruppen nach unterschiedlichen Interessen und Vorwissen zu entsprechen. So wie das Gedenken unterschiedlich ist, so ist auch das Interesse an der Geschichte der Orte unterschiedlich. Einer Gruppe von Besuchern mag es besonders um die Täter gehen, einer anderen vor allen Dingen um die jüdischen Opfer, wieder einer anderen um das Speziallager. Deshalb haben wir auf dem riesigen Gelände der Gedenkstätte zwölf zumeist kleinere dezentrale Ausstellungen realisiert, die auf die spezifischen Interessen, so wie wir sie wahrgenommen haben, eingehen und sie akzentuieren. Doch alle diese Ausstellungen behandeln auch die wichtigsten Erzählungen über die Geschichte der Lager. Das heißt, in jeder Ausstellung, sei es diejenige im Krankenrevier, an der Station Z, in der Baracke 38 oder in der Baracke 39, erfahren Sie etwas über die Gründung des Konzentrationslagers 1936, über die Verschleppung der soge-

nannten „Aktionsjuden“ im November 1938, über die Masseneinlieferungen ausländischer Häftlinge nach Kriegsbeginn, über die Mordaktionen, über den Ablauf der Befreiung und über andere vergleichbare, bedeutende Ereignisse der Lagergeschichte, allerdings aus dem spezifischen thematischen Blickwinkel der jeweiligen dezentralen Ausstellung. Die wichtigsten Ereignisse der Geschichte des Konzentrationslagers Sachsenhausen werden auf diese Weise an fast allen Orten präsentiert. Auch auf die Nachgeschichte, sowohl auf die Geschichte des sowjetischen Speziallagers als auch der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte, wird in fast jeder dezentralen Dauerausstellung verwiesen. Das gibt natürlich der Pädagogik auch die Möglichkeit, die Besucher vor dem Beginn einer Führung oder eines pädagogischen Projekts nach ihren spezifischen Interessen zu fragen, und dann kann auf diese eingegangen werden. Eine andere Grundsatzfrage nach der Darstellung von Geschichte ergibt sich aus dem Wechsel der Generationen. Inzwischen nehmen in Deutschland die meisten NS-Gedenkstätten von einfachen Betroffenheitskonzepten Abstand. Warum? Meine Generation hat noch ein persönliches Verhältnis zur NS-Zeit und begegnet diesen Orten emotional daher ganz anders als die nachfolgenden Generationen. Diese verbinden kaum noch etwas biographisch mit der NS-Geschichte. Von daher wäre jeder Versuch, die alten Betroffenheitskonzepte auf diese Generationen zu übertragen, zum Scheitern verurteilt und würde wahrscheinlich eher lächerlich wirken – so wie auf uns zum Beispiel die Rekonstruk-

tionsversuche der Überlebenden in den frühen Gedenkstätten seltsam fremd gewirkt haben, wenn neben einem Prügelbock eine Puppe aufgestellt war, die mit der Peitsche zu schlagen schien. Trotzdem ist natürlich die Verbindung zwischen sinnlicher Anschauung auf der einen Seite, Emotion und Kognition auf der anderen Seite unsere Chance am authentischen Ort. Wir wären schlecht beraten, wenn wir diese Chance nicht wahrnehmen würden. Wir wollen durchaus auch emotionale Bindungen provozieren. Ein Beispiel: Die Baracke 38 gehörte zum sogenannten „Judenlager“. In der dortigen Ausstellung sind auf einem hinterleuchteten Band auf Augenhöhe die wichtigsten Informationen für Besucher zusammengefasst, die nur wenig Zeit haben oder sich nur wenig Zeit nehmen möchten. Nach oben und nach unten abweichend sehen Sie Exponate, die die Geschichte der jüdischen Häftlinge kontextualisieren sollen. Im oberen Bereich wird die Geschichte des Ortes in den Kontext der nationalsozialistischen Judenpolitik eingeordnet, im darunter liegenden Teil der Ausstellung werden die Ereignisse im Konzentrationslager Sachsenhausen näher erläutert. Nur ein schmaler Gang führt an diesen Ausstellungselementen vorbei. In ihn hinein schieben sich die dem historischen Kontext zugeordneten Biographie-Vitrinen. Sie bremsen denjenigen, der diesem Band folgt. Die Biographien werden in den Vitrinen mit Schubladen und Audioinstallationen so präsentiert, dass es zwangsläufig zur Berührung kommt. Das heißt, die Besucher nähern sich diesen Biographie-Vitrinen taktil an und lassen sich gleichsam körperlich

auf die jeweiligen Lebensgeschichten ein. Jetzt mag man sagen, schön ausgedacht, aber funktioniert das? Im Fall des jüdischen Museums in der Baracke 38 konnten wir eine repräsentative Besucherevaluation durchführen. Wir konnten durch Besucherbefragungen mittels Fragebogen, Interviews und teilnehmende Beobachtung feststellen, dass auch Stunden nach dem Besuch dieser Baracke die Erinnerung an die im jüdischen Museum dargestellten Biographien am stärksten nachwirkt. Wir versuchen den historischen Ort mit den unterschiedlichen Narrativen über die Geschichte Sachsenhausens zu verbinden. Die Ausstellung über jüdische Häftlinge ist also in den so genannten jüdischen Baracken zu sehen, um Medizin und Verbrechen geht es in den ehemaligen Revierbaracken; um Mord und Massenmord an der ehemaligen Vernichtungsstation Z; um die Geschichte des sowjetischen Speziallagers direkt gegenüber dem größten Massengrab der Opfer des NKWD (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR) und so weiter.

Die Aufarbeitung und Darstellung der Geschichte des sowjetischen Speziallagers ist leider sehr stark durch Gegensätze, Meinungsverschiedenheiten und Vorwürfe bestimmt. Vor allem von den Vertretern der stalinistischen Opferverbände werden die Speziallager als „rote Vernichtungslager“ bezeichnet, in denen die Häftlinge nicht durch Giftgas, sondern durch Wassersuppe absichtlich getötet wurden, wie es wörtlich heißt. Dem steht die Behauptung vor allem aus den Reihen der Op-

ferverbände der KZ-Häftlinge entgegen, dass es sich um ein Internierungslager handelte, in dem vorwiegend NS-Täter bestraft werden sollten. Beides ist falsch. Aber es ist unendlich schwer, eine differenzierte Sicht auf die Geschichte durchzusetzen. Wir haben aus diesem Grunde in der Ausstellung versucht, die Häftlingsgesellschaft im Speziallager in ihrer großen Heterogenität darzustellen. Möglicherweise, das will ich einräumen, ist das in der Ausstellung zu umfangreich geraten. Zählt man die beiden original erhaltenen Steinbaracken zu dem Museumsneubau hinzu, in denen Überlebende über ihren katastrophalen Haftalltag berichten, dann umfasst die gesamte Speziallager-Ausstellung mehr als 1 000 Quadratmeter, was der allgemeinen Vorgabe im Rahmen des dezentralen musealen Ausstellungskonzept, nämlich nur deutlich kleinere Ausstellungen für die Besucher zu konzipieren, zweifellos widerspricht.

Die intensive pädagogische Arbeit mit Schülergruppen bezieht die Ausstellungen zwar ein, aber sie greift in der Regel weit darüber hinaus. Die pädagogischen Projekte, die wir anbieten, setzen auf sehr unterschiedlichen Ebenen an und haben ganz andere didaktische Methoden; das kann eine Selbstführung sein oder ein Projekt, in dem mit der Fotokamera oder mit neuen Medien gearbeitet wird, es gibt viele Möglichkeiten. Was die pädagogischen Projekte mit Schülergruppen anbelangt, so muss man leider häufig darüber Klage führen, dass von den Schulen zu wenig Zeit eingeplant wird. Leider werden die außerschulischen Lernangebote immer mehr in

enge Zeitkorsetts gepresst. Darüber hinaus verzeichnen wir in den Ländern Berlin und Brandenburg einen starken Rückgang der Schülergruppen. Die aus Berlin kommenden Gruppen sind in Sachsenhausen, aber auch im Haus der Wannsee-Konferenz und in anderen Gedenkstätten, um mehr als die Hälfte zurückgegangen, nämlich seit 2002 um 54 Prozent. Bei den brandenburgischen Gruppen gibt es einen Rückgang um 38 Prozent. Das hat natürlich auch etwas mit dem demographischen Wandel zu tun, aber nicht nur. Es hat vor allen Dingen damit zu tun, dass die Lehrer immer weniger Freiraum haben, außerschulische Bildung durchzuführen. Auch die Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern leidet darunter stark. Das ist sehr, sehr beunruhigend. Hinzu kommt – und damit kehren wir wieder zum Ausgangspunkt zurück – ein m. E. politisch gewolltes Umlenken der Besucherströme in die SED-Gedenkstätten. Dieser Wandel der Besucherstrukturen fällt zunächst kaum auf, weil gleichzeitig die Anzahl der ausländischen Besuchergruppen stark ansteigt. Denn insgesamt verzeichnen wir in Sachsenhausen seit Jahren stark ansteigende Besucherzahlen. Ich halte das aber für eine bedenkliche Entwicklung. Es sieht ganz so aus, als gehe in den letzten fünf bis zehn Jahren das Interesse deutscher Besuchergruppen, und dazu gehören gerade auch die Schulen, an der Geschichte des Nationalsozialismus stark zurück. Welche Gründe das hat, darüber könnten wir lange diskutieren. Ich denke, es hat auch etwas mit dem zu tun, worüber wir vorhin gesprochen haben, nämlich mit der immer dominanter werdenden Inbesitznahme

Konkurrenz der Erinnerungen an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus:

Deutsch-deutsche Konkurrenz im Rahmen

Mein Referat hat zum Ziel, die Thematik der Erinnerungskonkurrenz am Beispiel des Widerstands gegen den Nationalsozialismus aus drei Blickwinkeln zu analysieren. Zum einem kann man von einer deutsch-deutschen Konkurrenz sprechen, die mit der politischen und ideologischen Teilung Deutschlands von 1945 bis 1990 zu erklären ist. Zum anderen kann man auch eine internationale Konkurrenz um das Thema Widerstand feststellen, die wir hier am Beispiel der deutsch-polnischen Konkurrenz einerseits und der deutsch-französischen Konkurrenz andererseits besprechen werden. Die Darstellung dieser drei bilateralen Konkurrenzen bildet die drei Teile meines Referats, wobei der Schwerpunkt auf der deutsch-deutschen Konkurrenz liegen wird.

der Teilung, deutsch-polnische und deutsch-französische Konkurrenz seit 1945

Hélène Camarade

I. Konkurrenz zwischen beiden deutschen Staaten

1) Vaterlandsverräter in der Nachkriegszeit

In der unmittelbaren Nachkriegszeit liegt das Hauptproblem nicht in der Problematik der Konkurrenz, sondern in der Legitimität des Kampfes gegen das Hitler-Regime. Die Deutschen gewähren dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus keine Legitimität: Widerstandskämpfer galten als Vaterlandsverräter, die ihr Land von innen in Gefahr gebracht hätten, während es sich nach außen wehren musste. Bei dieser Einstellung spielt die nationalsozialistische Propaganda natürlich noch eine große Rolle. In der Nacht nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 spricht zum Beispiel Hitler im Rundfunk von „*der ganz kleine[n] Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich unvernünftiger, verbrecherischer, dummer Offiziere*“, die „*ein Komplott geschmiedet hat*“.¹

Im März 1950 – also fünf Jahre nach Kriegsende – sind in einer Umfrage noch 25% der Befragten der Auffassung, dass der Krieg aufgrund von „Verrat“ und „Sabotage“ verloren worden sei.² Dieses grundsätzlich negative Bild vom Widerstand wird in Westdeutschland lange anhalten. Franzosen haben es immer schwer, dieses (anfänglich) negative Bild zu verstehen, da in ihrem Land die Widerstandskämpfer als Helden gefeiert werden. Ihr Bild trägt dazu bei, die nationale Identität positiv zu be-

¹ M. Domarus, *Hitlers Reden und Proklamationen 1932 bis 1945*, Leonberg, Pam-minger, 1988, Bd. IV, S. 2128.

² Bevölkerungsumfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach (1951-1961), in: Jürgen Weber (Hrg.), *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 4, Paderborn, 1987, S. 340.

setzen und die Nation nach dem Trauma des Krieges zu einen. Die Historiker sind heute der Meinung, dass der französische Widerstand sogar zu einem Mythos geworden ist, dem Mythos, nach dem die meisten Franzosen Widerstand geleistet hätten, und die Kollaborateure eine sehr kleine Minderheit gewesen seien. General de Gaulle und die französischen Kommunisten sind sich 1945 darüber einig, dieses Bild zu verbreiten, um das französische Volk zu einigen und das Land nach der Besetzung und dem Vichy-Regime politisch wiederaufzubauen.

Neben der Problematik des Verratsvorwurfs wird die deutsche Rezeption des deutschen Widerstandes durch die Teilung noch zusätzlich verkompliziert. In der Bundesrepublik Deutschland und der DDR entwickeln sich zwei stark unterschiedliche Bilder des deutschen Widerstandes, die beide sowohl unvollständig als auch parteiisch sind. Beide beeinflussen sich aber auch gegenseitig. Die politische und ideologische Teilung Deutschlands hat damit den Blickwinkel bestimmt, unter dem die jüngere Geschichte jeweils wahrgenommen wurde.

2) Die Zeit der zu konstruierenden Identitäten

Mit der Gründung der beiden deutschen Staaten kommt die Zeit der zu konstruierenden nationalen Identitäten, und der Widerstand wird von beiden deutschen Staaten zu diesem Zweck instrumentalisiert. Im Laufe der 1950er- und 1960er-Jahre findet in der Bundesrepublik eine partielle Rehabilitierung des Widerstandes statt, die aber noch ganze Teile der Widerstandskämpfer vergisst.

Der starke Antikommunismus der Adenauer-Ära verhindert für Jahrzehnte jede Anerkennung des Widerstandes aus der Arbeiterbewegung und aus kommunistischen, trotzkistischen und anarchistischen Kreisen. Die junge Bundesrepublik ist um ihre nationale und demokratische Identität bemüht, und zugleich um eine Abgrenzung von der DDR. So legte sie seit Mitte der 1950er-Jahre den Akzent auf den christlich und konservativ begründeten Widerstand, vor allem auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 und auf die Studenten der Weißen Rose. Diese Widerstandskämpfer werden als Helden gefeiert, wobei ihre Ziele und Beweggründe oft vereinfacht bzw. verfälscht werden, um die demokratische und konservative Identität der jungen Bundesrepublik zu unterstützen. Im Laufe der 1960er-Jahre untersuchen Historiker – wie zum Beispiel Hans Mommsen – diese Widerstandskreise näher und korrigieren nach und nach diese vereinfachten Bilder.

Um den Einfluss des westdeutschen Antikommunismus auf die Rezeption des Widerstands in der BRD zu veranschaulichen, zitiert Johannes Tuchel ein gutes Beispiel in seinem Beitrag „Vergessen, verdrängt, ignoriert“.³ Ein Berliner Sozialdemokrat wird 1933 und 1936 von den Nationalsozialisten verhaftet, zu mehr als zwei Jahren

³ „Unterlagen R.Z.“, Fotokopie in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Cf. Johannes Tuchel, „Vergessen, verdrängt, ignoriert. Überlegungen zur Rezeptionsgeschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus im Nachkriegsdeutschland“, in: J. Tuchel (Hrg.), *Der vergessene Widerstand. Zu Realgeschichte und Wahrnehmung des Kampfes gegen die NS-Diktatur*. Wallstein, Göttingen, 2005, S. 9.

Zuchthaus verurteilt und zu einer Strafeinheit eingezogen. 1946 kommt er aus der Kriegsgefangenschaft zurück, entscheidet sich für die sowjetische Besatzungszone und tritt der SED bei, aus der er später ausgeschlossen wird. Er geht 1952 nach Westberlin, wo er anfänglich als politisch Verfolgter der nationalsozialistischen Herrschaft anerkannt wird. Jedoch wird diese Anerkennung 1955 zurückgenommen unter dem Vorwand, er sei „Anhänger eines totalitären Systems“ gewesen, also Anhänger des kommunistischen Systems der DDR. Zu dieser Zeit wird die Totalitarismus-Theorie in den westlichen Staaten benutzt, um den Nationalsozialismus zu erklären. Diese Theorie beruht auf dem Vergleich totalitärer Systeme, wie etwa dem kommunistischen und dem nationalsozialistischen. Unter dem Vorwand, dieser Mann habe ab 1946 beim Eintritt in die SED das totalitäre System der DDR unterstützt, wird seine politische Verfolgung vor 1945 völlig geleugnet. An diesem Beispiel sieht man deutlich, wie die Gegenwart die Wahrnehmung der Vergangenheit ganz und gar bedingt.

In der DDR herrscht über 40 Jahre lang der Antifaschismusmythos: Die DDR, die unter Leitung der Sowjetunion von kommunistischen Widerstandskämpfern – wie zum Beispiel Walter Ulbricht oder Wilhelm Pieck – gegründet wird, stellt sich als Land der deutschen Antifaschisten dar, und behauptet, von allen nationalsozialistischen Verbrechern „gereinigt“ zu sein. Der Antifaschismus wird zu einem Gründungsmythos, weil er die Existenz des zweiten deutschen Staates legitimieren soll.

Das Thema Widerstand – „Antifaschismus“ genannt – wird also in der DDR das Hauptmittel der politischen und staatlichen Legitimierung (und dies viel mehr als in der BRD). Die Erinnerung an den Widerstand wird demzufolge völlig instrumentalisiert, gelenkt und kontrolliert. In den ersten Jahren werden nur die Kommunisten der KPD als Widerstandskämpfer gefeiert. Jedoch betrifft dies nicht einmal alle Kommunisten. In den Anfangsjahren herrscht nämlich ein gewisses Misstrauen denjenigen Kommunisten gegenüber, die während des Zweiten Weltkrieges in Westeuropa in der Emigration waren, da sie sich über jene Jahre von der sowjetischen Parteilinie entfernt haben, und sich zum Beispiel Sozialdemokraten und Trotzlisten angenähert haben. Franz Dahlem, ehemaliger Kämpfer bei den Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg, Mitglied der Volkskammer der DDR, wird zum Beispiel 1953 von der Macht entfernt, und erst 1956 im Zuge der Entstalinisierung rehabilitiert. Es gab auch oft den Fall, dass ehemalige Widerstandskämpfer, die nicht mehr mit der Politik der SED einverstanden waren, einfach aus der Geschichtsschreibung verschwanden. So wurde die Berliner Gruppe „Europäische Union“ aus dem Pantheon des kommunistischen Widerstands gestrichen, als Robert Havemann, einer ihrer ehemaligen Mitglieder, 1964 aus der SED ausgeschlossen wurde, weil er deren Politik kritisiert hatte.

Eine kleine Akzentverschiebung findet in der DDR nach dem sechsten Parteitag der SED 1963 statt, als der

„Aufbau des Sozialismus“ proklamiert wird, was die Widerstandsrezeption auf einige nichtkommunistische Widerstandskämpfer erweitert, die aber von der SED-Geschichtswissenschaft als „progressiv“ eingestuft werden, wie zum Beispiel Claus Schenk von Stauffenberg. Die Bezeichnung „progressiv“ wird nach der damaligen Einstellung der Widerstandskämpfer zur KPD oder zur Sowjetunion festgelegt. Demnach galt jemand als „progressiv“, der zum Beispiel bereit war, mit der KPD zusammenzuarbeiten. In den 1970er-Jahren wird in diesem Zusammenhang die Biographie von Helmuth James von Moltke, führender Kopf des Kreisauer Kreises, publiziert. Bis 1990 dominiert jedoch ein einseitiges und parteiisches Bild vom deutschen Widerstand. Nichtkommunistische Widerstandskämpfer bleiben grundsätzlich am Rand der Rezeption. Erst 1988 werden zum Beispiel die Weiße Rose und der Kreisauer Kreis in den ostdeutschen Schulbüchern erwähnt.

3) Erweiterung des Bilds in der BRD

In der BRD bildete – grob gesagt – das Jahr 1968 eine Wende, die nun Forschungen über den kommunistischen Widerstand einleitete. Im Laufe der 1970er- und 1980er-Jahre wird also die partielle Rezeption zum Teil nachgeholt. Regionalstudien erschienen zum Beispiel zum kommunistischen Widerstand. Im Jahre 1985 war man im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag des Kriegsendes auch auf politischer Ebene darum bemüht. In seiner berühmten Rede würdigte Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 auch den „Wi-

derstand aus den Kreisen der Arbeiter und Gewerkschaften“ und „den Widerstand der Kommunisten“. Ein Jahr davor – 1984 – wurde der Historiker und Politologe Peter Steinbach von dem damals noch Regierenden Bürgermeister von Berlin Richard von Weizsäcker damit beauftragt, im Bendlerblock eine Dauerausstellung zum deutschen Widerstand zu erarbeiten, die dessen „Breite und Vielfalt“⁴ dokumentieren sollte. Somit fing die offizielle Überwindung der partiellen und parteiischen Rezeption in der BRD an, die aber von der ganzen westdeutschen Gesellschaft nicht unbedingt geteilt wurde. Johannes Tuchel und Peter Steinbach erinnern sich daran, wie ablehnend einige Besucher reagierten, als bei der Teileröffnung der Ausstellung das Photo von Walter Ulbricht unter den Bildern der kommunistischen Widerstandskämpfer zu sehen war.⁵ Der Versuch, den Widerstand in seiner ganzen „Breite und Vielfalt“ darzustellen, sorgte noch für westdeutsche Polemiken, die uns zeigen, dass es oft eine zeitliche Verschiebung zwischen dem Stand der Forschung durch die Historiker, dem politischen Willen und der öffentlichen Meinung gibt.

Diese zwei entgegengesetzten Widerstandsbilder – also

⁴ Johannes Tuchel, „Zur Geschichte und Aufgabe der Gedenkstätte Deutscher Widerstand“, in: Thomas Vogel (Hrg.), *Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945*. Berlin, Mittler, 2000, S. 561.

⁵ Peter Steinbach, „Vermächtnis oder Verfälschung? Erfahrungen mit Ausstellungen zum deutschen Widerstand“, in: G. R. Ueberschär (Hrg.), *Der 20. Juli. Das andere Deutschland in der Vergangenheitspolitik nach 1945*, Berlin, Elefanten Press, 1998, S. 220.

kurz gesagt: Überhöhung des kommunistischen Widerstands einerseits und Ablehnung des Gleichen andererseits – haben sich gegenseitig beeinflusst. Ein gutes Beispiel für die Verflechtung der deutsch-deutschen Widerstandsbilder stellt die Gruppe der Roten Kapelle dar. Erst als die Berliner Mauer 1989 fiel, bekamen Historiker Zugang zu den Quellen in Moskau und Ostberlin und begannen „Legenden“⁶ – wie Johannes Tuchel sie nennt –, um diese Gruppe zu entkräften. Das Ministerium für Staatssicherheit – also die Stasi – entwarf nämlich im Laufe der 1970er-Jahre ein Bild der Roten Kapelle, das mit der historischen Realität kaum etwas zu tun hatte. Das Ziel der Stasi bestand darin, die Rote Kapelle als eine kommunistische Organisation darzustellen, die mit dem sowjetischen Geheimdienst zusammengearbeitet hatte. Diese Vereinnahmung wurde von bundesdeutschen Historikern damals nicht weiter infrage gestellt. Und so blieben die Widerstandskämpfer der Roten Kapelle im Westen stigmatisiert, bis der Zugang zu den Quellen bewies, dass die Rote Kapelle viele nichtkommunistische Widerstandskämpfer zählte, und nur ein einziges Mal eine Botschaft an den sowjetischen Geheimdienst gefunkt hatte. Das macht aus den Mitgliedern der Roten Kapelle sicherlich keine sowjetischen Agenten.

II. Konkurrenz zwischen Polen und den beiden deut-

⁶ Johannes Tuchel, „Das Ende der Legenden“, in: G. R. Ueberschär (Hrg.), *Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Wahrnehmung und Wertung in Europa und den USA*, Darmstadt, 2002, S. 347-365.

schen Staaten

Die besondere Problematik mit Polen wird zum einem dadurch bedingt, dass es als Bruderstaat der DDR eher deren Geschichtsbild unterstützte, zum anderen aber dass Polen darum bemüht war, einen klaren Unterschied zwischen dem polnischen und dem deutschen Widerstand zu machen. In den 1950er-Jahren erkannte die Volksrepublik Polen dementsprechend nur die deutschen kommunistischen Widerstandskämpfer an, die sich – wie Ernst Thälmann – für die Wiederherstellung des polnischen Territoriums ausgesprochen hatten. Um die damalige Rezeption des Attentates vom 20. Juli 1944 zu ermessen, zitiert der Historiker Krzysztof Ruchniewicz das 1955 erschienene Buch des polnischen Journalisten Marian Podkowinski:⁷

Im Lichte der Dokumente wissen wir heute, das hinter dem Putsch vom 20. Juli keine Widerstandsbewegung stand, auch keine ideell organisierte Opposition; es war vielmehr der Staatsstreich einer übrigens nicht konsolidierten Gruppe, angeführt von Generälen, die in ihrem Ehrgeiz verletzt waren oder vom „alten Deutschland“ retten wollten, was noch zu retten war.

Dieses Bild entspricht übrigens zum Teil dem Bild, das

⁷ Krzysztof Ruchniewicz, „Die Rezeption des deutschen Widerstands gegen die Nationalsozialisten in Polen“, in: G. R. Ueberschär (Hrg.), *Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Wahrnehmung und Wertung in Europa und den USA*, Darmstadt, 2002, S. 150-164.

die nationalsozialistische Propaganda über das Attentat 1944 verbreitete. In den 1970er-Jahren begannen polnische Historiker – wie zum Beispiel Antoni Czubinski – den deutschen kommunistischen Widerstand kritischer zu betrachten; sie betonten zum Beispiel den zu starken hagiographischen, d. h. unkritischen und euphemistischen Charakter der DDR-Historiographie. Um den konservativen Widerstand zu bezeichnen, blieb das Wort „Widerstand“ damals tabu. Man sprach eher von „einer militärischen und bourgeoisen Opposition“ (Czubinski), um den Unterschied zum polnischen Widerstand zu betonen. Zum Beispiel veröffentlicht der schlesische Rechtshistoriker Karol Jonca 1971 einen Artikel über den Kreisauer Kreis mit dem Titel „Die politische Doktrin der aristokratische ‚Opposition‘ gegen Hitler in Schlesien (1940-1944)“. Obwohl dieser Historiker die Gedanken des Kreisauer Kreises positiv interpretiert und sich für die Erinnerung an diesen Kreis in Polen einsetzt, setzt er das Wort „Opposition“ in Anführungszeichen, wahrscheinlich um den Erwartungen der öffentlichen Meinung in Polen zuvorzukommen. Die meisten Mitglieder des Kreisauer Kreises sind nämlich zum einem Aristokraten gewesen, zum anderen haben sie im engsten Sinne des Wortes nicht „gehandelt“, sondern sie haben sich regelmäßig versammelt, um Gedanken über den Wiederaufbau Deutschlands nach Hitler zu entwerfen. Weder in Polen, noch (übrigens) in Frankreich, ist man daran gewöhnt, das Entwerfen von Plänen, wenn sie nicht direkt mit Aktionen in Verbindung stehen, in die Widerstandskategorien einzuord-

nen. Hier stößt man auf die Besonderheiten des deutschen Widerstandes, den man mit den französischen und polnischen Denkkategorien nicht vollständig abdecken kann.

Wie Krzysztof Ruchniewicz erklärt, benutzte die polnische Geschichtswissenschaft im Laufe der Zeit schließlich doch den Begriff „Widerstand“, um den deutschen Widerstand zu bezeichnen, jedoch mied sie das Wort „Widerstandsbewegung“, die eine bedeutende und organisierte Form des gesellschaftlichen Widerstands charakterisieren sollte, eben wie die „Armia Krajowa“, die Untergrundarmee, die in den Anfangsjahren der kommunistischen Herrschaft in Polen nicht anerkannt wurde. Dabei kann man vielleicht eher von einer Abgrenzung gegenüber dem deutschen Widerstand sprechen als von einer reinen Konkurrenz.

Trotzdem blieben unübersehbare Differenzen zwischen Polen und den beiden deutschen Staaten – vor allem der BRD. Zwei entscheidende Orte des deutschen Widerstands lagen nämlich nach 1945 in Polen, die Wolfschanze, der Ort des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 (in der Nähe von Rastenburg), und der schlesische Gutshof Kreisau, in der Nähe von Breslau, wo sich die Mitglieder des Kreisauer Kreises trafen. Zwar zeigte sich Polen mit der Zeit bereit, die Existenz eines deutschen Widerstands anzuerkennen, jedoch fiel es ihm schwer, die Erinnerung an diesen Widerstand auf polnischem Boden zu akzeptieren. An diesem Punkt kann man auf den Titel des Buches „Zwischen Oder und

Rhein“ des Journalisten Marian Podkowinski zurückgreifen, das 1955 erschien. Laut diesem Titel soll also nur westlich der Oder an den deutschen Widerstand erinnert werden.

Trotzdem versuchten im Laufe der 1980er-Jahre deutsche Überlebende des Kreisauer Kreises mit Hilfe von schlesischen Mitgliedern des „Klubs der Katholischen Intelligenz“ – einer 1956 entstandenen Gruppe, die in den 1980er-Jahren der Gewerkschaft Solidarność nahestand –, in Kreisau die Erinnerung an den Kreisauer Kreis zu pflegen⁸. Mehrere Ideen entstanden: Anbringen einer Gedenktafel, Verwandlung des Gutshofes in ein Zentrum für deutsch-polnische Begegnungen, in einen kulturellen Jugendclub oder sogar in einen Bio-Bauernhof. Alle Projekte scheiterten, denn der polnische Staat war nicht dazu bereit – im Unterschied zu einigen Schlesiern –, die Erinnerung an den deutschen Widerstand östlich der Oder und der Neiße zu dulden. Dabei spielten zwei Gesichtspunkte eine entscheidende Rolle: Zum einen die Tatsache, dass Polen auf seine territoriale Integrität mit äußerster Wachsamkeit achtete und die deutsche Vergangenheit in Schlesien ungerne betonen wollte; zum anderen aber auch die immer wiederkehrende Problematik der Konkurrenz um den Widerstand. Diesen zweiten Punkt sollte man in Anbe-

⁸ Hélène Camarade, „Krzyżowa/Kreisau, paradigme du renouveau démocratique et de l'entente européenne: les enjeux de la mémoire germano-polonaise du Cercle de Kreisau depuis 1945“, in: Małgorzata Smorąg-Goldberg, Agnieszka Niewiedzial-Bédu, Florence Lelait (Hrg.), *Mémoire(s) de Silésie. Terre multiculturelle, mythe ou réalité?*, in: *Cultures d'Europe centrale*, Sondernummer Nr.6, 2009, S. 205-220.

tracht des ersten nicht unterschätzen. Als 1992, also drei Jahre nach dem Zerfall des Ostblocks und den ersten freien Wahlen in Polen und zwei Jahre nach der endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch Helmut Kohl, eine Gedenktafel zu Ehren von Claus von Stauffenberg an der Wolfsschanze bei Rastenburg enthüllt wurde, löste dies erneut eine Kontroverse aus⁹. Ein polnischer Publizist, namens Janusz Roszkowski, kritisierte den Satz auf der Tafel: „*Wie viele andere, die Widerstand gegen die Hitler-Diktatur leisteten, bezahlte auch er [Stauffenberg] dies mit dem Leben.*“ Laut diesem Publizisten war der Kampf gegen die Hitler-Diktatur nicht die Motivation der Attentäter, sondern der Versuch, „Deutschland zu retten“. Es sei also unangebracht, das Wort „Widerstand“ zu benutzen, was Stauffenberg auf die gleiche Ebene bringen würde wie die Helden der polnischen Geschichte. Die Polemik kreiste also immer wieder um die genaue Verortung des deutschen Widerstands im Vergleich zu dem Partisanenkampf der Polen. Diese Schwierigkeit bzw. die Verweigerung, die Besonderheiten des deutschen Widerstands in Betracht zu nehmen, lässt sich vermutlich dadurch erklären, dass die polnische Gesellschaft zu wenig über die Nazi-Herrschaft erfahren hat.

Seit dem Zerfall des Ostblocks haben sich laut Ruch-

⁹ Krzysztof Ruchniewicz, „Die Rezeption des deutschen Widerstands gegen die Nationalsozialisten in Polen“, in: G. R. Ueberschär (Hrg.), *Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Wahrnehmung und Wertung in Europa und den USA*, Darmstadt, 2002, S. 158.

niewicz die Kenntnisse über den deutschen Widerstand ein wenig verbessert: Bücher von Peter Steinbach sind ins Polnische übersetzt worden so wie auch die letzten Briefe Moltkes. Jedoch bleibe der deutsche Widerstand eine Lücke der polnischen Forschung. Der schlesische Gutshof Kreisau ist inzwischen immerhin eine internationale Jugendbegegnungsstätte geworden, auf Initiative deutscher und polnischer Bürger mit Unterstützung von Helmut Kohl und dem damaligen polnischen Regierungschef Tadeusz Mazowiecki.

III. Konkurrenz zwischen Frankreich und den beiden deutschen Staaten

Was die deutsch-französische Problematik auf dem Gebiet der Erinnerung an den Widerstand angeht, kann man vielleicht eher von einer schwierigen und ungenügenden gegenseitigen Anerkennung sprechen als von richtiger Konkurrenz. In Frankreich hatte der sogenannte Résistance-Mythos, nach dem alle Franzosen Widerstand geleistet hätten, jahrzehntelang zur Folge, dass der deutsche Widerstand gänzlich unbekannt blieb. Dessen Existenz passte ja nicht in die überaus schematischen Denkmuster.¹⁰ Die Schwarz-Weiß-Malerei, nach der die Deutschen die bösen Nationalsozialisten und die Franzosen die tapferen Widerstandskämpfer gewesen

¹⁰ Nadine Willmann, „La représentation française de la résistance au nazisme“, in: *Chroniques allemandes* 9 (2001-2002), S. 117-131; Ulrich Pfeil, „Nicht alle Deutschen haben ein Herz aus Stein. Das Bild der deutschen Widerstandes in Frankreich nach 1945“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 27 (2004), S. 23-30.

seien, hielt lange an. Erst in den 1980er-Jahren wurden in Frankreich kritische Studien zur französischen Internierungspolitik, zum Vichy-Regime und zur Herausbildung des Résistance-Mythos publiziert, die wir Historikern wie Robert Paxton, Henry Rousso und Denis Peschanski verdanken.¹¹ Diese Wandlung in der französischen Geschichtsforschung ebnete den Weg, um nuancierte Widerstandsbilder zu entwickeln. Nun wurde nicht mehr verschwiegen, dass in den Reihen der französischen Partisanen sehr viele Ausländer kämpften, wie zum Beispiel Polen, Spanier, Österreicher oder Deutsche.¹² Die Anerkennung durch die Franzosen, dass ungefähr 1 000 Deutsche und Österreicher im Widerstand in Frankreich aktiv waren, verdanken wir vor allem dem Universitätsprofessor für Germanistik Gilbert Badia. Er gründete 1977 die erste französische Gruppe zur Erforschung der Geschichte der emigrierten deutschen Nazigegner in Frankreich. Sie gab 1979 und 1985 zwei Forschungsbände zur dieser Thematik heraus.¹³ Gilbert Badia, der inzwischen verstorben ist, war seit 1938 Mitglied der kommunistischen Partei

¹¹ Robert O. Paxton, *Vichy France. Old Guard and New Order 1940-1944*, London, Barrie & Jenkins, 1972; Henry Rousso, *Le syndrome de Vichy (1944-1984)*, Paris, 1987; Denis Peschanski, *La France des camps. L'internement 1938-1946*, Paris, Gallimard, 2002.

¹² Stéphane Courtois, Denis Peschanski, Adam Rayski, *Le sang des étrangers. Les émigrés de la MOI dans la Résistance*, Paris, 1989.

¹³ Gilbert Badia, *Les barbelés de l'exil. Etudes sur l'émigration allemande et autrichienne (1938-1940)*, Grenoble, Presses universitaires de Grenoble, 1979; Gilbert Badia, *Les bannis de Hitler. Accueil et luttes des exilés allemands en France (1933-1939)*, Paris, Etudes et Documentation internationale, 1985.

Frankreichs und wandte sich an die DDR, um seinen Forschungen zur deutschen Emigration in Frankreich nachzugehen. Da die Mehrheit der in Frankreich kämpfenden Deutschen tatsächlich eher kommunistischer Überzeugung war, wurde diese Thematik von der DDR-Geschichtswissenschaft vereinnahmt. Dies hatte zur Folge, dass diese deutschen Widerstandskämpfer in der Bundesrepublik fast völlig unbekannt blieben.¹⁴ Seit der deutschen Wiedervereinigung setzt sich die Gedenkstätte Deutscher Widerstand dafür ein, diese Lücken in der Geschichtswissenschaft zu schließen, aber die offizielle Anerkennung bleibt noch ungenügend. So sprach sich Helmut Kohl 1994 anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung von Paris gegen den Vorschlag der französischen Widerstandsverbände aus, deutsche Widerstandskämpfer zur Parade zum 14. Juli einzuladen, an der auch deutsche Soldaten des Eurocorps teilnahmen. Und als 2004 – also fast 15 Jahre nach dem Mauerfall – Gerhard Leo, ein ehemaliger Kämpfer im französischen Widerstand, später SED-Mitglied in der DDR, vom französischen Staat ausgezeichnet wurde, berichteten in Deutschland nur die Tageszeitungen das „Neue Deutschland“ und die „Junge Welt“ darüber.

Was das gegenseitige Wissen über französischen und deutschen Widerstand angeht, kann man heutzutage

¹⁴ Hélène Camarade, „Deutsche im Widerstand in Frankreich 1940-1945. Erinnerungslücken in der Bundesrepublik Deutschland“, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (10/2010), S. 795-815.

noch von mangelnden Kenntnissen und Interessen sprechen. Zwar wurden seit dem Ende der 1990er-Jahre französische Forschungen über den deutschen Widerstand durchgeführt und veröffentlicht, wobei der Gebrauch des Wortes „Widerstand“ für die deutschen Verhältnisse in der französischen Geschichtswissenschaft gar kein Problem darstellt.¹⁵ Spielfilme über den deutschen Widerstand – wie etwa „Sophie Scholl, Die letzten Tage“ oder „Walküre“ mit Tom Cruise – kamen auf die französischen Leinwände, jedoch ohne großes Interesse zu wecken. In der öffentlichen Meinung bleibt die Überzeugung verankert, es habe keinen deutschen Widerstand gegeben. In Deutschland wiederum wird nur wenig über den französischen Widerstand geforscht. Die deutsche Geschichtswissenschaft interessiert sich eher für die deutsch-französische Besatzungspolitik und die Kollaboration des Vichy-Regimes, vielleicht um die französischen Lücken zu dieser Thematik auszugleichen.

Aussichten

Wenn man versucht, nun eine Bilanz zu ziehen, muss man zuerst betonen, inwiefern die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten und Bedingungen des einerseits deutschen und andererseits polnischen und französischen Widerstands die gegenseitigen Rezeptionen bedingten. Hier kann man an die Bemerkung Bernd Fau-

¹⁵ Gilbert Merlio, *Les résistances allemandes à Hitler*, Paris, Tallandier, 2001 ; Christine Levisse-Touzé, Stefan Martens (Hrg.), *Des Allemands contre le nazisme. Opérations et résistances 1933-1945*, Paris, 1997.

lenbachs anknüpfen, nach der vieles von den unterschiedlichen *Erfahrungen* der jeweiligen Bevölkerung abhängt. Vereinfacht gesagt, kann man diese unterschiedlichen Erfahrungen folgendermaßen zusammenfassen: Während die polnischen und französischen Kämpfer vier Jahre lang hauptsächlich mit Waffen gegen eine Besatzungsmacht kämpften – oder im Fall der Vichy-Regierung gegen eine von den Widerstandskämpfern als nichtlegitim angesehene Macht kämpften –, haben es die deutschen Widerstandskämpfer mit der eigenen, legal an die Macht gekommenen Regierung zu tun gehabt. Die nationalsozialistische Herrschaft dauerte zwölf Jahre und sie zerstörte schon in den Anfangsjahren die Vernetzung und Handlungsmittel der sozialdemokratischen und kommunistischen Nazigegner, die ja den Kampf gegen die NSDAP schon vor 1933 angefangen hatten. Es dauerte, bis sich andere Kreise formierten, bis Hindernisse und Gewissensfragen – wie die des Ungehorsams für das Militär – zum Teil überwunden wurden, bis also ein gewisser Lernprozess doch den Weg zur politischen bzw. militärischen Aktion ebnete.

Des Weiteren haben wir festgestellt, wie in den vier erwähnten Staaten das Thema Widerstand Träger von nationalen Mythen und nationalen Identitäten gewesen ist. Vor allem hat dies die jeweilige Anerkennung der anderen nationalen Widerstandsbewegungen erschwert oder sogar unmöglich gemacht. Mit dem Verschwinden der ideologischen und politischen Teilung Europas einerseits und der immer größeren zeitlichen Distanz zum

Zweiten Weltkrieg andererseits kann man hoffen, dass sich dieses Thema immer mehr für transnationale Ansätze eignen wird. Historiker versuchen heute die Möglichkeiten und die Grenzen für eine gemeinsame europäische Geschichtsschreibung zu ermessen, wie zum Beispiel Henry Rousso oder Norbert Frei.¹⁶ Die Suche nach deutsch-französischen und deutsch-polnischen Erinnerungsorten in dem letzten Jahrzehnt ist in dieser Hinsicht bemerkenswert.¹⁷ Ein solcher transnationaler Ansatz setzt aber voraus, das Thema Widerstand zum Teil zu „entnationalisieren“ und gewisse Mythen mit der Realität weiter zu konfrontieren, um sie zu entkräften.

¹⁶ Henry Rousso, „Les dilemmes d'une mémoire européenne“, in: Christian Delacroix, François Dosse, Patrick Garcia (Hrg.), *Historicité*, Paris, La Découverte, 2009.

¹⁷ Pim den Boer (Hrg.), *Europäische Erinnerungsorte*, 3 Bd., München, Oldenbourg Verlag, 2012; Hans Henning Hahn (Hrg.), *Deutsch-polnische Erinnerungsorte*, Paderborn, Schöningh, 2012.

Die Erinnerung an Judenverfolgung und Shoah in Frankreich und die Opferkonkurrenz – mit Vergleichen zu Deutschland

Das ursprünglich im Seminarprogramm ausgewiesene Referatthema lautete im ersten Teil „Die Erinnerungen an den Holocaust in Frankreich und die Opferkonkurrenz – mit Vergleichen zu Deutschland“. Diese Erinnerungen an den Holocaust gibt es aus zwei Gründen für Frankreich nicht. Erstens spricht man in Frankreich bis heute überwiegend von der Shoah und nicht vom Holocaust. Zweitens sind beide Begriffe, ob Holocaust oder Shoah, relativ junge Begriffe, die sich erst in den 1970er- oder eher in den 1980er-Jahren durchgesetzt haben. Die Erinnerung an den Judenmord in Frankreich war bis dahin keine Erinnerung an die Shoah beziehungsweise an den Holocaust, sondern eine Erinnerung an die Judenverfolgung beziehungsweise an die Endlösung.

(Transkription des mündlichen Vortrages in Berlin am 14.3.2012)

Etienne François

Schon diese Bemerkung, glaube ich, ist für uns sehr hilfreich. Denn sie zeigt uns, dass wir es mit einem grundsätzlichen Wandel in der Konstruktion und Entwicklung der kollektiven Erinnerung zu tun haben. Zunächst ist die Shoah kein Thema für sich. Dominant ist die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und innerhalb

dieser Erinnerung thematisiert man die Verfolgung und Ermordung der Juden. Sie ist nur ein Aspekt der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg. Erst ab den 1980er-Jahren werden die Verhältnisse ganz anders. Allmählich tritt die Erinnerung an den Krieg zurück. Stattdessen wird die Bedeutung, die Wahrnehmung der Judenverfolgung und des Judenmords bis zum heutigen Zeitpunkt immer wichtiger. Dies erkennt man ganz genau bei Gesprächen mit Schülern in Schulen, wo man den Eindruck bekommt, dass das Entscheidende in den Jahren 1939 bis 1945 die Judenverfolgung war.

Ein anderes Beispiel: Wenn man heute in Frankreich und vermutlich auch in anderen Ländern von den Deportierten spricht – woran denkt man heutzutage? Automatisch an die Juden, aber nicht unmittelbar an den Krieg. Man denkt nur an die politisch Verfolgten. Und daran sieht man schon, dass man es mit einem Thema zu tun hat, dass nicht als eine Einheit betrachtet werden kann, sondern als ein Thema mit einem grundsätzlichen Wandel, der am Ende der 1970er- oder am Beginn der 1980er-Jahre stattgefunden hat. Dieser Wandel – würde ich zuspitzend sagen – hat zu einer totalen Umkehrung unserer Wahrnehmung geführt. Was ich bisher als Einleitung gesagt habe, gilt nicht nur für Frankreich, sondern für die Mehrheit der Länder, mit welchen wir zu tun haben.

Ich werde deswegen meine kurze Einführung in zwei Teile gliedern: zuerst die Erinnerung an die Judenverfolgung beziehungsweise an die Endlösung bis in die

1970er-/1980er-Jahre, und dann die beginnende Erinnerung an die Shoah seit den 1980er-Jahren bis heute. Erster Punkt: Die Erinnerung, wie sie sich seit dem unmittelbaren Ende des Krieges bis zu dieser großen Zäsur konstruiert und wie sie sich artikuliert, ist eine komplizierte Erinnerung, weil sie auf einem doppelten Fundament ruht. Der Zweite Weltkrieg war für die Franzosen zweierlei. Er war erstens ein Trauma und zweitens ein Wunder. Ein Trauma, weil Frankreich nach der deutschen Offensive im Mai 1940 total zusammengebrochen ist. Es gab acht Millionen Flüchtlingen auf den französischen Straßen, damals ein Fünftel der gesamten Bevölkerung. Es kam zum totalen Zusammenbruch der 3. Republik, die in aller Eile am 10. Juli durch eine Gegenregierung und eine Gegenstaatsauffassung ersetzt wurde, der so genannte Etat Français unter der Leitung von Pétain. Der Etat Français hatte bewusst eine andere Devise als die Republik mit „Liberté, Egalité, Fraternité“ (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit). Für den Etat Français galt: „Travail, Famille, Patrie“ (Arbeit, Familie, Vaterland), um deutlich zu zeigen, dass man mit dieser verpönten Vergangenheit brechen wollte. Es war ein totaler Zusammenbruch, wie man ihn in Frankreich nie zuvor erlebt hatte; noch schlimmer als Frankreichs Niederlage von 1870/71; auch schlimmer als die Niederlage Frankreichs nach dem Ersten Kaiserreich von Napoleon. Mit diesem Faktum wollte ich als Erstes beginnen, mit der traumatischen Dimension des Zweiten Weltkriegs für die überwiegende Mehrheit der Franzosen.

Aber das Erlebte war auch ein Wunder. Denn dieses Land war total zusammengebrochen. Trotz massiver Selbstzweifel hat es Frankreich geschafft, sich zu regenerieren und am Ende des Krieges zu den vier Siegermächten zu gehören. Das war insofern eine richtige Entscheidung, als de Gaulle schon am 10. Juni 1940 den Widerstand proklamiert hat mit seiner zutreffenden Prophezeiung über die Niederlage des Dritten Reiches und dies zu einem Zeitpunkt, als niemand daran glaubte. Insofern auch, da es allmählich gelang, innerhalb von Frankreich eine immer stärker werdende Gruppe von Opponenten zu der Vichy-Regierung wie auch zu der deutschen Besatzung zu bekommen. Die aktiven Mitglieder blieben bis zum Ende eine Minderheit, einige Prozentsätze der französischen Bevölkerung.

Aber als die Alliierten im Juni 1944 in der Normandie und später im August 1944 in Südfrankreich landeten und als die Hauptstadt Paris Ende August 1944 befreit wurde, waren 90 Prozent der Franzosen für die Résistance und für de Gaulle. Sie hatten ihre Verunsicherung, ihre Zweifel, ihre beginnende Zuneigung für Pétain total vergessen beziehungsweise überwunden. Frankreich beteiligte sich aktiv an den Kampfhandlungen. Frankreich war mit seinem Kolonialreich nicht nur das Sechseck in Europa, sondern auch ganz Nordafrika, ein Großteil von Schwarzafrika, Indochina und so weiter. Also ein Kolonialreich fast vergleichbar mit dem britischen Kolonialreich oder mit dem russischen. Der einzige Unterschied ist, dass das russische Kolonialreich

ein Kontinentalreich ist und nicht in Übersee liegt. Frankreich gehörte aufgrund seiner aktiven Kriegsbe teiligung zu den vier Siegermächten 1945 und bekam unter anderem dadurch einen permanenten Sitz in der neu gegründeten Organisation der Vereinten Nationen. Weil diese Erfahrung des Zweiten Weltkriegs so zwie spältig war, kann man vielleicht besser verstehen, dass die Erinnerung daran in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg immer eine komplizierte und immer eine vielschichtige geblieben ist.

Welche Form der Erinnerung in der Zeit zwischen 1945 bis zu den 1970er-Jahren gab es? Es gab zuerst eine Deutung, die sich sehr schnell durchsetzte mit Hilfe von Reden, aber auch mit Hilfe von konkreten Maßnahmen beginnend im Zusammenhang mit der sogenannten „E.puration“ (Säuberung). Diese Deutung lautet: Die Regierung von Vichy hat es juristisch nicht gegeben. Sie war nur eine Scheinregierung, aber die Republik hat nie aufgehört zu existieren. Es gab lediglich einen Unter schied zwischen dem legalen und dem legitimen Frank reich. Das war die erste Form. Zweitens: Diese Vichy-Regierung war eine kleine Clique von Landesverrättern, die mit Frankreich so gut wie nichts zu tun haben. Frankreich war im Kern gesund und hat sich im Grunde durch seine aktive Teilnahme an den Kämpfen gegen die Vichy-Regierung und gegen Nazi-Deutschland rehabi litiert. Um diese Deutung durchzusetzen, gab es in der Nachkriegszeit zuerst diese grundlegende Säuberung, die man nicht vergessen darf. Ich betone dies umso

mehr, als man heutzutage oft die Meinung hört, es habe nach dem Krieg in dieser Hinsicht so gut wie nichts gegeben. Das ist falsch. Zur Illustration einige Zahlen der Epuration: Mindestens 10 000 Personen wurden standrechtlich erschossen, weil sie verdächtigt wurden, mit den Deutschen kollaboriert zu haben. Ungefähr 20 000 Frauen wurden erniedrigt, weil sie verdächtigt wurden, die sogenannte horizontale Kollaboration betrieben zu haben. Es gab 140 000 Gerichtsverfahren gegen Personen, die aus unterschiedlichen Gründen an der Kollaboration beteiligt waren, und schließlich 1 500 Hinrichtungen, darunter auch von führenden Vertretern der Vichy-Regierung, angefangen von Laval. Der Einzige, der nicht hingerichtet wurde, obwohl er zum Tode verurteilt wurde, war der alte und senile Marschall Pétain. Aber Pétain blieb bis zu seinem Tod sein Leben lang in Haft.

Es erfolgte also mit der Epuration eine Säuberung, die natürlich nicht perfekt war. Es gibt keine perfekte Säuberung. Die einzig mögliche perfekte Säuberung wäre, dass man alle hinrichtet, aber dann kann man keinen Neubeginn mehr starten. Insofern war das doch eine für europäische Verhältnisse und verglichen mit Deutschland eine tiefgreifendere Säuberung. Aber danach zog man mit zwei großen Amnestiegesetzen 1951/1953 sehr schnell einen scheinbaren Schlussstrich und mit der Konstruktion einer Meistererzählung, von der alle wussten, dass sie falsch war, aber die trotzdem glaubhaft und nützlich für den Wiederaufbau und die Wiedererrichtung eines einigen Frankreichs war. Diese Meisterer-

zählung lautete so: Es gab eine kleine Gruppe von Landesverrätern und Handlangern der Nazis. Die Mehrheit von Frankreich ist sich treu geblieben. Sehr viele Franzosen haben entweder aktiv in der Widerstandsbewegung mitgewirkt oder indirekt dazu beigetragen, dass die negativen Auswirkungen der Besetzung begrenzt wurden. In diesem Zusammenhang erwähnte man zum Beispiel die in der Tat sehr aktive Unterstützung, die breite Kreise der französischen Bevölkerung den verfolgten Juden gewährt haben. Sie kennen vielleicht die Zahlen. Es gab in Frankreich, so schätzt man, 330 000 Juden zu Beginn des Krieges. Unter diesen 330 000 Juden waren ungefähr 200 000 ausländische Juden, die vor Beginn des Krieges Zuflucht in Frankreich gesucht hatten. Von diesen 330 000 Juden wurden insgesamt 76 000 deportiert, es kamen ungefähr 6 000 zurück.

Die Vichy-Regierung betrieb keine Politik der Vernichtung. Sie wollte eher – wie die ungarische Regierung oder andere Regierungen der Zwischenkriegszeit – die Rolle der Juden in der französischen Gesellschaft durch Entrechtung oder Begrenzung des Zugangs zu einigen Berufen zurückdrängen. Man wusste in Frankreich, dass die Politik der Vernichtung ein Befehl von oben, von den Deutschen war. Aber was man in Frankreich lange Zeit unterschätzt hatte, war das Ausmaß der Beteiligung der Vichy-Regierung an der Durchführung dieser Maßnahmen. Hätten die französische Gendarmerie oder die französische Polizei nicht mitgemacht, wären viel weniger Juden inhaftiert worden. Die Listen

für die Inhaftierung der Juden hatte die französische Bürokratie erstellt; nicht die deutsche. Die ersten Internierungslager wurden von französischen Beamten und von französischen Polizisten überwacht. Erst nach der Inhaftierung im Lager von Drancy wurden sie den Deutschen übergeben. Aber die dreckige Vorarbeit hat die französische Polizei auf der Basis eines Paktierens mit der deutschen Besatzung durchgeführt, die heute für alle Franzosen unerträglich und nicht mehr zu verantworten ist. Die Überlegung dabei war die folgende: Wir liefern den Deutschen die ausländischen Juden, damit wir unsere Juden protegieren. Unter den 70 000 Juden, die in Folge der Verfolgung umgekommen sind, waren 90 Prozent ausländische Juden und nur 10 Prozent französische Juden.

Insgesamt aber hat die überwiegende, die große Mehrheit der französischen Juden beziehungsweise der Juden, die in Frankreich lebten, den Krieg überlebt, weil sie geschützt worden sind. Zum Teil, weil sie in Nordafrika lebten, wo die Deutschen weniger Zugriff hatten. Auch die Vichy-Regierung, die in Nordafrika regierte, hat sie nie ausgeliefert. Sie hat ihnen einige Rechte genommen, aber nie ausgeliefert. Und in Frankreich wurden Juden durch breite Kreise der Bevölkerung geschützt. Die Beteiligung der Protestanten war besonders stark. Sie sahen in den verfolgten Juden im Grunde eine Wiederverkörperung der verfolgten Protestanten unter der Herrschaft von Ludwig XIV. Aber auch die Unterstützung von Seiten der katholischen Kreise war

sehr stark. Das sieht man in dem Paradox, dass die überwiegende Mehrheit der Bischöfe in Frankreich bedingungslose Anhänger und Bewunderer von Pétain waren. Aber fast alle haben ihre Priester oder die Klöster unterstützt, die sehr viele Juden versteckt haben. Alles zusammen, die Rolle der Kirchen, die Rolle der Zivilgesellschaft, aber auch die Rolle eines Teiles der Polizei erklärt, dass sehr viele Juden geschützt worden sind, entweder vor Ort oder weil man ihnen geholfen hat, in Spanien, Nordafrika oder England und in den USA Zuflucht zu finden. Das wurde natürlich ein wenig thematisiert, aber als ein Aspekt des größeren französischen Heldentums. Das Motto dieser Erinnerung lautete: Frankreich war standhaft, Frankreich war heldenhaft. Wenn man in dieser Zeit von Opfern gesprochen hat, dann nur in dem Sinne von Personen, die sich geopfert haben. Ich würde fast sagen, man hat viel mehr als von den Opfern, von den Märtyrern gesprochen, von den Personen, die freiwillig gegen Nazi-Deutschland ihr Leben für Frankreich gegeben haben und die deswegen umgekommen sind, entweder als Kämpfer mit der Waffe in der Hand oder als Unterstützer der Résistance, die dann deportiert worden sind in die Konzentrationslager. Aber man dachte dabei überwiegend an die „Politischen“.

Von Seiten der jüdischen Überlebenden der Verfolgung hütete man sich davor, eine spezifische jüdische Erinnerung aufzubauen und den Anspruch zu erheben, anders als die Mehrheit der Franzosen behandelt zu wer-

den. Und zwar aus folgendem Grund: Die Menschen damals dachten, wenn wir dieses Spiel mitmachen, dann führen wir das Spiel der Deutschen weiter, der Absonderung zwischen den „normalen Menschen“ und den „Juden“. Sie dachten weiterhin, nein, wir sind Menschen wie die anderen. Wir sind Franzosen wie die anderen oder Wahlfranzosen, weil wir in Frankreich Zuflucht gefunden haben. Wir haben genug darunter gelitten, dass man uns absondern wollte oder dass wir eine besonders harte Form der Verfolgung erlebt haben. Jetzt gehören wir zu Frankreich und wir wollen nicht mehr weg von Frankreich. Das sieht man am deutlichsten, wenn man auf den großen Friedhof im Osten von Paris geht. Auf diesem Friedhof Père Lachaise, ein sakraler Ort der Reliquien in Frankreich, gibt es unmittelbar an der Mauer, wo die letzten Kommunarden 1871 in der blutigen Maiwoche hingerichtet worden sind, Grabstellen oder Kenotaphen als Erinnerung an all die Menschen, die in den Konzentrationslagern umgekommen sind. Da haben Sie nebeneinander Auschwitz, Buchenwald, Mauthausen oder Flossenbürg und so weiter. Das heißt, sie alle werden als Deportierte gesehen und an alle denkt man als Opfer im aktiven Sinne für Frankreich und für die Menschenrechte. Ich will nicht sagen, dass es in dieser ersten Phase keine Konkurrenz der Opfer gab, aber ich würde eher von einer Konkurrenz oder einer Hierarchie der Märtyrer sprechen. Ganz oben rangieren die aktiven Mitglieder der Résistance, die als solche von den Deutschen hingerichtet wurden oder in die Konzentrationslager verschleppt worden sind. Dann

kommen die Personen, die aus Sympathie für die Résistance ebenfalls hingerichtet worden sind oder drangsaliert und/oder deportiert. Das ist die zweite Gruppe. Auf der gleichen Ebene stehen die Soldaten, die gekämpft haben. Denn Frankreich hat im Zweiten Weltkrieg mehr als 150 000 Soldaten verloren, die in den Kampfhandlungen 1940 und dann 1944/45 ums Leben kamen.

Dann gibt es auf der unteren Ebene der Märtyrer-Hierarchie die Opfer des Krieges, mit denen man Mitleid haben muss, weil sie zu Unrecht gelitten haben. Aber die rangieren nicht so hoch wie die, die gekämpft haben. Zu diesen gehören die Juden. Schließlich gibt es die, von denen man nicht spricht, obwohl sie auch genauso gelitten haben. Das sind die Opfer der „Epuration“ (Säuberung) und die Opfer der Bombardierungen. Mehrere zehntausend Personen sind in Folge der Bombardierungen durch die alliierte Luftwaffe in Caen, Nantes, Rouen und anderen Städten umgekommen. Meine Eltern haben mir noch von der Bombardierung von Rouen erzählt. Von den Bombenopfern spricht man nicht oder kaum, denn dies sind Opfer der Alliierten. Man spricht natürlich nicht von den Opfern der „Epuration“ – aber man spricht auch kaum von den ungefähr 800 000 Zwangsarbeitern, die nach Deutschland verschleppt worden sind. Sie haben sehr stark unter dieser Ungerechtigkeit gelitten und haben deswegen jahrzehntelang dafür gekämpft, dass man ihnen den Titel „Déporté du Travail“ (Arbeitsdeportierte) zuerkennt – in der Hoffnung, sie würden damit fast auf die gleiche

Stufe kommen wie die „richtigen“ Deportierten, die politisch Deportierten. Aber die politisch Deportierten haben das erfolgreich abgelehnt. Die Zwangsarbeiter des STO (Service du Travail Obligatoire) sind so „niedriger“ geblieben. Es gibt eine starke Hierarchisierung und diese Hierarchisierung basiert auf einem sehr starken Konsens in der französischen Gesellschaft. Man weiß in der französischen Gesellschaft, dass die Geschichte des Zweiten Weltkriegs unwahrscheinlich kompliziert war und dass viele Menschen zu Beginn für Pétain waren und erst sehr viel später für de Gaulle oder überhaupt nicht. Aber dies war zu kompliziert, um sich damit auseinanderzusetzen. Es galt, das zerstörte Land wieder aufzubauen, eine neue Zukunft zu ermöglichen. Dafür musste man bereit sein, einiges zu verschweigen. Das war ein konstruktives Verschweigen im Sinne des Wiederaufbaus des Landes und des Wiederaufbaus der Nation. Die zwei Träger dieser Geschichtsdeutung, die in vielerlei Hinsicht einseitig war, waren auf der einen Seite die Anhänger von de Gaulle und auf der anderen Seite die Kommunisten. Zwischen den beiden gab es eine richtige Konkurrenz: Wer hat sich am stärksten für die Befreiung Frankreichs engagiert? Wer hat die größte Anzahl an aktiven Opfern gehabt? Die Kommunistische Partei (KP), die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg jeden vierten Wähler in Frankreich um sich versammelte, warb unter anderem mit dem großen Titel: Wir sind die Partei der 70 000 Füsilierten (Hingerichteten). Damit wollten sie dokumentieren: Wir haben uns am meisten engagiert, wir haben die größten Opfer ge-

bracht und deswegen sind wir legitimiert, die Geschicke Frankreichs zu führen. Das ist die erste Phase verbunden mit dieser Form der Deutung, die – ich wiederhole es noch einmal – auf einem Pakt des Schweigens beruhte. Man tat, als ob die Vergangenheit so gewesen wäre, obwohl man ganz genau wusste, dass sie nicht so war.

Diese erste Form der Deutung brach allmählich in den 1970er-/1980er-Jahren im Laufe einer Entwicklung zusammen, die ich nur kurz skizzieren kann. Es gab eine zunehmende Infragestellung als Konsequenz des Generationenwechsels und neuer Untersuchungen von Historikern im Ausland wie auch in Frankreich, die immer deutlicher zeigten, dass vermutlich kein Staatschef in Frankreich so populär war wie Pétain unmittelbar nach der Niederlage vom Mai 1940. Wenn man damals eine Meinungsumfrage oder ein Referendum durchgeführt hätte – meinetwegen im Juli 1940 –, hätte Pétain höchstwahrscheinlich 90 Prozent der Stimmen erhalten – ein Traum für jeden Politiker in Frankreich. Das ist das Eine. Aber es gab in dem Generationenwandel auch ein neues Phänomen. Die Wahl von François Mitterrand 1981 zum Präsidenten der Republik. Mitterrand war kein Kommunist – er hasste die Kommunisten und er hat sie „erwürgt“ –, aber er war auch kein Gaullist, er hasste auch die Gaullisten. Er war jemand, der Kriegsgefangener in Deutschland und dann bis spät in das Jahr 1942 in einer Behörde der Vichy-Regierung aktiv gewesen war. Er hatte sogar einen Orden von Pétain erhalten. Die Wahl von Mitterrand machte deutlich, dass das Mono-

pol der Deutung der Vergangenheit, das bis dahin in den Händen der Kommunisten und der Gaullisten lag, zu Ende war. Und dass jetzt allmählich Menschen Verantwortung bekamen, die eine komplizierte Vergangenheit hatten, und die man nicht mehr mit den Schablonen von früher beurteilen konnte.

Dazu kamen noch weitere Aspekte. Ich kann mich sehr gut an den Schock in der französischen Bevölkerung erinnern, der durch die Ausstrahlung der Fernsehsendung „Holocaust“ 1979 ausgelöst wurde. Ich kann mich sehr gut erinnern, weil ich damals in Nancy diese Sendung natürlich mit meiner Frau und mit unseren älteren Kindern gesehen habe. Unmittelbar danach gab es viele Diskussionen in Schulen. Ich habe an mehreren Diskussionen darüber teilgenommen. Es war im Grunde für sehr viele Franzosen eine Entdeckung, die umso stärker wurde, als auf einmal nicht mehr von großen Massenbewegungen die Rede war, sondern von Einzelschicksalen und von Personen, mit denen man sich mit dem Medium des Films und des Fernsehens identifizieren konnte, das heißt, eine Form der unmittelbaren Identifikation – als ob man Zeuge gewesen wäre und als ob die Zeit auf einmal aufgehoben wäre. Das hat eine große Rolle gespielt.

Genauso groß war die Rolle des Films „Shoah“ von Claude Lanzmann einige Jahre später, 1985. Das führte allmählich zu einem Bewusstseinswandel in Frankreich, wo sich die Einsicht durchsetzte bzw. besser gesagt sich öffentlich artikulierte, die bislang – obwohl man es

wusste – nicht gesagt worden war: Dass erstens die Vichy-Regierung lange Zeit viele Unterstützer hatte. Dass zweitens die Vichy-Regierung eine eigenständige anti-jüdische Politik betrieben hatte. Und dass drittens die Vichy-Regierung sich aktiv an der Verhaftung der Juden in Frankreich beteiligt hatte und an ihrer Verschleppung nach Drancy, wo sie dann den Deutschen übergeben wurden, damit sie nach Auschwitz deportiert werden konnten. Das ist ein grundsätzlicher Wandel, der dazu führte, dass eine eher symbolische, zweite Welle der Säuberung mit Prozessen begann, die ein Riesenecho in der französischen Öffentlichkeit hatten: so die Prozesse gegen Klaus Barbie als einen ehemaligen Verantwortlichen der SS in Frankreich, dann gegen Touvier, einen der Generäle der Polizei von Vichy, und schließlich gegen Papon, einen hohen Minister von de Gaulle, der als junger hoher Beamter an der Deportation der Juden in der Region von Bordeaux beteiligt war. Alle drei wurden verurteilt. Diese zweite Form der Säuberung führte auch dazu, dass 1995 der neue Regierungschef Jaques Chirac in seiner weit beachteten Rede am 16. Juli – das heißt am Jahrestag der großen Verhaftungswelle der ausländischen Juden in Paris – zum ersten Mal sagte, Frankreich ist schuldig und nicht nur die Clique um Pétain und Vichy. Frankreich, der französische Staat, die französische Gesellschaft hat versagt. Sie hat ein Verbrechen vollzogen, das nicht wieder gut zu machen ist und sie trägt deswegen eine unverjährbare Schuld. Ich zitiere die Worte von Chirac, wie er sie in dieser beachtlichen Rede formuliert hat. Und das führte

dazu, dass am Ende die Mehrheit der Franzosen dachte, die Judenverfolgung ist unsere Sache. Wir tragen hier mehr Verantwortung als die Deutschen, also eine totale Umkehrung der Verhältnisse. Das führte auch dazu, dass man glaubte, alle Juden in Frankreich seien ermordet worden, was – wie oben ausgeführt – ebenso falsch ist. Man erkennt diese Entwicklung ganz deutlich an den Schulen in Paris – und nicht nur in Paris. An jeder Schule finden Sie eine schwarze Gedenktafel mit einer Inschrift in goldenen Lettern. Darauf steht: „In dieser Schule wurden soundso viele jüdische Schüler verhaftet. Sie wurden von der französischen Polizei auf Befehl der Vichy-Regierung verhaftet, die sich zum Handlanger der deutschen NS-Herrschaft gemacht hat. Sie wurden nach Auschwitz oder in die Konzentrationslager transportiert und kamen dort um. Vergesst das nicht.“ Hier sieht man den grundsätzlichen Wandel in der Erinnerung an die Shoah. Ich würde sagen, dass in Frankreich die Erinnerung an die Shoah stärker ist als die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg. Und wenn man an die Shoah denkt, denkt man zuerst an die französische Verantwortung und erst in zweiter Linie an die deutsche Schuld.

Heute sehe ich in Frankreich, dass diese Erinnerung langsam auch zurückgeht. Inzwischen sind andere Themen aktueller. Das brennende Thema in der französischen Öffentlichkeit ist nicht mehr die Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg und mit der Verwicklung des französischen Staates, der französischen Verwaltung und von Teilen der französischen Bevölkerung

Kurze Zusammenfassung der Replik

von Jan M. Piskorski mit Vergleich

Vorbemerkung der Herausgeber:

Der nachfolgende Text ist eine Zusammenfassung der kurzen Replik von Prof. Dr. Jan M. Piskorski auf den unmittelbar davor gehörten Vortrag von Prof. Dr. Etienne François. Die darin angesprochenen Punkte sind so informativ, dass wir in der vorliegenden Seminardokumentation nicht darauf verzichten wollten.

zur Entwicklung in Polen

Der Krieg im Osten unterschied sich so sehr vom Krieg im Westen, dass die Dinge eigentlich nicht miteinander vergleichbar sind. Es kann allein deswegen nicht von polnischen Kollaborateuren oder einer polnischen Regierung gesprochen werden, weil die Deutschen keine polnische Regierung haben wollten. Andernfalls hätte es natürlich auch polnische Kollaborateure gegeben.

Für Polen ist der Zweite Weltkrieg noch immer ein Trauma; wegen der Zahl der Toten, der Zahl der Vertriebenen, der Verschiebung der Grenzen, den Problemen mit dem nationalen Bewusstsein. Eigentlich war Polen seit dem 14. Jahrhundert immer ein Vielvölkerstaat und ist erst seit 1945 ein „Ein-Volk-Staat“. Heute ist für die polnischen Historiker und in den heutigen polnischen Diskussionen der Holocaust – von der Jed-

wabne-Frage abgesehen – eher ein Randthema.

Die Jedwabne-Frage markiert übrigens schon die zweite Diskussionsphase in Polen. Die erste Phase war unmittelbar nach dem Krieg. Erst jetzt kam die zweite Phase – nach fünfzig Jahren des Vergessens. Das ist typisch in Europa. Obwohl dies in Polen sehr oft mit der Regierungszeit der Kommunisten verbunden wird, weiß man, dass dies kein durch die Kommunisten verursachtes Problem, sondern eines der Erinnerung ist.

Piskorski hält, ebenso wie viele andere polnische Historiker, mit Blick auf den polnischen Antisemitismus Forschungen aus den 1930er-Jahren, besonders der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre für wesentlich wichtiger. Denn in den 1940er-Jahren hatten die Polen nicht viel zu sagen. Die Deutschen, teilweise die Russen „lösten“ die aus ihrer Sicht anstehenden Fragen. Dabei gab es natürlich auch eine Form „polnischer Beteiligung“, denn anders ist das praktisch nicht möglich. Vergleichbar kann man dann allerdings auch von einer „jüdischen Beteiligung“ und so weiter sprechen. Deshalb versprechen historische Forschungen über die 1930er-Jahre, besonders deren zweiter Hälfte, viel mehr Erkenntnisgewinn über die Quellen und die Ausbreitung des europäischen, auch des polnischen Antisemitismus. Zu der Zeit wurde Hitler in Frankreich, in Polen, in Rumänien und andern Orten noch als ein normaler Staatsmann behandelt. Er wurde unter den Antisemiten, aber nicht nur unter ihnen, sondern auch unter den Rechtsparteien in Polen eigentlich als ein geschickter Staatsmann be-

trachtet. So hat ihn damals eigentlich auch noch die angelsächsische Welt betrachtet. Es genügt über diese Berliner Jahre bei William L. Shirer in seinem „Berlin Diary (1934-1941)“ zu lesen.

Doch dann kam der Holocaust. Alles, was bislang in Europa, in gewissem Sinne Polen, Franzosen und andere sogar an Gemeinsamen vorbereitet haben, hat der Holocaust einfach zugedeckt und verschüttet. Deshalb und auf diese Weise konnten die 1930er-Jahre in diesen Ländern sofort vergessen werden. In Polen sind diese Jahre noch heute teilweise vergessen. Denn ansonsten müsste man den Holocaust einmal beiseite schieben und von dem Nationalismus und von dem Antisemitismus und der polnischen Minderheitenpolitik sprechen. Hier wäre noch immer sehr viel zu sagen, auch in Bezug auf die Judenfrage in Polen, unter anderem an den Universitäten und anderen Hochschulen Polens, wo sie nicht selten – auch von den Professoren – als Menschen zweiter Klasse betrachtet wurden. Darauf, wie auch auf die Debatte über das polnische Verhältnis zu den Ukrainern und der orthodoxen Kirche im Osten Polens, ist ein Teil der Gesellschaft noch immer nicht vorbereitet.

Dennoch darf man nicht vergessen, dass die größte Diskussion der demokratischen Polen nach 1989 die Jedwabne-Frage ist, wo Polen – unter deutscher Obhut – ein paar hundert Juden in einem kleinen Städtchen ermordet haben. Wie viele Menschen genau, weiß man nicht. Das waren Juden, die zunächst unter der russi-

schen Okkupation lebten und dabei mit den Russen – nicht anders übrigens als ein Teil der polnischen Bevölkerung – kooperierten.

Wenn es weniger um historische Diskussionen, sondern um Filme sowie Romane geht, die vielleicht einen viel wichtigeren Einfluss auf die Gesellschaft haben, ist zu konstatieren, dass die Polen den Zweiten Weltkrieg satt haben. Sie möchten nicht mehr darüber sprechen. Wenn z. B. deutsche Wissenschaftler zu diesem Thema in Polen Kooperationspartner finden möchten, winkt man in Polen oftmals ab und sagt nein. Polnische Filme zeigen in Mehrzahl die Opferperspektive, die jüdische Opferperspektive. Manchmal werden auch deutsche Vertriebene als Opfer gesehen. Sehr wenig gibt es zurzeit über Polen als Opfer, und wenn dann über Polen als Opfer der Sowjets und als Teil einer übernationalen Opfergemeinschaft, wo Opfer und Täter nicht immer national identifiziert werden. Die Ursache dafür liegt in der Tatsache begründet, dass darüber ein paar Jahrzehnte nicht gesprochen werden konnte.

Bemerkungen zu den öffentlichen Debatten in historischer Perspektive

Ich werde hier nicht so viel zu den Polen, Franzosen und Deutschen und ihren Debatten über den Holocaust sagen, sondern ein paar Bemerkungen zu den öffentlichen Debatten in historischer Perspektive machen. Und zwar deswegen, weil wir zu oft – meine ich – denken, dass diese historischen Debatten, die wir jetzt führen, etwas ganz Neues in Europa sind. Aber es gab sie schon mindestens im 17. Jahrhundert und sogar ebenfalls im 5. Jahrhundert vor Christus, wenn wir an Euripides denken. Dabei waren sie nicht selten ernster als die heutigen Diskussionen. Damit möchte ich eines verdeutlichen. Wenn wir über Geschichte diskutieren, müssen wir immer darauf achten, dass die historischen Debatten einen Bezug zu der heutigen Zeit haben. Wenn das nicht gegeben ist, dann gibt es eigentlich nichts zu besprechen. Es ist nämlich viel einfacher über Vergangenheit als über Gegenwart sprechen.

Jan M. Piskorski

Öffentliche Debatte als Therapie?

Individuelle Traumata – auch diejenigen, die mit der Erinnerung zu tun haben und wohl am häufigsten vorkommen – sind in der Regel für ihre größere Umgebung nicht gefährlich. Das von Obsessionen erfüllte Indivi-

duum kann sich behandeln lassen. Sollte die Therapie nicht gelingen, nimmt es seine Gebrechen mit ins Grab. Schlimmer, wenn das Zusammentreffen historischer Umstände ganze Nationen in den Wahn treibt, die mit Hilfe der allgemeinen Bildung, Massenmedien und des anwachsenden Nationalismus ihre soziale Basis in den letzten zweihundert Jahren sehr verbreitert haben, dadurch aber auch höchst anfällig für Manipulationen geworden sind. Die leidenden und immer noch unreifen, „modernen“ Massennationen kann man nicht zum Arzt schicken, man kann ihnen auch nicht die hartnäckigen Gedanken nehmen, indem man den generationellen Sargdeckel zuschlagen lässt. Nationen lassen ein kollektives Gedächtnis entstehen, das sie von Generation zu Generation weitergeben. Wir kennen keine Therapie für Ängste, die im Prozess des kollektiven Ansammelns von Gedächtnis entstanden sind. Auf einem anderen Blatt steht dabei, dass man eine solche Therapie auch gar nicht gesucht hat. Noch vor hundert Jahren hat man eher den Vorteil hervorgehoben, der für einen kleineren Kulturkreis darin besteht, „dass er dem Trieb einen Ausweg an der Befindung der Außenstehenden gestattet“. Da Sigmund Freud diesen Nutzen erkannte, der die Kultur zur Regulierung zwischenmenschlicher Beziehungen einsetzen wollte, braucht man sich nicht zu wundern, dass bald darauf die Herde und ihre wilden Triebe den Kontinent beherrschten, darunter nationaler, rassischer und Klassenchauvinismus. Gewalt und Krieg wuchsen zu einer *Prima ratio* – zum ersten, ja sogar einzigen Prinzip zwischenmenschlicher und inter-

nationaler Kontakte. José Ortega y Gasset hat sie bildlich als Norm bezeichnet, die „die Ablehnung aller Normen will“ – „eine Magna Charta der Barbarei“.

Offensichtlich haben die Athener im 5. Jahrhundert vor Christus als Erste die Debatte als Mittel gegen die Plagen des gesellschaftlichen Lebens angewendet, in der demokratischen, uns geistig nahestehenden perikleischen Zeit. Bei dem an der Welt interessierten Herodot, dem Vater der europäischen Geschichtsschreibung, klingt diese so moderne Bewunderung für die Vielfalt, die Wertschätzung für die Vielzahl von Einstellungen und Ansichten an, eine dem griechischen Geist eigentlich fremde Offenheit für andere, auch für Ausländer, sofern sie keine Tyrannen sind, auf jeden Fall keine griechischen. Herodots Zeitgenosse Euripides, der letzte der großen griechischen Dramatiker, hat die Opferperspektive in die Literatur eingebracht und Homers Heldenepen auf den Kopf gestellt. Seine Troerinnen sind eine große Anklage des Kriegs, der alle zerstört, auch die, die als Erste zum Schwert greifen. Es handelt sich um eine Grausamkeit der Griechen, die an Achilles' Grab die Tochter von König Priamos opfern, die trojanische Frauen vergewaltigen, die Gefangenen wie Waren unter sich verlosen, gnadenlos Kinder ermorden, Tempel und Götter nicht ehren. Vor allem aber ist es das Leiden der Mütter, Gattinnen und Schwestern der ermordeten Trojaner, eine einzige große Klage der Frauen. Die Opferperspektive übernahm einige Jahrhunderte später Vergil. Es ist anzunehmen, dass seine Familie Opfer

einer Deportation nach einem Bürgerkrieg war. Äneas ist gewiss kein Held, sondern ein Flüchtling, der durch Meere und Länder irrt, stets bescheiden, stets fromm, stets das Wohl der Familie und der Landsleute über sein eigenes stellend. Er ist Anhänger einer friedlichen Konfliktlösung und sucht nach einem mutigen Kompromiss selbst in fast hoffnungslosen Fällen, etwa in den Kämpfen um Italien, das Trojaner und Latiner für ihre Wiege halten – für das Mutterland des Vaterlands. Unterwegs trifft Äneas andere Opfer, darunter Andromache, die Euripides in dem Moment aus dem Blick verliert, in dem sie von Achilles' Sohn auf das nach Griechenland fahrende Schiff gezogen wird. Sie beklagt nun, dass sie den Griechen in der Unfreiheit Kinder gebären müsse. Wie sehr unterscheidet sich Äneas als Held, der als Vorbild für Augustus Octavian, den zynischen römischen Kaiser, geschaffen worden ist, von Homers Odysseus! Der Herrscher von Ithaka liebt das Vaterland über alles, ist aber zugleich ein unverantwortlicher Faktor, ein Abenteurer, ein aufgeblasener und nicht selten lächerlicher Protz. Immer wieder riskiert er sein Leben und das seiner Landsleute. Außerdem ist er fest davon überzeugt, dass ihm besonderer Respekt gebühre, ja sogar dass ihm Unrecht widerfahre, obwohl er selbst auf dem Rückweg nach Troja willkürlich Städte überfällt. Nicht zufällig konnten sowohl Euripides als auch Vergil den Krieger aus Ithaka nicht ausstehen. Die großen Griechen sind nicht nur – wie wir vor rund zwei Jahrzehnten – vom Heldenkult zur Bewunderung der Opfer übergegangen und stellten das geheiligte Bild der Vergan-

genheit öffentlich zur Diskussion. Sie gingen weiter und tiefer. Wie die Umstände und die Zeit nahelegen, in denen die Troerinnen entstanden, handelte es sich auch um ein Schauspiel, das die Kriegführung durch das demokratische Athen brandmarkte, dessen Soldaten 415 v. Chr., kurz vor der Aufführung der Tragödie, die Insel Melos erobert hatten, wo sie die Stadt zerstörten, die Männer erschlugen und Frauen wie Kinder in die Sklaverei verkauften.

Wir wissen nicht viel über die gesellschaftliche Reichweite öffentlicher Debatten in Griechenland. Das Aufkratzen alter Wunden und das Waschen schmutziger Wäsche beschäftigte stets nur wenige, oft unverständene Menschen, die sogar – so wie Euripides – nicht besonders geschätzt wurden. Dennoch erhielten die Einwohner des demokratischen Athens für den Theaterbesuch einen Tagelohn, der sie für den Verdienstausfall entschädigen sollte. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass Debatten im antiken Athen relativ gesehen eine größere Reichweite hatten, als dies heute der Fall ist. Vielleicht trifft man nicht von ungefähr heute auf der Straße nur selten einen Sokrates?

Zur Erinnerungsoffensive der letzten Jahre

Seit mehreren Jahrzehnten erleben wir eine Invasion von Vergangenheit und Erinnerung, nunmehr im Zusammenhang mit der großen öffentlichen Debatte. Zeu-

gen der Geschichte erobern die Medien, Opfer der Geschichte erwecken Mitleid und Respekt. Geschichtsdebatten zerreißen die Gesellschaften. Die Geschichtspolitik wird zu einer Softpower, zu einer subtilen und erfolgreichen Waffe, für die kein Staat, egal in welchem System, Ausgaben scheut.

In Zusammenhang mit dem Erinnerungs-Tsunami und der neuen Mode für Entschuldigungen wird immer häufiger die Frage nach den damit verbundenen Hoffnungen und Gefahren gestellt. Was das Entschuldigen angeht, so genügt als Antwort die Feststellung, dass der „Versöhnungskitsch“, wie ihn manche nennen, immer noch besser ist als gegenseitige Abneigung. Unter anderen Vorteilen des Erinnerungs-Booms nennt Aleida Assmann einen ethischen Wandel in der Erinnerungspraxis, nämlich die Tatsache, dass die Kategorie des Opfers und der Begriff der Verantwortung an die Spitze rücken. Es handelt sich hier – wie die Autorin meint – um einen geradezu fundamentalen Wandel, der im Maßstab eines ganzen Jahrtausends zu messen ist. Zudem sei nun eine dritte Gestalt zwischen Täter und Opfer getreten: die globale Öffentlichkeit, die sich in einer Welt der veränderten ethischen Werte gegen eine enge nationale Perspektive widersetzen wird. An Gefahren herrscht jedoch ebenfalls kein Mangel. Sie stehen vor allem im Zusammenhang mit der Bewertung von Qualität und Tiefe der gegenwärtigen ethischen Veränderungen sowie der neuen Rolle der Geschichte und ihrem Verhältnis zur Erinnerung. Zwar ist die Entstehung einer globalen Öff-

fentlichkeit ein großer Wert an sich, doch muss man sich vergegenwärtigen, dass die großen Medien in wenigen Händen konzentriert sind, weshalb die Kleinen, also auch kleine Nationen, in der Welt der globalen Erinnerung noch weniger zu sagen haben könnten als zuvor.

Erinnerung und Geschichte sind nicht identisch, auch wenn sie viele miteinander verflochtene Felder besitzen. Die Erinnerung basiert vor allem auf der Bewunderung oder der Anklage der Vergangenheit, während die Geschichte die sich dynamisch verändernde Vergangenheit erkundet. Ein Historiker ordnet zudem die Geschichte, indem er sie zu durchdachten Reihen von Ursachen und Folgen sortiert. In der Geschichte haben Täter und Opfer auch ihre Hierarchie und sind in einem breiten Kontext verankert, sofern es sich nicht um eine banale Geschichte handelt oder um nichts anderes als um eine Geschichte, deren Ziel es ist, Verantwortung zu leugnen. Deshalb spricht Eric Hobsbawm, einer der aufmerksamsten Beobachter der Gegenwart, sogar von einer sukzessiv voranschreitenden „Zerstörung der Vergangenheit“, worunter er die Zerstörungen der für die intergenerationelle Informationsweitergabe verantwortlichen gesellschaftlichen Strukturen versteht. Deshalb sprechen viele, etwa Henry Rousso oder Philipp Ther, sogar von der Falle der Opferperspektive. Meiner Meinung nach viel zu früh, wenn wir Zeugenaussagen nicht mit der eigentlichen Geschichte verwechseln, sondern sie nur alleine als deren Illustration ansehen. Es fehlt auch nicht an Verdächtigungen, dass die Regierungen

versuchen, die Erinnerung zu manipulieren, um die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verloren gegangene Herrschaft über die Vergangenheit wiederzugewinnen. Im demokratischen Westen haben sie diese im Zuge der sich ausweitenden Freiheitsräume verloren; in Polen hauptsächlich durch die sich vergrößernde Kluft zwischen dem sozialen Gedächtnis und der von der kommunistischen Staatsmacht vertretenen Auslegung der Geschichte. Noch größeren Zweifel ruft die Bewertung der vonstatten gehenden ethischen Veränderungen hervor. Es ist nicht der erste derartige Versuch. Erinnert sei nicht nur an die alten Griechen und Römer, die schon genannten Euripides und Vergil, sondern auch an die Schriften von Hugo Grotius, nicht zufällig aus dem an sozialen und religiösen Kriegen reichen 17. Jahrhundert. Er machte sich Gedanken über die natürliche Gerechtigkeit und die Notwendigkeit, auf der Grundlage von Kompromissen zu einer Versöhnung zwischen den Völkern zu gelangen. Diese Schriften wurden zu einer wichtigen Grundlage des internationalen Rechts, konnten aber Kriege und den Einsatz von Gewalt nicht verhindern.

Neue Denkmäler, Filme und Bücher befriedigen vor allem unseren Eigenbedarf nach Dramaturgie. Sie verleihen weder der Reflexion über die Vergangenheit geschweige denn über die Gegenwart mehr Tiefe. Insgesamt verwundert es, wie schnell die Europäer, auch wenn sie in den letzten beiden Jahrzehnten eine wahre Renaissance der Erinnerung erleben, aus den Ereignis-

sen des Ersten und des Zweiten Weltkriegs ein in Museen eingefangenes und zu Denkmälern versteinertes „Götzenbild“ gemacht haben, das alleine dem Parteigezänk und dem Wettkampf um einen Opferstatus in der Geschichte zu nützen scheint. Das historische Memento als Herausforderung für die Zukunft ist mittlerweile nur mehr eine rhetorische Figur.

Welche Debatte?

Wir wissen nicht, wie die Nachgeborenen unsere Debatten bewerten werden. Es lässt sich auch nicht sagen, ob die aus der Opferperspektive geführten Diskussionen ein Mittel gegen nationale Ängste und Wahnvorstellungen sind. Einige Beispiele scheinen dagegen zu sprechen. Die Schule der sogenannten „neuen Historiker“ in Israel kritisiert seit Jahren den israelischen Mythos von der belagerten Festung, was diesen jedoch noch verstärkt hat. Trotz lebhafter Diskussionen in den Medien ist die Veränderung in der Einstellung der Europäer, auch der Polen, zur Vernichtung der Juden nach wie vor oberflächlich. In der deutschen Debatte über die Vertreibungen aus dem Osten ist wiederum die Perspektive der (früheren) deutschen Opfer, nämlich der zuvor einige Jahre lang unterdrückten Völker im östlichen Teil des Kontinents, verloren gegangen. Die Täterrolle ist wenig begehrt. Damit ist das Ganze eine deutliche Parodie der von Euripides vorgeschlagenen Debatte. Die Vergangenheit lässt sich nicht ändern. Man kann nur die

Einstellung zur Vergangenheit ändern, doch wenn eine öffentliche Debatte einen tieferen Sinn haben soll, dann nur, wenn sie gleichzeitig unsere Haltung zur Gegenwart prägt. So würde ich die von Marc Bloch kurz vor dem Zweiten Weltkrieg vorgeschlagene „Solidarität der Vergangenheit mit der Gegenwart“ verstehen. Mittlerweile sind wir einen erheblichen Teil der Heldengeschichten losgeworden. Viele Heroen mussten ihren Sockel räumen. Doch ihr Platz wird von den kaum minder weichgezeichneten Geschichten einer neuen Generation ersetzt, deren Helden Opfer sind – gewöhnliche Menschen aus fragmentarischen und unkritischen Erzählungen, die nicht in einem breiteren Kontext von Zeit und Raum verortet sind. Es ist weder die Geschichte noch der zivilgesellschaftliche Wert, der sich mit einem Gefühl individueller und kollektiver Verantwortung für die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verbinden müsste.

Die öffentliche Debatte ist ein großer Wert der Demokratie, aber nur wenn es sich um eine wahrhaft freie, kluge, professionelle und verantwortliche Debatte handelt. Sonst vergessen wir im anwachsenden Geplapper die eigentliche Geschichte. Und wir vergessen dann auch, dass es das Ziel des öffentlichen Diskurses über die Vergangenheit ist, Wegweiser für die Zeitgenossen und die Nachgeborenen zu errichten. Erich Maria Remarque, Verfasser immer noch gerne gelesener Romane, die irrtümlich als Bilder aus der Vergangenheit angesehen werden, hat geschrieben, „dass Befehle von heute die Schande von morgen sein können“. Euripides, Vergil, Erasmus

Referattext wurde im Wesentlichen auf Basis der folgenden Literatur erstellt:

Piskorski, Jan M., *Od Monachium przez Wannsee do Auschwitz. Droga do Zagłady*, Więź Nr. 3, 2006, S. 99-112; deutsch (verkürzt): *Von München über Wannsee nach Auschwitz. Der Weg zum Holocaust*. Das Wort/Slovo (Berlin) Nr. 72, Sommer 2006, S. 20-32; *From Munich through Wannsee to Auschwitz. The Road to the Holocaust*. Journal of the Historical Society 7/6, 2007, S. 155-175; 2. Ed.: *Contemporary Literary Criticism* 252, 2008, S. 89-99.

Ders., *Wiele twarzy historii: wokół pamięci, historiografii, polityki historycznej i inżynierii historycznej*, Więź Nr. 1, 2007, s. 17-28; deutsch: *Die vielen Gesichter der Geschichte: Erinnerung und Geschichtspolitik in Polen*, Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 1, 2008, S. 83-94; spanisch: *Les moltes cares de la història: Memòria i política de la història a Polònia*, übersetzt von Jesús Millan, *Afers* 61, 2008, S. 759-770.

Ders., *W koleinach stereotypów*, Odra 47/12, 2007, S. 12-18; deutsch: *In den Spurrinnen der Stereotype: Deutsch-polnische Verkehrshindernisse*, Merkur. Deutsch Zeitschrift für europäisches Denken 62/3, 2008, S. 261-266.

Ders., *Od kultu herosów do adoracji ofiar. Przemiany w kulturze pamięci*, Więź 2010, Nr. 2-3, S. 5-20; deutsch: *Vom Heldenkult zur Opferverehrung. Veränderungen in der Erinnerungskultur*. übersetzt von Peter Oliver Loew, *Pommersches Jahrbuch für Literatur* 3, 2012 (im Druck); spanisch: *Del culto a los héroes a la veneración de las víctimas. Los cambios en la cultura de la memoria*, übersetzt von Jesús Millan, *AYER. Revista de la Historia Contemporánea* 82, 2011, Nr. 2, S. 261-284.

Ders., *Zagubione europejskie memento, czyli polsko-niemiecka odpowiedzialność za przyszłość*, Odra 50, 2010, Nr. 11, S. 24-29; deutsch: *Das europäische Memento. Am Anfang von Flucht und Vertreibung war der Krieg*. Blätter für deutsche und internationale Politik 2011, Nr. 1, S. 112-121.

Ders., *Pamięć jako pojednanie. O przeszłości jako źródle lęków i nadziei*, Więź 2011, Nr. 1, S. 5-19; deutsch: *Erinnerung als Aussöhnung. Vergangenheit als Quelle von Angst und Hoffnung*. übersetzt von Peter Oliver Loew, in: Peter Oliver Loew und Christian Prunitsch (Hg.), *Polen. Jubiläen und Debatten*, Wiesbaden: Harrasowitz Verlag 2012 (im Druck).

Ders., *Wygnańcy. Przesiedlenia i uchodźcy w dwudziestowiecznej Europie*, Warszawa: Państwowy Instytut Wydawniczy 2010 (2. Aufl. 2011); deutsch: *Die Vertriebenen. Zwangsmigrationen und Flüchtlinge im Europa des 20. Jahrhunderts* (in Vorbereitung für Herbst 2013).



Blick auf die Kapelle der Versöhnung an der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße.

Das gespaltene Gedächtnis Europas

und das Konzept des dialogischen Erinnerens

Mit dem ausgehenden 20. Jahrhundert hat die starke Orientierung auf die Zukunft als Ressource und Projektion für unsere Wünsche und Hoffnungen deutlich abgenommen. Durch die ökologische Krise, demographische Probleme und eine stagnierende Wirtschaft – um nur ein paar Gründe zu nennen – ist die Zukunft immer mehr zu einem Gegenstand der Sorge und Vorsorge geworden. Während die optimistischen Prämissen des Modernisierungsprogramms der westliche Kultur verblasst sind, ist die Vergangenheit immer stärker in unser Bewusstsein gerückt. Dafür steht der neue Begriff der „Erinnerungskultur“, der sich erst in den 1990er-Jahren durchsetzte.

In unserer westlichen Zeitordnung hat sich also etwas verschoben. Die Geschichte, die wir glaubten hinter uns gelassen zu haben, hat uns wieder eingeholt. Die Vergangenheit, die im Modernisierungsdenken vergangen und erledigt war, ist auf vielfältige Weise zurückgekehrt und baut sich wieder vor uns auf als unerledigte, anzuerkennende und wiederanzueignende Geschichte, auf die wir uns einlassen müssen, um einen gemeinsamen Weg in die Zukunft zu finden.

Aleida Assmann

Der Literaturkritiker Leslie Fiedler hat in den 1970er-

Jahren betont, dass die amerikanische Nation im Gegensatz zu der englischen oder französischen nicht durch ein gemeinsames Erbe, sondern durch einen gemeinsamen Traum zusammengehalten wird. „Als Amerikaner“, so drückte er sich aus, „sind wir Bewohner einer gemeinsamen Utopie und nicht einer gemeinsamen Geschichte“. ¹ Die Europäer, so möchte ich mit Fiedler weiterdenken, sind beides: Bewohner einer gemeinsamen Utopie und einer gemeinsamen Geschichte. In Europa ist, wie ich im Folgenden zeigen möchte, beides untrennbar miteinander verbunden. Der amerikanische Traum war Teil des zukunftsgerichteten Modernisierungsprogramms und bestand darin, dass jeder und jede es in der Gesellschaft ohne Ansehen der Person, der Klasse, des Geschlechts, der Rasse oder der Herkunft zu etwas bringen können, wenn sie nur die Chancen ergreifen und ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Mit Barak Hussein Obama, dem 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten, ist dieser Traum noch einmal in eindrucksvoller Weise eingelöst worden. Der europäische Traum ist aber nicht weniger beeindruckend: Er besteht in der Überzeugung, dass aus ehemaligen Todfeinden friedlich koexistierende und sogar eng miteinander kooperierende Nachbarn werden können. Da wir in den letzten Jahrzehnten viele erschütternde Beispiele dafür haben, wie aus friedlichen Nachbarn fast über Nacht Todfeinde

¹ Leslie Fiedler, „Cross the Border, Close the Gap“, in: Wolfgang Welsch, Hg., *Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion*, Weinheim 1988, S. 57-74; hier: S. 73.

und Massenmörder werden (man denke an den Kosovo, Ruanda, Sudan), ist der europäische Traum heute aktueller denn je.

Die Europäer sind allerdings noch nicht wirklich die Bewohner ihres Traumes und ihrer Geschichte. Was ihnen fehlt, ist jene mobilisierende und identitätsbildende Kraft, die Nationalstaaten in einer integrierenden Symbolik finden. Die Bindungskraft im transnationalen Europa ist nicht nur deshalb schwach, weil hier viele unterschiedliche Traditionen zusammengefloßen sind, sondern vor allem auch, weil die gemeinsame traumatische Gewaltgeschichte noch immer für Spannungen sorgt. Die Europäer sind nicht nur die Erben einer sehr langen Geschichte, die bis in die griechische und römische Antike zurückreicht und über die Bibel auch Überlieferungsströme des Vorderen Orients mit aufgenommen hat, sie sind auch die Erben einer gemeinsamen Geschichte, die wesentlich kürzer zurückliegt. Das ist die Gewalt-Geschichte zweier Weltkriege von ungekanntem Ausmaß, die Europa in Trümmer gelegt hat. Während die Amerikaner bei ihrem Traum von dem Versprechen eines Neubeginns und einer Tabula rasa ausgehen, müssen die Europäer von dieser gemeinsamen Erfahrung der Zerstörung ausgehen. Von den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben 17 Erfahrungen mit Diktaturen gemacht. Die europäische Utopie ist deshalb nicht als eine neue Geschichte entstanden, sondern als eine direkte Antwort auf die Geschichte. Wenn wir also fragen, was Europa im Innersten zusammenhält, dann müssen

wir bei dieser Geschichte und ihrer Verarbeitung ansetzen. Europa als vorgestellte Gemeinschaft – das kann dann auch heißen: Europa als Erinnerungsgemeinschaft und Erbe seiner traumatischen Geschichte.

Ich möchte hier auf drei Schichten des europäischen Gedächtnisses eingehen, die gegenwärtig besonderen Anlass zu Spaltungen und Konfrontationen in Europa geben:

- die Erinnerung an den Holocaust,
- die Erinnerung an den Gulag,
- die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg.

1. Der Holocaust als europäischer Gründungsmythos

Die Geschichte des vereinigten Europas hat 1950 mit der Zusammenlegung der deutschen und französischen Kohle- und Stahlproduktion begonnen. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Kern dieses Europagedankens die Therapie gegen deutschen Größenwahn war: Die Maßnahme der Zusammenführung deutscher und französischer Kohle- und Stahlproduktion war ursprünglich als Kriegsprävention gedacht, gewann aber schon bald eine Eigendynamik und wurde zur Keimzelle einer sich stetig ausweitenden Wirtschaftskooperation. Der gemeinsame wirtschaftliche Wiederaufbau bewährte sich dabei auch, wie sich bald herausstellte, als Mittel der Anästhesierung der Erinnerung an die traumatische Geschichte. Nach dem Zusammenbruch Europas 1945 stand überall die Nachkriegszeit zunächst im Zeichen der prakti-

schen Bewältigung von Lebensproblemen sowie der sozialen und politischen Integration. Gleichzeitig war im Zeitalter des Kalten Krieges die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg im Erfahrungsgedächtnis noch allgegenwärtig. Es dauerte 20 Jahre, bis der Holocaust aus seiner Überlagerung und Verdeckung durch den Zweiten Weltkrieg allmählich (wieder) zum Vorschein kam, weitere 20 Jahre, bis diesem Menschheitsverbrechen im Weltbewusstsein ein Platz zugewiesen wurde, und dann noch einmal 20 Jahre, bis dieses Ereignis in die Form einer transnationalen Kommemoration überführt wurde.

1945	1965	1985	2005
Kriegs- ende	Auschwitz- Prozess	Weizsäcker- Rede	Zentrales Holocaust-Mahnmal

Das Crescendo der Holocaust-Erinnerung

Wir können hier ein deutliches Crescendo wahrnehmen, das sich in Schüben aufgebaut hat. Paradoxerweise gilt dabei: Je größer der zeitliche Abstand, desto stärker ist die Erinnerung geworden. Während der ersten 20 Jahre herrschte die „Politik eines Schlusstrichs“ vor. Das war nicht nur das Programm von Adenauer, sondern durchaus auch das der Franzosen, Engländer und Amerikaner, weil diese Staaten zur Zeit des Kalten Krieges vorrangig an einer schnellen Integration und festen Westbindung interessiert waren. Man hat sehr vieles gerne vergessen und es war keineswegs opportun, diese Vergangenheit immer wieder neu vor sich aufzubauen. Im Rahmen des Modernisierungsprogramms der 1950er-/

1960er-Jahre war die Zukunft noch ein Eldorado des Hoffens und Wünschens, für die man gern die Vergangenheit hinter sich ließ. Der Kalte Krieg war in diesem Sinne eine Eiszeit der Erinnerung.

Das veränderte sich in den 1960er-Jahren. In Frankfurt am Main fanden 1965 die von Fritz Bauer eingeleiteten Auschwitz-Prozesse statt. Hier wurde auch das Sigmund-Freud-Institut gegründet, das sich mit dem Namen der Mitscherlichs verbindet; und hier entstand auch die Frankfurter Schule um die Remigranten Max Horkheimer und Theodor W. Adorno. An all diesen Orten wurden neue Konzepte für den Umgang mit der Vergangenheit entwickelt: juristisch, therapeutisch, aufklärend. Vergangenheit sah man nicht mehr nur als etwas, das vorbei und vorüber ist, sondern als etwas, in dem sich eine unerledigte Geschichte materialisiert und mit der man sich weiterhin auseinandersetzen muss.

Noch einmal 20 Jahre später war die Weizsäcker-Rede 1985 dann das Signal dafür, dass die Deutschen damit begannen, ihre nationale Erinnerung zu europäisieren und den 8. Mai nicht mehr als „Tag der Niederlage“, sondern als „Tag der Befreiung“ wahrnehmen. Damit wurde zugleich ein Generationswechsel vollzogen; die Erfahrungsgeneration des Zweiten Weltkrieges war nun nicht mehr der zentrale Träger des nationalen Gedächtnisses; gleichzeitig gewannen die überlebenden Opfer als moralische Zeugen soziale Anerkennung und einen neuen Status. In diese Zeit fällt auch der Historikerstreit, der

als diskursive Vorbereitung für die neue Gedächtnisikone des Holocausts zu verstehen ist. Bei dieser Veränderung in der deutschen Erinnerungsgeschichte ging es vordringlich darum, dass die Opfer der Verbrechen des Nationalsozialismus ins Zentrum eines neuen kulturellen Gedächtnisses rückten. Nach dem Krieg wurden insbesondere die jüdischen Opfer mit ihrer traumatischen Erinnerung allein gelassen. Erst allmählich öffnete sich die Gesellschaft für diese Erfahrung und wurde gewissermaßen zum „Zeugen für die Zeugen“.

Im Zuge dieser Entwicklung ist der Holocaust als ein „Zivilisationsbruch“ (Dan Diner) definiert und zu einem „Gründungsmythos Europas“ erklärt geworden. Die Lösung der ominösen „Judenfrage“, die im Haus der Wannsee-Konferenz beschlossen wurde, betraf unter den Bedingungen des Krieges schließlich die gesamte europäische Judenheit. Damit entstand ein über die Grenzen hinweggehendes transnationales Projekt, das, von Deutschland angetrieben, mit der Unterstützung anderer europäischer Nationen umgesetzt wurde. Die Entscheidung für den Holocaust als Gründungsmythos Europas schlägt sich handgreiflich in der gedächtnispolitischen Einführung eines neuen Gedenktages nieder. Der 27. Januar 1945, Tag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee, war zunächst 1996 durch eine Initiative des deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog nach der Wiedervereinigung als ein neuer gesamtdeutscher Gedenktag eingeführt worden. Vier Jahre später ist ihm der schwedische Präsident Göran Persson gefolgt, der im Rahmen ei-

ner internationalen Holocaust-Konferenz im Januar 2000 in Stockholm ein transnationales Erinnerungsnetzwerk ins Leben rief: Die Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research (ITF). Diese Nichtregierungsorganisation setzte sich ein doppeltes Ziel; es bestand darin,

1. die Erinnerung an den Holocaust über die Schwelle des neuen Millenniums zu tragen und in ein Langzeitgedächtnis zu verwandeln, das die zeitliche Begrenzung des lebendigen Zeitzeugengedächtnisses überwindet und
2. die Erinnerung an den Holocaust über die nationalen Grenzen zu tragen und eine transnational-europäische Erinnerungsgemeinschaft zu gründen mit einer ausgedehnten Infrastruktur von Institutionen, Finanzen und Netzwerken.

Die zeitlich wie räumlich ausgedehnte Erinnerungsgemeinschaft der ITF umfasst inzwischen 31 Staaten, zu denen neben den USA, Israel und Argentinien ausschließlich europäische Länder gehören. In diesem Zuge wurde der 27. Januar als neuer Holocaust-Gedenktag in vielen europäischen Ländern eingeführt. Nicht sel-

² In Luxemburg verdrängte der neue Gedenktag, der 2007 zum ersten Mal begangen wurde, den 10. Oktober, den Jahrestag des Referendums von 1941. In Frankreich besteht der 27. Januar neben dem 16. Juli, dem Tag der größten Judenraza unter deutscher Besatzung („Rafle du Vel' d'Hiv“, 16./17. Juli 1942), an das sich die Franzosen seit 1995 erinnern, indem sie der „Opfer der rassistischen und antisemitischen Verbrechen der Vichy-Regierung“ gedenken und die französischen „Gerechten“ ehren. In den USA und in Israel hat der 27. Januar als Gedenkdatum keine Geltung. In beiden Staaten findet das Holocaust-Gedenken im Frühjahr in Entsprechung zum 27. Nissan (jüdischer Monat, der in die Zeit April/Mai fällt) statt, dem Ende der 1960er-Jahre eingeführten israelischen Holocaust-Gedenktag.

ten ersetzte er dabei bestehende Gedenktage.² Am 27. Januar 2005, fünf Jahre nach der Stockholm-Konferenz, gedachte zum ersten Mal das Europäische Parlament in Brüssel der Befreiung von Auschwitz mit einer Schweigeminute und verabschiedete eine Resolution, in der „der 27. Januar in der gesamten Europäischen Union zum Europäischen Holocaust-Gedenktag erklärt wird.“³

Seit 2005 gehört der Eintritt in die Holocaust-Erinnerungsgemeinschaft mit Übernahme der Verpflichtungen innerhalb des Netzwerks der ITF einschließlich der Einführung des neuen Gedenktages zu den Beitrittsauflagen der Europäischen Union. Im selben Jahr schloss sich der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, dieser Initiative an und bestimmte den 27. Januar als Jahres-Gedenktag für die Opfer des Holocaust. Damit erweiterte sich der Horizont des Gedenkens von einer europäischen zu einer globalen Erinnerungsgemeinschaft. Der Tag wurde definiert als ein Appell an das Weltgewissen und als ein dringender Aufruf, frühzeitig und entschieden gegen Intoleranz, Fanatismus, Vorurteile, Ignoranz und Hass vorzugehen.

Wenn hier mit Blick auf den Holocaust von einem „Gründungsmythos“ die Rede ist, so muss gleich hinzugefügt werden, dass in der Erinnerungsforschung die

³ (Amtsblatt der Europäischen Union vom 27.1.2005;/eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do? uri=OJ:C:2005:253E:0037:0039:DE:PDF)

Verwendung des Wortes Mythos doppeldeutig ist. Wenn in Frankreich vom „Mythos der Résistance“ die Rede ist, dann geht es um eine stark vereinfachte bis geradezu falsche Geschichtsdarstellung, die folglich von Historikern kritisch hinterfragt, dekonstruiert und aufgelöst werden muss. Wenn vom Holocaust als Gründungsmythos Europas die Rede ist, geht es um etwas ganz anderes, nämlich um eine „fundierende Geschichte“. Mythos als fundierende Geschichte widerspricht keineswegs den Prinzipien westlicher Aufklärung, sondern ist etwas durchaus Legitimes und Unverzichtbares. Gesellschaften gründen sich auf Narrative über historische Schlüsselerfahrungen, in denen sie ihre sozialen Normen, politischen Werte und Orientierungen verankern und über die sie sich als Gemeinwesen über die Zeit hinweg selbst identifizieren.

2. Die Erinnerung an die stalinistischen Verbrechen (Gulag)

Vereinfacht gesprochen können wir uns das Gedächtnis Europas als eine Ellipse mit zwei Brennpunkten vorstellen. Wenn das eine Kernereignis der Holocaust ist, dann bezieht sich das andere Kernereignis auf die stalinistischen Verbrechen der Massentötungen und Zwangsarbeitslager. Was ihre Erinnerung angeht, so besteht zwischen beiden Ereignissen derzeit eine eklatante Asymmetrie. Nach Ende des Kalten Krieges und dem Aufbrechen des bipolaren politischen Rahmens erlebte Eu-

ropa, was oft betont worden ist, eine eruptive Wiederkehr von Erinnerungen. Diese Erinnerung, die das Geschichtsbild Europas tiefgreifend veränderte, nahm im Osten und Westen Europas jedoch einen sehr unterschiedlichen Verlauf. Durch die politische Auflösung des Ostblocks rückte die Erfahrung der kommunistischen Diktator und der Verbrechen Stalins in Osteuropa ins Zentrum der nationalen Erinnerung. Gleichzeitig kehrte in den westlichen Nationen Europas mit Öffnung der Archive die Erinnerung an Kollaboration und Verstrickung in den Holocaust zurück.

Eine Reihe von neu zugänglich gewordenen historischen Dokumenten rückte im Westen den Holocaust in ein neues Bewusstsein und brachte dabei positive nationale Selbstbilder ins Wanken. Kompromittierende Erinnerungen kamen in Schüben hoch und wurden mit großer Erregung debattiert, was die Eindeutigkeit und Ausschließlichkeit der herrschenden nationalen Narrative in Frage stellte. Aufgrund neuer Informationen über Vichy und die Geschichte des Antisemitismus in Ostdeutschland waren Frankreich und die DDR nicht mehr ausschließlich Widerstandskämpfer, nach Waldheim und Jedwabne waren Österreich und Polen nicht mehr ausschließlich Opfernationen, und selbst die neutrale Schweiz musste entdecken, dass sich ihre Banken und Grenzen in belastende Erinnerungsorte verwandelten. Während sich im Westen Europas Tätererinnerungen mit Bezug auf den Holocaust verbreiteten, festigten sich gleichzeitig im Osten Europas die nationalen

Selbstbilder durch Konzentration auf eine kollektive Opfererinnerung an die Zeit der sowjetischen Besatzung und Diktatur des Kommunismus. Mit der selbstbezüglichen Kultivierung des Opferstatus waren neue politische Probleme verbunden: Es kam zu einem merklichen Abrücken der osteuropäischen Nationen von der europäischen Identität, einige von ihnen wurden unempfindlich für andere Opfer und stellten zum Teil eine Bedrohung für ihre eigenen Minderheiten dar.

Auf diese Weise hat sich das Gedächtnis Europas seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion gespalten. Janusz Reiter, ehemaliger polnischer Botschafter in Deutschland, hat das gespaltene europäische Gedächtnis auf den Punkt gebracht: „Was seine Erinnerungen angeht, so ist die Europäische Union ein gespaltener Kontinent geblieben. Nach seiner Erweiterung verläuft die Grenze, die die Europäische Union einst von den östlichen Staaten getrennt hatte, nun mitten durch sie hindurch.“ Dieses gespaltene Gedächtnis steht im Spannungsfeld zweier Erinnerungsbrennpunkte, des Holocaust und des Gulag, die dem Zusammenwachsen einer europäischen Gedächtniskultur vorerst noch im Wege stehen.

In östlicher Perspektive hält man die Erinnerung an den Holocaust auf Distanz, in westlicher Perspektive hält man die Erinnerung an den Gulag auf Distanz. Der amerikanische Historiker Charles S. Maier zog eine Analogie aus der Kernphysik heran, um den Unterschied zwischen dem Gedächtnis des Nationalsozialis-

mus und dem des Kommunismus zu beleuchten: Das „heiße“ Gedächtnis des Nationalsozialismus habe, wie Plutonium, eine lange Halbwertszeit in der Geschichte, während das „kalte“ Gedächtnis des Kommunismus wie Tritium eine wesentlich kürzere Halbwertszeit habe.⁴ Eva Kovács, eine ungarische Historikerin, kommentierte dies mit folgenden Worten: „Soweit ich abschätzen kann, trat in den postsozialistischen Staaten gerade der umgekehrte Fall ein: Das Gedächtnis des Kommunismus wurde zu einem heißen Topos, der sogar Massen mobilisieren kann, während das Gedächtnis des Nationalsozialismus kalt geblieben ist.“⁵

Man kann diese europäische Gedächtnisspaltung auch an zwei Gedächtnisaktivistinnen veranschaulichen. Sie können jeweils als Gallionsfiguren des westlichen Holocaust-Gedächtnisses und des östlichen Stalinismus-Gedächtnisses gelten.⁶ Die eine ist Simone Veil, Holocaust-Überlebende, überzeugte Europapolitikerin und seit 2000 Vorsitzende der französischen Stiftung für das Gedenken der Shoah. Sie wiederholt bei ihren öffentlichen Auftritten den Leitsatz „Die Shoah ist unser aller

⁴ Charles S. Maier, „Heißes und kaltes Gedächtnis: Über die politische Halbwertszeit von Nazismus und Kommunismus“, in: *Transit* Nr. 22 (Winter 2001/2002).

⁵ Eva Kovács, „Das Gedächtnis der Shoah als mémoire croisée der verschiedenen politischen Systeme“, in: *Eurozine* (2007), http://www.eurozine.com/articles/article_2007-04-18-kovacs-de.html (zuletzt besucht 4.3.2011).

⁶ Emmanuel Droit, „Die Shoah: Von einem westeuropäischen zu einem transeuropäischen Erinnerungsort?“, in: Kirstin Buchinger, Claire Gantet, Jakob Vogel (Hg.), *Europäische Erinnerungsräume*, Frankfurt a. M., New York 2009, S. 257-265.

Erbe“, den sie zum basalen Erinnerungsimperativ der westlichen Zivilisation erklärt.⁷ Die andere ist Sandra Kalniete, Gulag-Überlebende, aktive Schlüsselfigur im Unabhängigkeitskampf Lettlands von 1990 und frühere lettische Außenministerin. Sie kämpft ihrerseits für die Anerkennung der Opfer des stalinistischen Terrors im europäischen Gedächtnis. Sie macht geltend, dass auch ein Sieergedächtnis sich gegen diese Verbrechen nicht immunisieren dürfe, die in die Verantwortung des heutigen Russlands fallen, und betont: Der Kampf und Sieg „gegen den Faschismus kann nicht als etwas gesehen werden, das die Sowjetunion, die zahllose Unschuldige im Namen einer Klassen-Ideologie unterdrückte, für immer von ihren Verbrechen entschuldet.“⁸

Claus Leggewie hat dieses Dilemma auf den Punkt gebracht, als er schrieb: „Die Schwierigkeit der europäischen Erinnerungskultur besteht darin, das Singuläre an der industriell-bürokratischen Vernichtung der europäischen Juden herauszustellen, ohne sie dabei dogmatisch dem historischen Vergleich zu entziehen und die systematische Ausrottung vermeintlicher Klassen- und Volksfeinde und die allseitigen ‚ethnischen Säuberungen‘ herunterzu-

⁷ Ihre Holocaust-Autobiographie ist auch auf Deutsch erschienen: Simone Veil, *Und dennoch leben. Die Autobiographie der großen Europäerin*, Berlin 2009.

⁸ Zit. nach Emmanuel Droit, S. 159. Sandra Kalniete hat ihr Schicksal in dem Buch *Mit Ballschuhen im sibirischen Schnee. Die Geschichte meiner Familie*, München 2005, erzählt.

⁹ Claus Leggewie, „Ende und Anfang des Leids. Der 9. Mai: Europas gespaltene Er-

spielen.“⁹ Es ist längst nicht mehr nachzuvollziehen, warum sich diese beiden Erinnerungen im europäischen Gedächtnis noch immer gegenseitig bedrohen und verdrängen. Denn bereits Anfang der 1990er-Jahre, als die Frage nach dem Vergleich der beiden Massenverbrechen noch aus der Sorge heraus tabuisiert wurde, die Erinnerung an die Verbrechen des Stalinismus könnte die soeben etablierte Erinnerung an das Verbrechen des Holocaust relativieren, wurde in einem Expertenbericht eine Formel gefunden, die es uns erlaubt, der Sorge des Vergleichs explizit zu begegnen und das Gespenst der Relativierung zu bannen. Die Formel sollte ursprünglich das deutsche Problem des Umgangs mit zwei Diktaturen lösen, aber sie kann sich auch bewähren im Umgang mit Hindernissen auf dem Weg zu einer europäischen Gedächtniskultur. Als die erste Enquetekommission über der Frage nach der Gewichtung der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen zu zerbrechen drohte, löste der Historiker Bernd Faulenbach damals den Konflikt mit zwei salomonischen Sätzen, die sich, wie ich meine, auch auf das europäische Erinnerungsdilemma übertragen lassen:

1. Die Erinnerung an den Stalinismus darf die Erinnerung an den Holocaust nicht relativieren.
2. Die Erinnerung an den Holocaust darf die Erinne-

¹⁰ Bernd Faulenbach, „Probleme des Umgangs mit der Vergangenheit im vereinten Deutschland. Zur Gegenwartsbedeutung der jüngsten Geschichte“, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): *Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis*, Köln 1993, S. 190.

rung an den Stalinismus nicht trivialisieren.¹⁰

Im nationalen Gedächtnis herrscht notorischer Platzmangel. Daraus erklärt sich die Angst vor einem Verdrängungswettbewerb der beiden europäischen Kern-erinnerungen. Nachdem sich die linken Intellektuellen dafür engagiert hatten, dass das Holocaust-Gedächtnis in Deutschland Fuß fassen konnte, war das Thema Gulag für längere Zeit tabu, weil man darin ein Manöver zur Aushebelung der Holocaust-Erinnerung sah. Das Holocaust-Gedächtnis ist inzwischen jedoch institutionalisiert und somit nicht mehr so leicht vom Tisch zu wischen. Ferner kann durch das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung von Erinnerungsansprüchen und deren Hierarchisierung im Gedächtnis Platz geschaffen und ein unversöhnliches Entweder-oder in ein Sowohl-als-auch umgewandelt werden. Leggewie betont: „Erst die ungeteilte Kommemorati-on beider totalitärer Vergangenheiten, der Staatsverbrechen des Nationalsozialismus wie des Stalinismus, sprengt den nationalen Referenzrahmen. Eine antitotalitäre Öffentlichkeit muss genuin europäisch sein, wenn sie den Gräben des Kalten Krieges entkommen will.“¹¹ Die Asymmetrie ist auch noch durch etwas anderes bedingt, das die Litauer Literaturwissenschaftlerin Irena Veisaitė in einem Interview angesprochen hat: „Es ist wirklich notwendig, auch über den Gulag zu sprechen und seine schreckli-

¹¹ Claus Leggewie, *Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt*, München, Beck 2011, S. 11.

chen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Aber die westliche Welt ist darauf noch nicht vorbereitet. Im Bewusstsein der Menschen gibt es Auschwitz als Symbol für den Holocaust. Aber wo ist das Symbol für den Gulag? Es gibt noch keines.“¹² Ein mögliches Symbol könnte das Archiv und die Forschungsstelle Memorial sein, aber ein zentrales Denkmal ist nicht in Aussicht.¹³

Dass sich an diesem Punkt der europäischen Erinnerungsdynamik gerade etwas verschiebt, zeigt auch eine E-Mail aus Brüssel, die 2011 bei mir ankam. Es ging um ein Treffen unterschiedlicher Erinnerungsgruppen, bei dem man „einen Austausch von Erfahrungen und Ideen über die Frage anstoßen wollte, wie man die beiden Erinnerungen (Holocaust and Stalinismus) verbinden könnte und eine europäische statt nationale Perspektive auf diese beiden Ereignisse für unsere moderne europäische Identität gewinnen könnte. Das Treffen soll den Anfang eines längeren Prozesses von Netzwerken und Dialogen bilden.“¹⁴ Das stimmt hoffnungsvoll, sieht es doch so aus, als wäre die Phase dieser Erinnerungskonkurrenz allmählich abgelaufen.

¹² Interview mit Irina Veisaitė: „The Lessons of the Holocaust“, in: *The Shoah in Lithuania*, hg. von Joseph Levinson, Vilnius: Jewish State Museum 2006, S. 494.

¹³ Vgl. Zuzanna Bogumil, „Stone, Cross and Mask: Searching for Language of Commemoration of the Gulag in the Russian Federation“, in: *Polish Sociological Review*, 1 /177 (2011), S. 71-90.

3. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg oder dialogisches Erinnern

Es gibt noch weitere Asymmetrien im europäischen Gedächtnis. Während sich die Holocaust-Erinnerung inzwischen weit über die europäischen Grenzen ausgedehnt hat, tut sich innerhalb Europas eine signifikante Leerstelle auf. In Russland ist nicht nur das Gedächtnis des Stalinismus gänzlich verdrängt, auch das Gedächtnis des Holocaust findet dort keinen Anhaltspunkt. Das ist jedoch paradox. Am 27. Januar wird inzwischen in immer mehr Nationen jährlich der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz im Jahre 1945 gedacht, doch die Befreier selbst gehören nicht zu dieser ständig wachsenden Erinnerungsgemeinschaft. Dabei ist die Rote Armee im post-sowjetischen Russland durchaus Gegenstand intensiver nationaler Kommemoration. In deren Zentrum steht der „Große Vaterländische Krieg“, in dem Hitler durch Stalin überwältigt wurde. Diese Leistung, das schlecht-hin Böse mit großen Verlusten heroisch überwunden zu haben, bildet heute im post-sowjetischen Russland den Kern des historischen Selbstverständnisses und nationalen Gedenkens. Die Russen erinnern sich an den 9. Mai 1945, und also nicht an das Ende des Massenmords an den europäischen Juden, sondern an das Ende des Zweiten Weltkriegs und den Sieg der ruhmreichen Roten Armee samt der zivilen Opfer. Das russische nationale Gedächtnis konstruiert über den problematischen, image-schädigenden Systemwandel von 1990/91 hinweg eine

lange historische Kontinuität von russischer Ehre und russischem Leid. Das ehemalige internationalistische Selbstbild ist dem affirmativen Selbstbild einer imperialen Nation gewichen.¹⁵ Dieses Selbstbild schafft sich ein Gedächtnis, in dem viel Platz ist für die eigenen Opfer, nicht aber für die Opfer, die die eigene Politik gefordert hat.¹⁶

In der europäischen Erinnerungsgeschichte lässt sich immer deutlicher ein „Auseinandertreten von Krieg und Holocaust“ (Dan Diner) erkennen.¹⁷ Im Gedächtnis der Deutschen ist der Zweite Weltkrieg weitgehend durch die Holocaust-Erinnerung überschrieben worden. Viele deutsche Verbrechen sind dabei vergessen worden, die in der Erinnerung der europäischen Nachbarn noch sehr lebendig sind. In der Geschichte des Zweiten Weltkriegs gibt es vieles, was die Historiker wissen, was jedoch keinen Platz im nationalen Gedächtnis erhält, weil es dafür keinen Relevanzrahmen gibt. Dazu gehören auch viele Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges, die die Deutschen an ihren Nachbarn verübt haben, die dort zu identitätsdefinierenden traumatischen Kernerinnerungen geworden sind. Ich führe hier nur drei Beispiele an. Das erste ist die Erinnerung an den 1. September 1939. Das ist in Polen

¹⁵ Dan Diner, *Gegenläufige Gedächtnisse: Über Geltung und Wirkung des Holocaust*, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht Verlag, 2008, S. 58.

¹⁶ Es gibt noch einen anderen Grund, warum Russland sich der Erinnerungsgemeinschaft des 27. Januar nicht anschließt: Das Datum ist in der russischen Erinnerung bereits belegt mit dem Trauma der Leningrader Hungerblockade durch die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg.

¹⁷ Dan Diner, *Gegenläufige Gedächtnisse*, S. 9.

ein ganz wichtiger Gedenktag, der in Deutschland kaum zur Kenntnis genommen wird.¹⁸ Der polnische Historiker Robert Traba hat zurecht darauf hingewiesen, dass die Ausstellung „Die Verbrechen der Wehrmacht“ mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 begann und nicht mit dem Beginn des Vernichtungskriegs am 1. September 1939, bei dem von der deutschen Wehrmacht viele polnische Dörfer dem Erdboden gleichgemacht und die Bewohner umgebracht wurden. Das Überspringen der ersten 22 Kriegsmonate geschah aus der Perspektive auf den Holocaust, die die polnischen Opfer vergessen ließ.

Während bei den Deutschen die jüdischen Opfer ins allgemeine Bewusstsein gedrungen sind, wissen die nachwachsenden Generationen so gut wie nichts von den polnischen oder russischen Opfern der deutschen Kriegsführung. Das zweite Beispiel ist der Warschauer Aufstand. Selbst der ehemalige deutsche Bundespräsident Roman Herzog wusste nicht, als er eine Reise nach Polen machte, dass es hier zwei Aufstände gab, 1943 und 1944. Er kannte natürlich den – durch Willy Brandts Kniefall so bekannt gewordenen – 1943er-Ghetto-Aufstand. Von dem anderen hatte er – wie viele andere Menschen in Deutschland auch – noch nichts gehört. Die Bombardierung Dresdens ist fest im deutschen nationalen Gedächtnis verankert, aber dass der Warschauer

¹⁸ In Konstanz war das im September 2011 anders, wo es zu diesem Thema im Stadtarchiv zum ersten Mal eine Tagung und eine Ausstellung gab. Auch hier ändert sich möglicherweise gerade etwas.

Aufstand 1944 als Vergeltungsmaßnahme zur Zerstörung der Warschauer Altstadt geführt hat, dieses wichtige Kapitel der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte ist vielen unbekannt. Die Überlagerung durch den Holocaust hat den Bezug auf die europäischen Nachbarn verstellt. Ein weiteres, in Deutschland ebenfalls kaum bekanntes Kriegsereignis, ist die Leningrader Blockade von 1941 bis 1944 durch die Wehrmacht, eine der längsten und destruktivsten „Belagerungen“ der neueren Geschichte, bei der annähernd eine Million Russen verhungerten. Auch das ist ein ganz zentraler Erinnerungsort in Russland, der in Deutschland kaum bekannt ist; er hinterlässt hier auch keine Symbole im öffentlichen Raum und findet kaum Erwähnung in den Medien.¹⁹ Diese Beispiele verweisen auf paradigmatische europäische „lieux de mémoire“, zu denen auch Oradour gehört. Sie bilden keinen Schulstoff, finden keine Erwähnung in den Medien und keine symbolische Repräsentation im öffentlichen Raum. Sie machen aber – als starke Erinnerung auf Seiten der Opfer und als Vergessen auf Seiten der Nachfolger der Täter – einen erheblichen Teil der Last der Vergangenheit aus und verformen nachhaltig die europäische Binnenkommunikation.

Wie können diese Asymmetrien und Grenzen überwunden werden und Europa von einer gespalten zu einer integrierten und gemeinsamen Gedächtniskultur finden?

¹⁹ Peter Jahn, „27 Millionen“, in: *Die Zeit*, Nr. 25 vom 14. Juni 2007.

Um diese Frage zu beantworten, möchte ich den Begriff des „dialogischen Erinnerns“ einführen. Darunter verstehe ich eine Erinnerungspolitik zwischen zwei oder mehreren Staaten, die durch eine gemeinsame Gewaltgeschichte miteinander verbunden sind, und die gegenseitig ihren eigenen Anteil an der traumatisierten Geschichte des anderen anerkennen und empathisch das Leiden des anderen ins eigene Gedächtnis mit einschließen. Dialogisches Erinnern steht deshalb auch für die wechselseitige Verknüpfung und Aufrasterung allzu einheitlicher Gedächtniskonstruktionen entlang nationaler Grenzen.²⁰ Ich möchte das noch an einem etwas schlichteren Beispiel zeigen. Auf einer Reise in Ungarn unterhielt ich mich mit Wissenschaftlern, die damit befasst waren, mithilfe von Pierre Nora ihre eigenen Erinnerungsorte zu erforschen. In diesem Zusammenhang kamen wir auch auf das „Wunder von Bern“ zu sprechen und ich konnte dabei lernen, dass in Ungarn das „Wunder von Bern“ die „Wunde von Bern“ ist. In Europa, wo wir geographische Grenzen mit solcher Leichtigkeit überwinden können, sollte diese Mobilität auch mit einer gewissen historischen Sensibilität einhergehen. Der räumliche Perspektivenwechsel würde dabei auch die Fähigkeit zu einem kulturellen Perspektivwechsel einschließen. Auf der Basis gewisser Grundkenntnisse der historischen Schlüsselerlebnisse unserer Nachbarn könnte eine

²⁰ Dazu ausführlicher: Aleida Assmann, „Europe: A Community of Memory?“ Twentieth Annual Lecture of the GHI, November 16, 2006, in: *German Historical Institute Bulletin*, No. 40 (Spring 2007), S. 11- 25.

europäische interkulturelle Bildung aufgebaut werden. Der Weg zu einem dialogischen Gedächtnis ist freilich ein weiter, denn in aller Regel ist das nationale Gedächtnis monologisch organisiert; es hat die Aufgabe, die nationale Identität zu stützen und zu zelebrieren. Das Prisma des nationalen Gedächtnisses tendiert deshalb stets dazu, die Geschichte auf einen akzeptablen Ausschnitt zu verengen. Angesichts einer traumatischen Vergangenheit gibt es üblicherweise überhaupt nur drei Rollen, die das nationale Gedächtnis akzeptieren kann: die des Siegers, der das Böse überwunden hat, die des Widerstandskämpfers und Märtyrers, der gegen das Böse gekämpft hat, und die des Opfers, das das Böse passiv erlitten hat. Was jenseits dieser Positionen und ihrer Perspektiven liegt, kann gar nicht oder nur sehr schwer zum Gegenstand eines akzeptierten Narrativs werden und wird deshalb auf der offiziellen Ebene „vergessen“.

Den monologischen Charakter des nationalen Gedächtnisses hat Marc Bloch bereits in den 1920er-Jahren kritisiert. Er schrieb: „Hören wir doch endlich damit auf, uns ewig von Nationalgeschichte zu Nationalgeschichte zu unterhalten, ohne uns gegenseitig zu verstehen.“ Er sprach von einem „Dialog unter Schwerhörigen, bei dem jeder völlig verkehrt auf die Fragen des anderen antwortet.“²¹ Das nationale Gedächtnis existiert aber in Europa keineswegs mehr in Isolation, sondern ist mit

²¹ Matthias Middell, Hg., *Alles Gewordene hat Geschichte. Die Schule der Annales in ihren Texten 1929-1992*, Leipzig 1994, S. 159.

anderen nationalen Gedächtnissen eng verbunden. Es wird immer offenkundiger, dass das traumatische Erbe der verschränkten Gewaltgeschichte des Zweiten Weltkriegs nicht länger in der beschränkten Grammatik traditioneller nationaler Gedächtniskonstruktionen bearbeitet werden kann. Der Zweite Weltkrieg ist Teil eines europäischen Gedächtnisses, das von den Mitgliedstaaten nur gemeinsam und dialogisch getragen werden kann. Die europäische Integration kann nicht wirklich fortschreiten, solange die monologischen Gedächtniskonstruktionen sich weiter verfestigen. Bei dem, was ich hier mit „dialogischem Erinnern“ umschreibe, handelt es sich zwar noch keineswegs um eine allgemein praktizierte Form des Umgangs mit einer geteilten Gewaltgeschichte, aber doch um eine große kulturelle und politische Chance, die in dem Projekt Europa enthalten ist. Die Konstellation der Europäischen Union bietet einen einmaligen Rahmen für die Überführung von monologischen in dialogische Gedächtnis-Konstruktionen. Der Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich sprach einmal von der „so lange aufgeschobenen Bearbeitung der Vergangenheit unter dem Realitätsprinzip“, die heute unter der Bedingung des Zusammenrückens in Europa umgesetzt werden kann.²² Richard Sennett hat betont, dass es einer Vielfalt widerstreitender Erinnerungen bedarf,

²² Alexander und Margarete Mitscherlich, *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens*, Nachwort 1970, München 1977, S. 365.

²³ Richard Sennett, „Disturbing Memories“, in: Patricia Fara, Keraly Patterson, Hg., *Memory*, Cambridge UP 10-26; hier: S. 14.

um unangenehme historische Fakten anzuerkennen.²³ Genau darin liegt das besondere Potential, das der europäische Erinnerungsrahmen bereithält, und das bisher erst ansatzweise genutzt worden ist.

Während die monologische Erinnerung die eigenen Leiden ins Zentrum stellt, nimmt die dialogische Erinnerung das den Nachbarn zugefügte Leid mit ins eigene Gedächtnis auf. Dialogisches Erinnern mündet nicht in einen auf Dauer gestellten ethischen Erinnerungspakt, eine Form, die ausschließlich für die Holocaust-Erinnerung geprägt worden ist. Dialogisches Erinnern mündet in ein gemeinsames historisches Wissen um wechselnde Täter- und Opfer-Konstellationen. In dieser geteilten traumatischen Gewaltgeschichte sind beide Erinnerungen „aufgehoben“. Ein vereinigtes Europa braucht kein einheitliches, wohl aber ein kompatibles europäisches Geschichtsbild. Es geht ganz ausgesprochen nicht um ein abstraktes, vereinheitlichtes europäisches Master-Narrativ, in dem sich die Erinnerungs-Perspektiven der Betroffenen verwischen, sondern um die dialogische Bezogenheit und gegenseitige Anschlussfähigkeit nationaler Geschichtsbilder. Die italienische Oral-History-Forscherin Luisa Passerini hat in diesem Zusammenhang eine wichtige Unterscheidung eingeführt. Sie spricht von „shared narratives“ (oder gemeinsamen Geschichten) und „shareable narratives“ im Sinne von anschlussfähigen

²⁴ Luisa Passerini, „Shareable Narratives? Intersubjectivity, Life Stories and Reinterpreting the Past“, in: *Berkeley Ms.* (August 2002), S. 5, 14.

Geschichten.²⁴ Dialogisches Erinnern ist im nationalen Gedächtnis verankert, überschreitet jedoch den Horizont der Nationen durch eine transnationale Perspektive auf die eigene Geschichte. Erst auf der Basis der wechselseitigen Anerkennung von ehemaligen Opfern und Tätern kann sich der Blick auf eine gemeinsame Zukunft öffnen. Solange allerdings die verengten nationalen Geschichtsbilder dominieren, herrscht in Europa weiterhin „ein Dialog unter Schwerhörigen“, um nicht zu sagen: ein schwelender „Bürgerkrieg der Erinnerungen“. Aus der Sackgasse heroischer Mythen und Opferkonkurrenz führt allein, um mit Peter Esterhazy zu sprechen, „ein geteiltes europäisches Wissen über uns selbst als Täter und Opfer“.²⁵ Das Prinzip des transnationalen dialogischen Erinnerns in Europa hat ein weiterer ungarischer Schriftsteller, nämlich György Konrad, auf den Punkt gebracht: „Es ist gut, wenn wir Erinnerungen austauschen und erfahren, was die anderen von unseren Geschichten denken. (...) Die gesamte europäische Geschichte ist zusehends Allgemeingut, das für einen jeden ohne die Verpflichtung nationaler oder anderer Befangenheiten zugänglich ist.“²⁶ Auch damit hat Konrad noch keinen Ist-Zustand beschrieben, aber noch einmal das besondere Potential beim Namen genannt, das der kultu-

²⁵ Peter Esterhazy, „Alle Hände sind unsere Hände“, in: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 236, 11. Oktober 2004, S. 16.

²⁶ György Konrad, „Aufruhr“. Rede zur Eröffnung des 50-jährigen Bestehens der Aktion Sühnezeichen am 3. Mai 2008 im Haus der Kulturen der Welt in Berlin.

relle Rahmen der EU für seine Mitgliedstaaten bereithält. Claus Leggewie hat die Situation des europäischen Gedächtnisses prägnant zusammengefasst: „Wenn Europa ein kollektives Gedächtnis haben soll, dann ist dieses ebenso vielfältig wie seine Nationen und Kulturen. Erinnerung lässt sich nicht mnemotechnisch regulieren, schon gar nicht durch offizielle Staatsakte und routinierte Gedenkrituale wie am 8. oder 9. Mai. Europäisch kann jedoch der Weg sein, den wir finden, um Untaten unserer Vorfahren gemeinsam zu erinnern und daraus behutsame Lehren für die Gegenwart der europäischen Demokratien zu ziehen.“ Und er fügt hinzu: „Dabei kann Europa sein Selbstbewusstsein natürlich nicht allein aus der Widerlegung seiner Verbrechen Geschichte ziehen.“²⁷ Der Zusatz scheint mir hier besonders bedenkenswert: Hat Europa möglicherweise zu viel von dem, was Reinhart Koselleck das negative Gedächtnis genannt hat? Dürfen wir die nachfolgenden Generationen, so wird immer wieder gefragt, überhaupt noch mit dieser Geschichte belasten? Konrad Jarausch hat in dieses Horn gestoßen. Im Schlusskapitel eines Buches mit dem Titel „A European Memory?“ warnt er: „Der eindrucksvolle Katalog der Menschenrechte, der in die Präambel der europäischen Verfassung eingegangen ist, gewinnt seine Bedeutung eher aus einer realen allgemeinen Erfahrung vergangener Verbrechen, deren Wiederholung

²⁷ Claus Leggewie, „Ende und Anfang des Leids. Der 9. Mai: Europas gesplattene Erinnerung“, *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 104, 7./8. Mai 2005, S. 13.

es zu vermeiden gilt, als von einer spezifischen Festlegung gemeinsamer Werte, die die Gemeinschaft in der Gegenwart zusammenbinden kann. Diese Fehlentwicklung ist umso bedauerlicher, als sie dazu führt, das Denken über Europa unter ein negatives Vorzeichen zu setzen. Europa ist eine Art Versicherungspolice gegen die Wiederholung früherer Probleme und nicht ein positives Ziel, das eine gemeinsame Vision für die Zukunft stützen kann.²⁸ Jarausach hat lange in Amerika gelebt und ist offensichtlich stark von Leslie Fiedlers amerikanischer Perspektive geprägt, die die Zukunft gegen die Vergangenheit ausspielt. Mir scheint jedoch, dass das Besondere der europäischen Situation mit diesem Gegensatz nicht zu fassen ist. Hier gilt ja gerade, dass die positiven Werte der Zukunft aus der Anerkennung und Erinnerung der Gewaltvergangenheit gewonnen wurden. Deshalb bleibt in diesem Fall die Geltung dieser Werte an ihre Genese gebunden. Es ist diese Art des Erinnerns, die sich nicht nur auf das eigene Heldentum und das eigene Leiden beschränkt, sondern gerade auch das eigene (Mit)Verschulden des fremden Leidens mit einschließt, die eine negative Geschichte in positive und zukunftsweisende Werte verwandelt. In dieser Transformation der eigenen Gewaltgeschichte in positive Werte auf der Basis einer dialogischen Erinnerung könnte das Spezifische des europäischen Erbes bestehen. Insofern

²⁸ Konrad H. Jarausach, „Nightmares of Daydreams? A Postscript on the Europeanisation of Memories“, in: *A European Memory? Contested Histories and Politics of Remembrance*, hg. von Malgorzata Pakier und Bo Strath, Oxford und New York, Berghahn Books 2010, S. 314 (Übersetzung: Aleida Assmann).

Deutsche Erinnerungskulturen seit 1945

und die Aufgaben des Volksbundes

Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

Rolf Wernstedt

Die Bitte hier vorzutragen, habe ich auch als eine zusätzliche Informationsmöglichkeit darüber verstanden, was wir denn eigentlich beim Volksbund und mit dem Volksbund tun. Ich glaube, es gibt in Deutschland keine Organisation, die in einer solchen Weise zunächst der Vergangenheit verpflichtet zu sein scheint wie der Volksbund, weil er nämlich gebunden ist an Gräber – an alte Gräber. Er ist eine private, keine staatliche Organisation, die sich zu 80 Prozent aus Spendengeldern finanziert und nur zu 20 Prozent Steuergelder vom Auswärtigen Amt enthält. Dieser Verein basiert rechtlich auf einem Dreigestirn, nämlich auf der Genfer Vereinbarung zunächst einmal von 1927 und dann später von 1948, in der sinngemäß erklärt wird: Alle Länder, in denen Soldaten gefallen sind, sind verpflichtet, auf ihrem Territorium Friedhöfe für die jeweiligen Kriegstoten zur Verfügung zu stellen und auch die Möglichkeiten zu schaffen, dass auf den Kriegsgräberstätten gearbeitet werden kann. Der entscheidende Gesichtspunkt der Genfer Konvention ist aber, dass alle Kriegsgräber auf Dauer erhalten werden sollen. Auf Dauer erhalten heißt, dass diese Gräber im Gegensatz zu den privaten Begräbnisstätten, die ja gewöhnlich nach 20 oder 30 Jahren aufgelassen

werden, wirklich für immer erhalten und gepflegt werden müssen. Wir haben also in Deutschland wie auch in allen anderen Ländern die Situation, dass auf ihrem Territorium Kriegsgräber vorhanden sind, die immer mehr werden. Es gibt in Frankreich, Belgien, Deutschland, Polen, Russland und den baltischen Ländern, im Südosten Europas, in Italien aus dem Ersten Weltkrieg fast 10 Millionen Gräber, die immer noch existieren. Und aus dem Zweiten Weltkrieg müssten es eigentlich 55 Millionen Gräber sein. Da man nicht alle Kriegstoten finden konnte oder kann, von den Vermissten und auf See Umgekommenen ganz zu schweigen, sind es natürlich weniger. Aber es sind Millionen und Abermillionen Gräber, die in jedem Land auf Dauer bestehen sollen. Darunter befinden sich nach dem Zweiten Weltkrieg mehr getötete Zivilisten als Soldaten, denn auch alle die, die in Folge von Kriegsereignissen getötet worden sind, sind Kriegstote. Das sind Flüchtlingstote, Bombentote, Zwangsarbeiter, getötete politische oder rassistisch Verfolgte, Euthanasie-Opfer, vernachlässigte Babys von Zwangsarbeiterinnen usw. Die Anlage von individuellen Gräbern oder die Nennung von Namen diene zunächst den Angehörigen, die einen Ort der Trauer für ihre Verwandten suchten, um ihrer dort zu gedenken.

Dieser Gesichtspunkt gilt natürlich für die Toten des Ersten Weltkriegs nicht mehr. Dafür gibt es aber beispielsweise in Verdun, wenn man an den französischen Teil denkt, die riesigen Anlagen, die an die großen Schlachten des Ersten Weltkrieges erinnern, wo die Beinhäuser

stehen und wo die Gräber vorhanden sind. Die persönliche Bezogenheit auf diese Gräber ist auf Dauer nicht sicherzustellen. Warum sollen solche Gräber also weiter existieren? Was macht man denn eigentlich mit Millionen von Gräbern in der ganzen Welt, für die eigentlich die Genfer Konvention gilt?

Der Volksbund hat den Auftrag der Bundesrepublik Deutschland, sich in allen Ländern Europas und darüber hinaus mit denen Deutschland Krieg geführt hat um diese Gräber zu kümmern. Deshalb hat die Bundesrepublik Deutschland jeweils bilaterale Verträge geschlossen, in denen bestimmt ist, dass der Volksbund im Auftrag Deutschlands in diesen Ländern Friedhöfe anlegen darf und sich um die Erhaltung kümmern darf. Bis 1990 waren es etwa 1,4 Millionen Gräber des Zweiten Weltkrieges, die in Italien, in Frankreich, in Griechenland, in Norwegen, in den Benelux-Staaten, jedenfalls im westlichen Ausland, aber auch in Nordafrika angelegt worden sind. Und nach 1990, nachdem der Osten zugänglich geworden ist, treten entsprechend mit weiteren bilateralen Abkommen alle Länder hinzu, die mit Deutschland im Krieg gewesen sind. Seit 1990/91 werden in diesen Ländern die Gebeine deutscher Soldaten geborgen, nach Möglichkeit ihre Identität festgestellt und auf zentrale Friedhöfe gebracht und dort bestattet. In den letzten 20 Jahren sind etwa 500 000 bis 600 000 Gebeine auf diese Weise geborgen und bestattet worden. Es kommen in jedem Jahr etwa noch immer 50 000 hinzu. Etwa eine Million liegen noch irgendwo zwischen dem

Schwarzen Meer und dem Weißen Meer. Etwa eine Million Gräber deutscher Soldaten liegen hinter der alten Frontlinie. Die Soldaten sind in Kriegsgefangenschaft gestorben. In der Summe genommen sind etwa 5 Millionen deutsche Soldaten gefallen. Der internationale und nationale Auftrag ist es also, für deren ordnungsgemäße Bestattung zu sorgen. Sinngemäß gilt dies auch für alle anderen kriegsteilnehmenden Länder.

Der Volksbund hat aber noch einen anderen Auftrag, nämlich den, bei der Beratung der Friedhofsträger im Inland, in der Regel Kirchen und Gemeinden, tätig zu werden, wenn es um Kriegsgräber im Inland geht, also in Deutschland. Die meisten wissen nicht, dass wir in Deutschland mehr als 15 000 Kriegsgräberstätten haben, Friedhöfe mit insgesamt mehr als 2 Millionen Toten. Die wenigsten davon sind deutsche Soldaten. Die meisten davon sind in Kriegsgefangenschaft umgekommene sowjetische Soldaten, in Niedersachsen alleine fast 200 000, in Sachsen, Sachsen-Anhalt und anderen Bundesländern mehrere Zehntausend. Das sind Hunderttausende von Gräbern von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern. Das sind Kriegsgräber. Das sind natürlich auch diejenigen, die im Zuge von Vertreibung und Flucht umgekommen sind. Wir wissen nicht, wie viele das sind. Vermisst werden bis heute 2 Millionen. Das sind auch weitere Gräber der Gewaltherrschaft, z. B. der bei der Euthanasie Umgekommenen. Das sind auch Gräber von Babys. Wenn Zwangsarbeiterinnen gezwungen worden sind, innerhalb von zwei Tagen ihre

Babys abzuliefern, damit sie irgendwo gepflegt werden, waren diese Babys in der Regel nach sechs Wochen tot. Ich kenne Dörfer in Niedersachsen, wo es Gräber von Babys gibt, Kriegsgräberstätten, Anlagen mit zweihundert, dreihundert solcher Gräber. Das alles sind Tote – neben den KZ-Opfern, die beispielsweise in Bergen-Belsen liegen –, die als Kriegstote gelten. Und nun kommt der dritte rechtliche Aspekt hinzu. Es gibt in Deutschland ein Gräbergesetz, in der alten Bundesrepublik seit 1952 und dann 1965 erneuert. Dies wurde später in der Bundesrepublik auf die neuen Bedingungen umgestaltet. Alle diese Gräber müssen eine bestimmte Pflege haben, dürfen nicht vernichtet werden und müssen weiterhin erhalten bleiben.

Deswegen rede ich inzwischen davon, dass der Volksbund einen Doppelcharakter hat. Er besorgt einerseits die normale gärtnerische Pflege, informiert über die Friedhöfe, um eine Kriegsgräberstätte ordentlich anzulegen und auf Dauer zu erhalten – das ist gleichsam das Materielle. Andererseits geht er der Frage nach, was man denn eigentlich mit den Friedhöfen macht, die keinem individuellen Bedürfnis nach Trauer mehr nachkommen. Im Ausland sind es übrigens über 800 große Kriegsgräberstätten mit manchmal bis zu 80 000 toten Soldaten.

Ich bin der Meinung, dass man Kriegsgräberstätten zu Lernstätten machen muss, wenn es überhaupt völkerrechtlich und friedenspädagogisch einen Sinn haben

soll, dass man Gräber auf Dauer erhält. Die Gräber auf Dauer zu erhalten macht nur einen Sinn, wenn man sie zu intergenerationellen Friedensmahnern macht. Das gilt für alle neuen Generationen, solange man die Genfer Konvention für bindend hält. Deshalb ist es inzwischen nicht nur meine Meinung, denn die Landesvorsitzenden des Volksbundes unterstützen diese Ansicht, dass Kriegsgräberstätten zu Lernstätten werden, die in die friedenspädagogische Arbeit der Schul- und Jugendarbeit einbezogen werden müssen. Wenn das gelingt, haben wir als Volksbund einen eigenständigen Beitrag, den wir in die gesamte Debatte um Erinnerungsmöglichkeiten und -kulturen einbringen.

Dabei haben wir es bei der Großzahl der Gräber natürlich zunächst einmal mit den Soldaten zu tun. Und von daher denken viele immer, der Volksbund habe einen reaktionären Charakter. Das ist ein Vorurteil, das vielleicht in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg eine gewisse Berechtigung hatte. Die Erinnerung an die Soldaten in Deutschland ist – wenn man so will – immer dem Volksbund zugeordnet gewesen. Die Erinnerung an die Bombenopfer hatte in der Regel etwas mit den Großstädten zu tun. Die gefühlte Zahl der Toten ist hier im Übrigen größer als die reale. Es sind in Anführungsstrichen „nur“ etwa 600 000 gewesen. Die Trauer um die eigenen Kriegsgefangenen, die in der Regel in der Sowjetunion, aber auch wenn sie woanders umgekommen sind, wird beklagt. Aber an die Kriegsgefangenen, die vor der Haustür verreckt sind, wird kaum erinnert. Es

gibt private Fotos der Kriegsgefangenenlager in Oerbke, Fallingbostal in der Lüneburger Heide, wo man sieht, wie sich die sowjetischen Kriegsgefangenen dort, um sich zu schützen, vom Sommer bis in den Winter 1941/42 immer weiter in die Erde eingraben. Sie waren hier eingesperrt worden, um zu sterben, was sie dann ja auch zu Hunderttausenden getan haben. Es war ein Kriegsverbrechen unter der Verantwortung der Wehrmacht.

Die politisch Verfolgten, sofern sie damals umgekommen sind, ist eine andere Gruppe. Dann kommen natürlich die rassistisch Verfolgten hinzu, die wir hier die ganzen Tage im Verlauf des Seminars auch bedacht haben, also in der Regel die Juden und die Sinti und Roma. Auch die Massengräber auf dem Gedenkgelände in Bergen-Belsen, dem einzigen großen KZ-Friedhof für Juden in Deutschland, sind im Sinne des Gräbergesetzes Kriegsgräber. Über Homosexuelle haben wir am Sonntag kurz gesprochen. Die Zwangsarbeiterkinder habe ich erwähnt.

Alle diese Gruppen haben sich im Laufe der Jahrzehnte in der alten Bundesrepublik mehr oder weniger immer für ihre jeweils eigenen Toten interessiert. Dass dies Ganze – und das ist jetzt meine kritische Bemerkung dazu – aber einen einheitlichen historischen und politischen Zusammenhang hat, den man ohne Relativierung des Schmerzes der Einzelnen zu thematisieren hat, ist erst eine relativ späte Erkenntnis.

Der Volkstrauertag ist das offizielle Gedenken an die Kriegstoten, gemeint waren häufig in den Jahren zuvor nur die Soldaten, obwohl das Totengedenken immer auch alle anderen, die ich genannt habe, eingeschlossen hat. Der 27. Januar ist erst seit 1996 offizieller Gedenktag für die Befreiung der Konzentrationslager, ohne ein Feiertag zu sein. Er basiert im Übrigen auf den emotionalen Erfahrungen, die Roman Herzog als Bundespräsident in Auschwitz bei der 50-Jahr-Feier der Befreiung des Konzentrationslagers gemacht hat.

Das öffentliche Gedenken in verschiedenen ritualisierten Formen ist mehr oder weniger anziehend, für junge Menschen manchmal sogar abstoßend. Schulen und Hochschulen arbeiten seit den 1970er-Jahren an Curricula und Forschungsprojekten verschiedenster Art, an literarischen Hinterlassenschaften, an entsprechenden kulturellen und künstlerischen Ausdrucksformen. Die Denkmäler sind in Deutschland eine Fundgrube jeweiligen Selbstverständnisses der Zeit. Denkmäler von 1920 sehen anders aus als solche von 1965. Anfang der 1930er-Jahre militarisieren sie sich wieder und sind völlig statisch bis Mitte der 1960er-Jahre hinein. Die Gedenkstättenarbeit ist eigentlich erst ein Produkt der letzten zwanzig, dreißig Jahre, bis zum gegenwärtigen Zustand, den wir ja auch gesehen haben. Das, was wir an Großgruppenerinnerung haben über die Vertriebenen und über die Homosexuellen, haben wir schon erwähnt.

Man muss allerdings davon ausgehen, dass die offiziel-

len und öffentlichen Trauer- und Gedenkbemühungen unterschieden werden müssen von den Erinnerungen, die in den Familien weitergegeben und gepflegt werden. In der Wohnung meiner Eltern hängen selbstverständlich auch heute noch – 70 Jahre nach dem Krieg – die Bilder der gefallenen eigenen Angehörigen, vom Onkel und vom Großonkel. Und sie werden wohl so lange hängen bleiben, solange es noch Menschen gibt, die eine kleine Erinnerung daran haben. Das weiß ich von vielen anderen privaten Dingen. Insofern ist der Krieg gegenwärtig, ohne dass er politisiert worden ist. In der DDR ist es ein bisschen anders gelaufen. Ich sage das nur deswegen, weil wir in der ehemals geteilten Stadt sind, in der es auch eine eigene Interpretation der Geschichte des Krieges und der Verfolgungen gibt. Der Holocaust wurde nicht Holocaust genannt, sondern bis Anfang der 1980er-Jahre Judenverfolgung. Es gab Karten der Vernichtungslager in den Schulbüchern, aber die Vernichtung der Juden und der Mord an den Juden ist eingebettet gewesen in die Kriegszusammenhänge. Das Erste war der Krieg und dann kam sozusagen das, was mit dem Holocaust zu tun hatte – etwas was sich ja in der Diskussion unseres Seminars mehrfach dargestellt hat. Nach 1990 kam die Stalinismus-Debatte hinzu, darüber haben wir geredet. Sie war natürlich genauso hochpolitisiert wie die, die mit dem Weltkrieg zu tun hatte, nämlich dass über die Totalitarismus-Theorie versucht wurde, so etwas wie eine Gleichheit der jeweiligen negativen Erfahrungen herzustellen.

Ich habe Schwierigkeiten in der Debatte mit den Begrifflichkeiten insofern, als man selbstverständlich immer von den Opfern und von den Tätern redet. Das, was wir im Volksbund vor uns haben, ist ja noch eine andere Kategorie, nämlich Menschen in Gestalt der Soldaten, die als Tote im gewissen Sinne Opfer sind, aber gleichzeitig auch Täter waren oder hätten sein können. Das heißt, wenn man 5 Millionen Tote in einem Volk hat von damals 60/70 Millionen mit entsprechenden Verwundungszahlen, dann kann man davon ausgehen, dass fast in jeder Familie irgendwie jemand betroffen worden ist. Und wenn man jetzt eine Opfer-Täter-Diskussion beginnt, die über die normale Trauer, dass da jemand gefallen oder gestorben ist, hinausgeht, hat man sofort die Frage, was hat denn mein eigener Verwandter dort gemacht oder war er in Zusammenhängen verstrickt, die auch nach damaligem Recht gegen das Kriegsvölkerrecht verstoßen haben. Insofern ist die Frage, wer Opfer und wer Täter ist, jedenfalls aus der Sicht des Volksbundes viel komplizierter als die einfache Beschäftigung mit den Sympathie und Empathie erheischenden Opfern, die nur Opfer waren und sonst gar nichts anderes. Das bewirkt im Volksbund dann schwierige Debatten, die beispielweise im Zusammenhang mit der Wehrmachtausstellung zu geradezu traumatischen Erfahrungen der damaligen Funktionärsschicht geführt haben, weil sie an den Mythos der Unschuld und der Reinheit der Wehrmacht geglaubt haben.

Historische Recherchen verdeutlichen – wir haben keine

genauen Zahlen –, dass es mindestens 600 000 bis 700 000 Soldaten gewesen sein müssen, die mindestens von den Verbrechen der willkürlichen Judenerschießungen hinter der Front gewusst haben, auch wenn sie nicht unmittelbar Beteiligte waren. Vielleicht ist die von Koselleck vorgeschlagene Unterscheidung zwischen passiven Opfern und aktiven Opfern hilfreich. Wie weit sie austrägt, weiß ich nicht. Das müsste man noch mal im Einzelnen durchgehen. Aber eins ist ganz sicher: Man muss, wenn man über diese Toten redet und über die Kriegsgräberstätten geht, historisch schon sehr genau Bescheid wissen.

Und ich will an ein Problem erinnern, das sehr plastisch ist und nicht alle kennen. Sie erinnern sich, dass wir das Stelendenkmal von Eisenman besucht haben. Dort gibt es unten in der Ausstellung eine sehr starke visuelle und textliche Darstellung der reinen Vernichtungslager, die nur zum Zwecke der Vernichtung eingerichtet worden sind, nämlich Belzec, Treblinka und Sobibor mit Kulmino/Chełmno als Vorläufer. Die technisch Hauptverantwortlichen für diese drei Vernichtungslager, in denen fast 2 Millionen polnische Juden, also Polen jüdischen Glaubens – das ist ja noch mal was anderes, wenn man sagt, auf der einen Seite die Polen, auf der anderen Seite die Juden – vernichtet worden sind, liegen auf einem deutschen Soldatenfriedhof. Sie waren nämlich beauftragt worden, dasselbe, was sie in Polen gemacht hatten, in Norditalien und Kroatien, genauso in Triest zu machen, nämlich die Juden zusammenzusammeln und umzubringen. Das haben die italienischen Partisanen er-

fahren und haben die drei erschossen. Und dann lagen sie bis Anfang/Mitte der 1950er-Jahre auf irgendeinem Dorffriedhof in der Gegend von Triest. Und irgendjemand aus dem Volksbund-Zusammenhang hat sie dann, obwohl er wusste, wer das war, auf den Sammelfriedhof in Costermano am Gardasee gebracht, wo heute etwa 21 000 deutsche Kriegsteilnehmer liegen. Da liegen sie nun. Der Mann, der das gemacht hat, gehörte übrigens auch zu der SS-Einheit. Er hat sich dann beim Volksbund verdingt, ohne seine SS-Funktionen mitzuteilen und war gleichzeitig Spion der CIA und ist deswegen nie belangt worden. Italienische Veteranenverbände haben Ende der 1980er-Jahre herausgefunden, dass die drei dort liegen und haben dem damaligen Präsident des Volksbundes geschrieben: Wenn ihr am Volkstrauertag der Toten gedenkt, dann könnt ihr doch die drei nicht meinen. Und so wie das damals war, hat der Präsident des Volksbundes geschrieben: Darüber möchte er nicht reden, tot sei tot, und alles andere sei eine Verletzung der Würde der Toten.

Das geht natürlich nicht. Das war bestenfalls unbedacht oder naiv – oder es war einfach unwürdig. Jedenfalls gab es in Costermano als einziger deutscher Kriegsgräberstätte ein bronzenes „Ehrenbuch“, wo jeder Tote, der auf der Kriegsgräberstätte namentlich erfasst ist, eingraviert war – unter anderem auch die Namen dieser drei. Der Nachfolger dieses Präsidenten hat entschieden, dass die Namen der drei Kriegsverbrecher aus der Bronzetafel entfernt wurden. Inzwischen wissen wir,

dass wahrscheinlich noch mehr betroffen sind. Wenn das so weitergegangen wäre, hätte man ständig weitere leere Stellen. Das wären dann die interessantesten Figuren auf der ganzen Kriegsgräberstätte. Das geht natürlich auch nicht. Der wissenschaftlichen Beirat, in dem Historiker aus ganz Deutschland sitzen, hat deshalb dem Vorstand empfohlen, das gesamte bronzene Ehrenbuch zu entfernen und die normalen Gräberlisten beizubehalten, die auf jedem Friedhof die Suche nach den Gräbern erleichtern. Das hat der Vorstand beschlossen. Jetzt sind diese Bronzetafeln in einem Museum.

Was aber wichtig ist, und deswegen erzähle ich diese Geschichte hier, ist Folgendes: Der wissenschaftliche Beirat hat beschlossen, einen historischen Text zu verfassen, in dem die Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Italien komprimiert dargestellt wird und auch die Verbrechen der Wehrmacht in Italien nicht verschwiegen werden. An der Erstellung des Textes waren das Institut für Zeitgeschichte in München, das Deutsche Historische Institut in Rom, kluge Beamte des Auswärtigen Amtes und der wissenschaftliche Beirat beteiligt. Wir haben dargestellt, was ist denn eigentlich Zweiter Weltkrieg in Italien gewesen, also zuerst die gemeinsame Verbindung Deutschland-Italien mit den Kriegsverbrechen gegen Griechenland, dann 1943 der italienische Übertritt zu den Alliierten, danach die Eroberung der Deutschen gegenüber den Italienern, dann die Rückzugskämpfe und so weiter und so weiter. Bei diesen ganzen Auseinandersetzungen haben sich eben

auch die Wehrmacht und SS-Einheiten schlimmster Kriegsverbrechen schuldig gemacht, so wie in Marzabotto und St. Anna. Das wird in diesem Text vor Ort jetzt erwähnt. Es wird auch erwähnt, dass auf dieser Kriegsgräberstätte Menschen liegen, die sich schwerster Verbrechen schuldig gemacht haben. Wir kennen sie und wir können nicht ausschließen, dass der eine oder andere noch dazugehört. Jetzt tauchte folgendes Problem auf: Sollen wir die Gräber der bekannten drei Verbrecher kennzeichnen oder nicht? Wir haben uns entschieden, sie nicht besonders zu kennzeichnen. Man kann sie identifizieren, wenn man in die Bücher guckt. Wir haben uns auch für die Nichtkennzeichnung entschieden, weil wir nicht einschätzen konnten, ob nicht Rechtsextremisten oder Neonazis diese Gräber zu Demonstrationsprovokationen missbrauchen könnten.

Eine zweite Frage ist: Wie geht man eigentlich auf Dauer mit so etwas um? Wir empfehlen unseren Workcamps, die dort auf der Kriegsgräberstätte arbeiten, dass sie sich wirklich eine dieser Biographien vornehmen und daran den teilnehmenden Jugendlichen schildern, was damals eigentlich passierte. Was sind das für Menschen gewesen, die dort in Polizeieinheiten oder SS-Einheiten gearbeitet haben? Die Italiener sind inzwischen mit diesem Text einverstanden und zufrieden. Nun muss dies allerdings wiederum einigen Deutschen erklärt werden. Sie sagen, wenn ihr erwähnt, dass da Verbrecher liegen, dann besudelt ihr die Ehre aller Soldaten, beispielsweise auch der völlig harmlose Vater meines ehemaligen Fah-

ners, der in einem Dorf in der Region umgekommen ist und nach der Umbettung nun auch dort liegt.

Vom Wissenschaftlichen Beirat haben wir umgekehrt argumentiert: Nur dann wenn wir tatsächlich wissen, dort gibt es schuldige Menschen, dann benennen wir sie und auch den Zusammenhang, in dem das entstanden ist. Erst damit kann die eventuelle Unbescholtenheit der sozusagen normalen Soldaten überhaupt erst sichtbar gemacht werden. Das trifft auch für andere Kriegsgräberstätten zu. Etwas Ähnliches haben wir in Maleme auf Kreta gemacht, wo ein zum Tode verurteilter deutscher General liegt. Das ist bisher nicht gesagt worden. Wir haben es getan, weil die Griechen ihn zum Tode verurteilt hatten und er eine bestimmte Symbolkraft auch im griechischen Widerstand hatte. Nun wird er erwähnt. Das Gleiche machten wir mit tschechischen Wissenschaftlern in Cheb/Eger und versuchen so, die eine oder andere Situation auch deutlicher zu machen.

Frau Assmann hat gerade die Belagerung von Leningrad erwähnt. Die größte deutsche Kriegsgräberstätte, die es überhaupt gibt, befindet sich in Sologubowka am Ladogasee etwa 60 Kilometer nordöstlich von St. Petersburg. Wenn der Volksbund mit Jugendgruppen dort in Workcamps arbeitet, legen die Jugendlichen zwei Kränze nieder, einen in Sologubowka und einen in Piskarewskij, dem großen Friedhof mit etwa 500 000 zivilen Opfern der Leningrader Blockade. Ich habe einige Reiseunternehmen, die das schöne St. Petersburg mit den Schlössern und Palästen besuchen, darauf hinge-

wiesen, dass es vielleicht ja auch ganz gut wäre, einen halben Vormittag mal zum Besuch eines solchen Friedhofes einzuplanen. Hunderttausende Menschen besuchen St. Petersburg jedes Jahr und nur ganz wenige gehen dorthin. Das gehört auch zu den Dingen, die man in der deutschen Gesellschaft vielleicht noch mal diskutieren müsste.

Wenn man sich auf Dauer eine europäische Erinnerungskultur im dialogischen Zusammenhang vorstellen kann, dann gehört, glaube ich, zweierlei dazu. Nämlich einmal ein absoluter Wille zur Ehrlichkeit darüber, was passiert ist. Das ist normalerweise die Aufgabe der Historiker und daran gibt es auch überhaupt keine Einschränkungen. Das Zweite ist dann der Transfer aus der wissenschaftlichen Ebene in die der öffentlichen Diskussion und der Didaktik in Schule und Jugendarbeit. Das betrifft eben auch die vielen Friedhöfe im Lande, an denen man verdeutlichen kann, was hier wirklich passiert ist, welche Umstände zum Tode dieser Menschen führten und was man daraus lernen kann. Ich habe vorhin über den Kinderfriedhof bei Wolfsburg geredet. Es muss selbstverständlich sein, dass junge Menschen eine Patenschaft über solch eine Kriegsgräberstätte übernehmen.

Wer die Vorstellung hat, dass es eine europäische Erinnerungskultur geben sollte, muss wissen, dass dies nur als Einheit in der Verschiedenheit gelingen kann. Denn es ist immer eine unterschiedliche Situation, ob jemand

zu einem Volk gehört, aus dem die Täter kamen, oder aus einem Volk, das im Krieg überfallen worden ist. Man muss damit umgehen lernen, dass es verschiedene Erinnerungen gibt und auch unterschiedliche Bewertungen und Lehren, die gelehrt, gelernt und erinnert werden.

Ich habe in Wilna/Vilnius, der Hauptstadt Litauens, vor einigen Jahren an einer Diskussion teilgenommen. Dort ist unsere Betonung des Holocausts als europäischer Gründungsmythos natürlich überhaupt nicht auf Gegenliebe gestoßen. Sondern Vertreter argumentierten, ihr Problem seien nicht die Nazis und ihr Vernichtungswille gegenüber den Juden gewesen, sondern die Sowjetunion und der Stalinismus, unter dem ihre ganze Elite nach Sibirien transportiert wurde. Dass dies ethisch unterschiedliche Maßstäbe sind, die zusätzlich noch nationalistisch verseucht sind, muss man dann nicht sagen, aber man muss es wissen, wenn man vor Ort mitdiskutiert.

Vielleicht noch ein zusätzliches Problem, mit dem der Volksbund im Augenblick zu tun hat. Die amerikanischen jüdischen Verbände haben die Bundeskanzlerin angeschrieben. Sie bäten die Deutschen um Hilfe dafür, dass die noch unausgegrabenen oder nicht identifizierten Massengräber jüdischer Erschossener in der Ukraine doch in irgendeiner Weise ehrenhaft gekennzeichnet werden müssten, vielleicht sogar umgebettet werden müssten. Das ist eine jüdisch-religiöse Frage. Wir haben gesagt, wir haben dafür kein Geld, aber wir sind

gerne bereit, beratend tätig zu sein. Es gibt immer noch Hunderttausende von toten Juden in der Ukraine, in Weißrussland, in Russland, in den baltischen Ländern, die nicht gefunden worden sind, worum sich in der Zeit der Sowjetunion und danach niemand gekümmert hat.

Über die eine Million noch nicht gefundener deutscher Soldaten habe ich schon geredet. Es gibt immer noch Hunderttausende sowjetischer Soldaten, die auf sowjetischem Boden in Kriegsgefangenenlagern im Winter 1941/42 umgekommen sind. Die Deutschen haben sie damals einfach untergegraben und in der Sowjetunion hat man nie ausgegraben. Das heißt, wenn man über dauerndes Ruherecht redet, dann gibt es noch richtig viel Arbeit. Ob man das machen will, weiß ich nicht. Doch ich finde, man sollte es wirklich wissen. Und deswegen nehmen Sie bitte mit, wenn Sie sich mit diesen Fragen beschäftigen: Das was Soldatengräber und Kriegsgräber generell ausmacht, ist inzwischen etwas ganz anderes als das, was für alte Ehrenmäler charakteristisch ist, die häufig der naiven Heldenverehrung dienen.

Es ist wichtig zu wissen, wie man nach dem Ersten Weltkrieg den Zweiten Weltkrieg vorbereitet hat. Das kann man auch an den Kriegerdenkmälern sehen. Es gibt Kriegerdenkmäler, wo wörtlich draufsteht: „Wir erwarten von euch, dass ihr unseren Auftrag erfüllt.“ Das heißt, da tritt 1933 jemand oder 1934 an ein solches Denkmal und erfährt von den Toten dort oder von denen, die dieses Denkmal gemacht haben: Ihr müsst den

Krieg weiterführen, so wie wir ihn begonnen haben, aber leider nicht haben gewinnen können. Das sind alles Vorbereitungen für einen Krieg und da soll mir niemand sagen, man habe nicht gewusst, wofür man eigentlich auch schon in den 1920er- und 1930er-Jahren gestritten hat.

Letzte These: Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge wäre für eine solche pädagogischen Diskussion, die die 15 000 inländischen Kriegsgräberstätten in eine Gesamtkonzeption auch von Gedenkstättenarbeit und von Erinnerungsarbeit mit einbezieht, ein Partner, der hier mindestens genauso viel zu sagen hat wie manche unhistorische Story. Kriegsgräberstätten sind in lokaler Reichweite fast jeder deutschen Schule aufzufinden. Sie haben mehr zu sagen, als dass man achtlos an ihren Schildern vorbeifährt oder über mögliche Pflegearbeiten und deren Kosten stöhnt.

Deswegen engagiere ich mich dafür, weil ich finde, dies ist gedanklich noch viel schwieriger als die notwendige und richtige Empathie mit den reinen Opfern, die wir bisher diskutiert haben.



Die Seminargruppe während des Vortrages von Prof. Etienne François
in der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz.

Eine Zusammenfassung

Guido Thiemeyer

Ich möchte versuchen, das, was wir in den letzten drei Tagen gesehen und diskutiert haben, zusammenzufassen. „Konkurrenz von Erinnerungskulturen“ ist ein sehr weites Thema. Nicht zuletzt, weil Frau Assmann bereits einiges zur Kategorie der Erinnerung gesagt hat, möchte ich mich in dieser Zusammenfassung auf den ersten Aspekt, die Konkurrenz konzentrieren. Das ist angreifbar, weil es natürlich subjektiv ist. Welche Formen von Konkurrenz gab es? Was bedeutet hier eigentlich Konkurrenz? Dazu habe ich sieben Punkte herausgesucht, von denen ich denke, dass sie vielleicht das Ganze systematisch etwas erfassen.

Der erste Punkt, den ich dem Zusammenhang nennen möchte, ist die individuelle Konkurrenz der Opfer. Damit meine ich, dass es sehr häufig die Situation gibt, dass verschiedene Gruppen von Menschen zusammentreffen auf solchen Erinnerungsorten, insbesondere auf Friedhöfen. Täter und Opfer werden hier im Tode vereint. Genau das haben wir auf dem Friedhof „In den Kisseln“ gesehen, auf dem SS-Leute begraben sind und gleichzeitig viele Opfer der Zwangsarbeit im NS-Regime. Wir haben vor Ort diskutiert, ob dies zulässig ist. Kann man diese Menschen hier weitgehend unkommentiert nebeneinander liegen lassen? Wir haben Ähnliches auch über das italienische Beispiel der Kriegsgräberstätte in Costermano gehört. In unseren Diskussio-

nen standen sich zwei Positionen gegenüber: Eine Seite argumentierte, dass der Tod der Menschen auch das Ende ihrer irdischen Konflikte bedeutet und dass es einer höheren Instanz überlassen bleiben muss, über Recht und Unrecht zu urteilen. Andere plädierten dafür, Täter und Opfer auch im Tod zu trennen, Verbrechen dieser Art vergehen auch nicht durch den Tod. Das Problem tauchte ebenfalls an der Mauer-Gedenkstätte auf der Bernauer Straße auf. Auch hier soll der Toten der Mauer gedacht werden und wieder stießen wir auf das Problem, dass sich Opfer und Täter nicht exakt trennen ließen. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die beim Dienst an der DRR-Grenze ums Leben gekommen sind durch Unfälle etwa, andererseits gedenkt man der ermordeten Flüchtlinge. Also auch hier diese individuelle Konkurrenz an einem Ort.

Eine zweite Kategorie ist die ideologische Konkurrenz. Die Gedenkstätte in Sachsenhausen ist ein Beispiel für diesen Aspekt. Das Konzentrationslager wurde von den Nationalsozialisten errichtet, es erinnert also einerseits an den NS-Terror und seine Opfer. Andererseits wurde es nach 1945 als sowjetisches Internierungslager genutzt und ist daher gleichzeitig auch ein Erinnerungsort des stalinistischen Terrors. Dadurch entstand ebenfalls eine Konkurrenz zwischen den Opfern des Stalinismus und des Nationalsozialismus. Beides ist keineswegs das Gleiche und birgt Konflikte in der Erinnerungskultur. Die Lösung des Konfliktes war die Trennung der Gedenkorte. In einem Teil der Anlage wird der nationalsozia-

listischen Opfer gedacht, in einem präzise abgegrenzten anderen Teil der Opfer des Stalinismus.

Drittens würde ich von einer politischen Konkurrenz sprechen; politische Konkurrenz insofern, dass es immer wieder auch Versuche gibt von politischen Akteuren, in das Gedenken einzugreifen: sei es durch die Einrichtung von Gedenktagen, sei es durch die Einrichtung von Mahnmalen oder ähnlichen Dingen. Politische Akteure spielen eine wesentliche Rolle in der Gedenkpolitik, nicht zuletzt auch, weil sie es sind, die die Finanzierung genehmigen. Hier entsteht eine Konkurrenz zwischen auf der einen Seite dem politischen Wunsch, sei es eines Parlamentes, sei es einer Regierung, und auf der anderen Seite der Zivilgesellschaft. Wir haben mit Herrn Prof. Morsch darüber gesprochen. Er ist der Vertreter der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, der gewiss pointiert dafür plädierte, dass sich die Politik aus der Gedenkstättenarbeit heraushält. Auf der anderen Seite ist es natürlich auch eine politische Aufgabe, über solche Dinge nachzudenken und zu definieren, welche Stellung Opfer und Täter der Verbrechen in unserer Gesellschaft und unserem Staat einnehmen. Diesen Aspekt haben wir auch an der Mauer-Gedenkstätte an der Bernauer Straße diskutiert. Einige in der Gruppe argumentierten, die Gedenkstätte sei eine Ausstellung der Sieger des Ost-West-Konfliktes. Die DDR bzw. die DDR-Perspektive auf die Mauer und ihre Opfer taucht nicht auf. Eine Präsentation über die Mauer aus DDR-Perspektive würde selbstverständlich völlig anders aussehen.

Es gibt hier also auch das, was ich politische Konkurrenz nennen würde, eine politische Form von Konkurrenz.

Viertens gibt es eine ökonomische Dimension der Konkurrenz. Ich fand das an der Bernauer Straße gestern sehr schön, wo uns der Leiter der Gedenkstätte mit den Worten verabschiedete: „Vielen Dank, dass Sie zu uns gekommen sind.“ Was er nicht gesagt hat, in Klammern weiter: „Und nicht zum Checkpoint Charly gegangen sind.“ Natürlich stehen die beiden Orte miteinander in Konkurrenz. Beide erheben den Anspruch, die Geschichte der Mauer und der Teilung Deutschlands zu dokumentieren. Hier spielen auch ökonomische Gründe eine Rolle. Er hat ja betont, dass das Museum am Checkpoint Charly rein privat organisiert ist, und sich auch privat finanziert. Andererseits ist aber auch eine öffentliche Gedenkstätte darauf angewiesen, dass die Besucher kommen. Das ist ein wichtiges Argument bei finanziellen Verhandlungen mit der Politik, um die eigene Relevanz nachzuweisen. Hier geht es auch unter den Gedenkstätten um den Kampf um Ressourcen. Das wäre also die ökonomische Konkurrenz.

Fünfter Punkt: nationale Konkurrenz. Wir haben heute Morgen darüber diskutiert, dass man in Frankreich eine ganz andere Perspektive auf den Holocaust entwickelt hat als in Deutschland und in Polen. Es gab gewisse Parallelen, aber grundsätzlich ist das doch sehr verschieden. Gestern haben wir gehört, dass es auch innerhalb

von Deutschland – also zwischen der DDR und der Bundesrepublik – verschiedene Perspektiven auf den 20. Juli gab. Die nationale Konkurrenz wird umso schärfer, je mehr eine Nation die Erinnerung an konkrete Ereignisse mit ihrer nationalen Identität verbindet. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist Katyn, jener Ort in Russland, an dem im Zweiten Weltkrieg etwa 4 400 Polen durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD ermordet wurden. Für Polen ist dieser Gedenkort bis heute zentral für das nationsbildende Selbstbild eines Opfers zwischen den Mächten im Zweiten Weltkrieg, für Russland ein Menetekel.

Worüber wir weniger gesprochen haben, ist die religiöse Konkurrenz. Kurz angedeutet wurde dieser Aspekt in dem Gespräch mit Pastor Fischer in der Kapelle der Versöhnung an der Bernauer Straße. Es ging um den täglichen Gedenkmoment in der Kirche um zwölf Uhr für die Opfer der Mauer, wo gefragt wurde, was ist denn eigentlich mit den nicht-christlichen Opfern an der Mauer? Er wich aus mit dem Hinweis auf den allgemein akzeptierten Ritus des Begräbnisses und der habe eben stark christliche Züge. Viel zugespitzter ist dieser Konflikt in Auschwitz. Auch darüber wurde kurz gesprochen. Hier haben katholische Polen einmal Kreuze aufgestellt in Erinnerung an die Polen, die dort ermordet wurden. Und sofort gerieten sie in einen sehr fundamentalen Konflikt mit Juden, die argumentierten, christliche Symbole könne man an einer jüdischen Gedenkstätte nicht verwenden.

Als letzte Kategorie soll die historische Konkurrenz erwähnt werden. Hiermit ist gemeint, dass die Perspektive auf die Opfer wie auf die Täter eines Verbrechens sich mit der Zeit wandelt. Der Mord an den europäischen Juden und die Ereignisse des 20. Juli wurden in den 1950er-Jahren anders bewertet als in den 2000er-Jahren und es ist sicher, dass auch die zukünftigen Generationen andere Interpretationen und Perspektiven finden werden, die notwendigerweise in Konkurrenz zu anderen treten.

Es bleibt die Frage nach den Gründen für diese verschiedenen Modi der Opfer-Konkurrenz. Drei Motive dürften eine Rolle spielen. Das erste ist das Ausmaß an Gewalt und die Masse der Toten, über die wir gesprochen haben. Die Dimension der Verbrechen erfordert einfach, dass man darüber spricht. Das Zeitalter der Katastrophen, wie Eric Hobsbawm das genannt hat, erfordert eine Debatte um die Ursachen und Folgen.

Hieraus resultiert ein zweites Motiv, der Wunsch nach Sinngebung. Eine solche Geschichte wie die des 20. Jahrhunderts, eine solche Kette von Katastrophen, die wir im 20. Jahrhundert erlebt haben, muss gedeutet werden, sonst kann man es nicht aushalten. Man kann nicht sagen, diese Menschen sind völlig sinnlos gestorben. So gibt es eine nachträgliche Sinngebung, eine nachträgliche Rechtfertigung. Wofür sind sie eigentlich gestorben? Über die Deutung der Ereignisse gehen die Meinungen auseinander, das ist selbstverständlich und auch

notwendig. Es ist einer demokratischen Gesellschaft nicht zuträglich, nur eine kanonisierte Deutung der Geschichte zu haben, ein pluralistisches Deutungsangebot ist daher wichtig. Es führt aber auch unmittelbar zur Konkurrenz unter den Deutungen.

Und das ist mit einem dritten Grund verbunden, denn es geht auch darum, neue Identitäten zu schaffen. Dies können nationale Identitäten sein, religiöse oder auch eine europäische Identität. Insbesondere die europäische Einigung wird in starkem Maße durch die Gewalterfahrung der Weltkriege gerechtfertigt. Das gilt seit den 1940er-Jahren und war starkem Wandel unterworfen. In den letzten fünfzehn Jahren hat insbesondere der Mord an den europäischen Juden an Bedeutung für die Rechtfertigung der Europäischen Union gewonnen. Diese Rechtfertigung Europas aus der Katastrophe heraus – sei es die Katastrophe des Holocaust, sei es die Katastrophe eben des Stalinismus und der mit ihm verbundenen Opfer – festigt die Europäische Union als Instrument zum Kampf gegen Rassismus und Gewalt. Es gibt andere Motive für die Konstruktion Europas, politische und wirtschaftliche vor allem. Die Opposition gegen Rassismus und Rechtsradikalismus als kulturelles Motiv hat aber seit dem Jahr 2000 an Bedeutung gewonnen.



Während der Führung an den Kriegsgräbern auf dem Friedhof „In den Kisseln“.

Fünf Fragen an Prof. Dr. Bernd Faulenbach

Nahezu beiläufig erwähnt Prof. Dr. Bernd Faulenbach im Gespräch am Rande des gemeinsam von Volksbund und Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten Seminars „Zur Konkurrenz der Erinnerungskulturen“ seine erste „mittelbare“ Begegnung mit dem Volksbund. Die ältere Schwester war gegen Ende der 1950er-Jahre, wahrscheinlich 1958, in ein Jugendlager des Volksbundes zur Kriegsgräberpflege mit nach Frankreich gefahren. Der jüngere Bruder war davon – wie er heute rückblickend sagt – „tief beeindruckt bzw. wäre selbst gerne mitgefahren“.

Sehen Sie eine Konkurrenz der Erinnerungskulturen in Deutschland und woran macht die sich fest?

Es gibt durchaus Momente, die auf Konkurrenzen hindeuten. Ich habe deshalb dazu auch einmal einen Aufsatz geschrieben. (Vgl. Bernd Faulenbach: „Konkurrierende Vergangenheiten?“, in: *Deutschland Archiv: Zeitschrift für das vereinigte Deutschland*, Ausgabe 4/2004 S. 648-659.) Es gibt in Deutschland verschiedene Komplexe, an die man sich erinnern muss: Da ist der Krieg, da ist der Judengenozid, da sind Formen von Terror im Nationalsozialismus, da ist die kommunistische Herrschaft mit ihren Opfern, da sind die Opfer von Flucht und Vertreibung und so weiter. Sie tauchen alle in der öffentlichen Erinnerung auf. Naturgemäß gibt es von daher auch gewisse Rivalitäten und hier und da auch

eine Konkurrenz um öffentliche Mittel und ähnliche Dinge mehr.

Wo und wie sehen Sie diese Konkurrenz, wenn Sie den Blick auf ganz Europa richten?

Wir haben in Europa Geschichtsregionen, die mit den unterschiedlichen Erfahrungen zusammenhängen. Zu den groben Gegensätzen gehört, dass im früheren Westen der Holocaust in besonderer Weise in der Erinnerung eine dominierende Rolle spielt, während in den früheren kommunistischen Ländern der Holocaust teilweise unterschätzt und man in besonderer Weise auf der Erfahrung kommunistischer Herrschaft insistiert. Dies sind Fragen, die auf der Ebene des Europäischen Parlaments eine Rolle spielen. Hier werden Resolutionen, Entschlüsseungen verfasst, die dann Gewichtungen vornehmen. Gewisse Spannungen und Gegensätze sind also auf der europäischen Ebene erkennbar.

In Ihrem Vortrag haben Sie ausgeführt, dass bestimmte Fragen offen bleiben müssen. Können Sie hierfür ein Beispiel nennen?

Es gibt eine Reihe von Fragen, die wir in den Zivilgesellschaften und auch in der Wissenschaft im Einzelnen noch zu untersuchen haben. So gibt es unterschiedliche Einschätzungen darüber, ob die Hungersnot in der

Ukraine Anfang der 1930er-Jahre, eine gezielte Mordaktion war oder zu den Erscheinungen gehörte, die die rücksichtslose Stalin'sche Politik mit sich brachte bzw. in Kauf nahm. Bei solchen Fragen, die in der Diskussion sind, kann nicht das Europäische Parlament oder sonst ein Gremium sagen, so oder so war dies. Es gibt in verschiedenen europäischen Ländern Tendenzen, bestimmte Interpretationen geradezu gesetzlich festzuschreiben. Das sind Erscheinungen, die ich für freie Gesellschaften für nicht angemessen halte. Ich glaube allerdings, dass dennoch die europäische Öffentlichkeit und auch die nationalen Öffentlichkeiten ihrerseits sagen müssen, was für sie selbst wichtig ist.

In der Gedenkstättenkonzeption des Bundes tauchen die Kriegsgräber des Zweiten Weltkriegs in Europa überhaupt nicht auf. Ein Versehen oder Ausdruck einer Verschiebung des nationalen Gedenkens in der Bundesrepublik?

Das ist eine schwierige Frage. Ich habe damals in den Enquete-Kommissionen des Bundestages und danach an der Arbeit an dieser Gedenkstättenkonzeption mitgewirkt. Wir waren damals mit anderen Fragen beschäftigt. Die Arbeit der Kriegsgräberfürsorge war nicht strittig, während über den Nationalsozialismus und seine Gegenwartsbedeutung heftig gestritten wurde. Auseinandersetzungen gab es auch über die kommunistische Vergangenheit oder über beider Verhältnis zueinander.

Da blieb die Frage der Kriegsgräber einfach etwas außen vor. Wichtig wäre mir im Hinblick auf die Gegenwart, dass wir die verschiedenen Erinnerungen und Erinnerungskulturen stärker vernetzen, zumal ich auch im Bereich des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in den letzten Jahren bemerkenswerte Entwicklungen feststellen kann, die erkennen lassen, dass man sich als Teil einer vielfältigen Erinnerungskultur betrachtet. Mir würde daran liegen, Brücken zu bauen, miteinander Diskurse zu führen, Bildungsveranstaltungen und so weiter.

Frank-Walter Steinmeier sprach in seiner Rede am letzten Volkstrauertag von tätiger Erinnerung, in die insbesondere junge Menschen eingebunden werden müssten. Was würden Sie darunter verstehen und wie könnte man das umsetzen?

Gedenkstätten haben – wenn sie gut gemacht sind – den Charakter, zum Nachdenken anzuregen. Sie geben keine fertigen Antworten. Anders als traditionelle Gedenkstätten sind diese Orte heute offener. Diese Offenheit ist eine Chance, von der Vergangenheit her die Gegenwart zu befragen. Gedenkstätten sollten meines Erachtens keinesfalls bei der Überwältigung stehenbleiben. Sie können zwar Empathie fördern, aber sie sollten gleichzeitig dazu anregen, Zusammenhänge zu durchdenken und Konsequenzen daraus zu ziehen. Tätige Erinnerungsarbeit bedeutet für mich zugleich, dass man in diesem Bereich auch mitarbeiten kann. Wir haben auf

der einen Seite die großen Gedenkstätten, die dann ihrerseits Workcamps und Ähnliches bieten. Es gibt dabei aber auch vor Ort immer wieder die Chance, etwas zum Bewusstmachen von Vergangenheit beizutragen oder dazu, etwas aus der Vergangenheit für die Gegenwart bewusst zu machen. Erinnerung heißt ja, ein Stück Vergangenheit in die Gegenwart hineinholen, zu vergegenwärtigen. Dass man an bestimmte Geschehnisse erinnert, das würde ich unter tätiger Erinnerungsarbeit verstehen, die ihren Platz auch konkret vor Ort haben kann.

Die Fragen stellte Thomas Rey.



Dr. Axel Klausmeier (2. v. r.), Direktor der Stiftung Berliner Mauer, erläutert der Seminargruppe Geschichte, Anlage und Konzeption der Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße.

einer Seminarteilnehmerin

Die Tagung „**Zur Konkurrenz der Erinnerungskulturen in Deutschland, Frankreich und Polen**“ vom 11. bis 15. Mai 2012 umfasste ein ehrgeiziges Programm, das aus Besuchen in und an verschiedenen Gedenkstätten in und um Berlin und Vorträgen hochkarätiger Referenten aus Deutschland, Frankreich und Polen bestand, die das Thema mit unterschiedlichen Schwerpunkten beleuchteten. Sie richtete sich an Wissenschaftler, Studierende und Interessierte aus den drei Ländern.

Kawthar El-Qasem

Nach der Begrüßung durch Thomas Rey, M.A. (Volksbund) und Prof. Boll (Friedrich-Ebert-Stiftung) und einer kurzen Einführung in das Thema der Tagung, erhielt Prof. Faulenbach das Wort. In seinem Impulsreferat machte er deutlich, wie stark die Erinnerung sich nach der Gegenwart richtet und damit ständiger Veränderung unterliegt. So erklärt sich auch, warum mit zunehmendem zeitlichem Abstand zum Geschehen Gesichtspunkte in den Fokus rücken, die zuvor verschwiegen wurden. So war kurz nach dem Zweiten Weltkrieg ein Erinnern an Widerstandskämpfer in Westdeutschland schwierig, da Widerstand den meisten noch als Verrat galt. Eine Differenzierung der Opfergruppen war

nicht ausgeprägt, denn das Trauma der Kriegserfahrung war noch zu gegenwärtig.

Seit dem Zweiten Weltkrieg ist aber dank der langen Friedenszeit und dem Fall des Eisernen Vorhangs einiges in Bewegung gekommen. Sowohl die Besuche als auch die Vorträge und Diskussionen vergegenwärtigten den Teilnehmern den ständigen Wandel von Inhalten der Erinnerung und der Art des Gedenkens. Diese sind von verschiedenen Faktoren abhängig, wie dem zeitlichen Abstand zum Geschehen (Prof. Faulenbach/Prof. Aleida Assmann), der gegenwärtigen Situation (Prof. Boll), dem „Willen der Gesellschaft“ (Prof. Morsch), der politischen Konstellation und dem politischen Interesse (Prof. Boll), dem Grad der Mythologisierung bestimmter Sichtweisen (Dr. habil. Camarade) und der politischen Verwendbarkeit (Prof. François), aber auch der medialen, juristischen und wissenschaftlichen Aufarbeitung und Repräsentation eines Themenkomplexes oder einzelner Aspekte. Interessant ist, dass in Frankreich und Deutschland Filme und Fernsehserien wie „Holocaust“ und „Shoah“, zu einer Veränderung in der Rezeption der eigenen Geschichte geführt haben.

Die Rolle der Getöteten

Die Toten spielen in der Erinnerungskultur eine wichtige Rolle, sie sind die Akteure, Täter und/oder Opfer des Erinnerten. Der Umgang mit ihnen, die Art, wie ihrer gedacht wird, wie sie benannt, kategorisiert, vikti-

misiert oder heroisiert werden, welcher Platz ihnen in der Geschichte zugewiesen wird, ob und was für eine Grabstätte ihnen gegeben wird, hängt wesentlich von gegenwärtigen Diskursen und Interessen ab. Der Grad der Differenzierung, den der aktuelle Diskurs zulässt, lässt ihre Sichtbarkeit variieren, lässt sie erscheinen oder verschwinden.

Ihre Bedeutung wird auf erschreckende Weise klar, wenn man bedenkt, dass ihre „Entsorgung“ durch Verbrennung ein fester Bestandteil der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten war. Ihnen in Form eines Grabes einen Raum zu geben, bedrohte die Logik der Vernichtung, denn dieser Ort bedeutete zugleich eine Materialisierung und Bezeugung des Verbrechens. Diese sollte verhindert werden, wie Überlebende der Konzentrationslager bezeugen: Es sollte auch sie nie geben.

Neben den verschwundenen Toten gibt es auch die anderen, Opfer und Täter, die in Massen- oder Einzelgräbern bestattet sind. Ihre geographische Verteilung erinnert die Heutigen an den europäischen Kontext dieser Geschichte, der inzwischen als notwendig für eine Aufarbeitung derselben angesehen wird. Er ist geeignet, um die Funktion von Erinnerungskulturen und Mythen für das Selbstverständnis und die Identität einzelner Nationen und Gruppen zu durchschauen und die eigene Rolle, gegebenenfalls die eigene Schuld klarer zu sehen. Das birgt die Möglichkeit eines umfassenderen Ver-

ständnisses und einer tiefer gehenden Versöhnung.

Die unterschiedlichen Erinnerungskulturen spiegeln sich auch in der Gestaltung der Erinnerungsstätten und Gedenkorte wider. Welche Ehrung wird den Toten (dadurch) zuteil? Welche Berechtigung hat diese Ehrung für wen?

Eine rege Diskussion löste auch der Besuch der Kriegsgräberstätte „In den Kisseln“ aus. Stephan Hadraschek (M.A.) gab den Teilnehmern eine Einführung in die Geschichte und Entwicklung des Ortes. So wurden die Gräber von Zwangsarbeitern, die zunächst unwürdig am Rande des Friedhofs lagen, erst später umgebettet. Während anfangs unterschiedliche Grabsteine Verwendung fanden, die eine Differenzierung zuließen, wurde 1951 die heute noch vorhandene Topographie verwirklicht, die mit einheitlichen Grabsteinen zu einer Gleichmacherei führte. Dadurch werden Fakten verschwiegen, so die Kritik, und zu wenig differenziert.

Außerdem ist die Benennung „Ehrenfelder“ irreführend, ebenso die Tatsache, dass Zwangsarbeitern, Kriegsoffizieren und Soldaten gleichermaßen das Recht auf ewige „Grabpflege“ zukommt, was angesichts der regulären 30-Jahre-Frist einer Würdigung gleichkommt, die zumindest bei „Tätern“ unangemessen und fragwürdig erscheint. Dem hielten manche entgegen, dass im Tod alle gleich seien und es dem christlichen Menschenbild entspreche, die Totenruhe eines jeden, unabhängig von sei-

ner Lebensführung, zu gewährleisten.

An dieser Stelle lässt sich erahnen, dass es im Rahmen von Erinnerungskulturen, gerade im Umgang mit Kriegs- und anderen Toten (z. B. Maueropfer) auch zu religiösen Konkurrenzen kommt. Zumal die Opfer nicht alle der christlichen Religion angehörten (neben Juden gab es auch Atheisten und zu einem geringen Teil Muslime), die Gedenkkultur sich aber stark am christlichen Menschenbild und an christlichen Traditionen orientiert und sich auf diese beruft. Sicher stellt eine Erinnerungskultur, die die Getöteten nach Religionszugehörigkeit erinnert, keine Alternative dar, geht es doch um das Verbrechen, das zu ihrem Tod führte. Dennoch wäre eine interreligiöse Auseinandersetzung sinnvoll, deren Ergebnis auf die Gemeinsamkeiten aufbaut, und somit die (vermeintliche) Vereinnahmung der Toten durch eine Religion, der sie nicht angehörten, vermieden wird.

Sichtbarkeit und Verschwinden: Orte und Wege

Während heute die Orte des Verbrechens und der Vernichtung sichtbar sind und als Erinnerungs- und Gedenkräume genutzt werden, waren sie zur Zeit des akuten Verbrechens jenseits der Lebensräume ihrer Opfer und ihres sozialen Umfeldes. Menschen wurden hunderte oder gar tausende Kilometer „transportiert“, manchmal „nur“, um sie am Zielort zu ermorden. Ihr Transport(weg), zumindest aber ihre „Abholung“ war

(für ihr Umfeld) sichtbar, während sie an ihrem Bestimmungsort verschwanden.

Diese Umkehrung von Sichtbarkeit und Verschwinden ist interessant, da heute die Wege, die Teil der Erniedrigung und der Qualen, aber auch Vorboten des Schreckens und des Todes waren, unsichtbar sind. Dennoch waren sie offensichtlich ein fester Bestandteil der Logik des Verbrechens und verdienen daher Aufmerksamkeit.

Unter „ökonomischen“ Aspekten ließen sich die langen Wege wohl kaum rechtfertigen. Aber in der Gesamtstruktur des Verbrechens bedeuteten sie eine Durchtrennung und Verunmöglichung sozialer Bindungen. Gleichzeitig ermöglichten sie die Schaffung eines „rechtlosen“ Raumes, ein Raum, in dem die Schreie und Stimmen der Opfer nicht mehr hörbar sind, Klagen nicht mehr möglich, sodass sie selbst verstummten angesichts der Unmöglichkeit, gehört zu werden. Die Transporte bedeuteten aber auch eine Hierarchie des Schreckens, eine ständige Bedrohung, dass es noch schlimmer kommen könnte, oder den Anlass für grausam enttäuschte Hoffnungen.

Der Tod als Paradigma

Die Statistiken der Kriege und der Katastrophen des 20. Jahrhunderts setzen unmissverständlich neue Maßstäbe: Die Zahl der Toten übersteigt das Vorstellungsvermögen der sich Erinnernden. Der Tod wird zum Pa-

radigma einer Zeit der grenzüberschreitenden, schnellen, gleichzeitigen und technischen Bedrohung auf hohem Niveau. Das Erinnern und Gedenken dreht sich häufig um die Frage nach den Opfern und ihren Schicksalen. Es kann immer nur eine Ahnung vom Ausmaß des Verbrechens, ein Wissen um das Nicht-Wissen vermitteln. Die Getöteten stellen stumme Fragen und fordern die Lebenden heraus. Was machen sie aus ihren Toten, Gefallenen, Opfern oder Helden? Wofür dienen sie einer Gesellschaft, die sich aus der Katastrophe heraus definiert? Sie können die Möglichkeit zum „absoluten Willen zur Ehrlichkeit dessen, was passiert ist“ (Prof. Wernstedt) bieten. Das Geschehene zu verstehen verlangt „einen Dialog zu führen“ und dafür „muss man sehr viel und genau um die Erinnerungskultur des jeweiligen Landes wissen“ (Prof. Wernstedt). Nicht selten war das jeweilige Land ein Feindliches zu jener Zeit. Nun braucht es den ehemaligen Feind, auf dessen Territorium die eigenen Toten liegen, um das Ganze zu verstehen und der Wahrheit näherzukommen. Die Gegenwart der Toten ist eine besondere Chance, die Ehrlichkeit, Bescheidenheit und Demut der Lebenden entscheidet darüber, ob es zu einem Missbrauch kommt oder nicht.

Prof. Jan M. Piskorski wies dabei zu Recht auf die Diskrepanz zwischen politischer und gesellschaftlicher Meinung hin und mahnte die Notwendigkeit an, öffentliche Debatten „klug, frei und verantwortlich“ zu führen, um Missbrauch zu vermeiden.

Konkurrenzen

Aufgrund des Ausmaßes der Gewalt und der Verbrechen des 20. Jahrhunderts hat die daraus resultierende Heterogenität der Opfergruppen eine Konkurrenz der Erinnerungskulturen zur Folge (Prof. Thiemeyer). Das Bemühen um eine Sinnggebung, aber auch die Rechtfertigung Europas aus der Katastrophe heraus und der Versuch eine neue Identität zu definieren, mündet in immer neue Erinnerungskonjunkturen. Die im Laufe der Tagung in den verschiedenen Beiträgen explizierten Konkurrenzen fasste Prof. Dr. Guido Thiemeyer in seinem Beitrag zusammen:

Individuelle Konkurrenzen entstehen aufgrund der Vielzahl der Betroffenen (Gruppen), ihrer Schicksale und ihrem Bedürfnis, gehört zu werden. Daneben gibt es eine ideologische Konkurrenz, wie etwa in Sachsenhausen, wo die unterschiedliche „Nutzung“ des Ortes verschiedene Täter und Opfergruppen hervorbringt, sodass ein Erinnern und Gedenken nur gelingen kann, wenn man es schafft, allen gerecht zu werden. Zudem schafft die Politik Konkurrenzen, da sie interessengetrieben ist und versucht, in die Erinnerungs- und Gedenkkultur einzugreifen. Die Akzeptanz eines solchen Einflusses hängt dabei wesentlich vom Selbstbild der Nation und dem Staats- und Politikverständnis insgesamt ab. Daran anknüpfend kommt es zu einer ökonomischen Konkurrenz, die sich aus dem Wettbewerb um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ergibt.

mischen Konkurrenz: Der „Erfolg“ einer Gedenkstätte ist für ihre Finanzierung ausschlaggebend. Er wird in der Regel an der Besucherzahl festgemacht. So war es zwar merkwürdig, aber nicht überraschend, bei einer Führung zum Abschluss den Satz „Vielen Dank, dass Sie sich für uns entscheiden haben“ zu hören. Aus den unterschiedlichen Erfahrungen der verschiedenen Länder und der Rezeption der Ereignisse ergibt sich auch eine nationale Konkurrenz. Nicht zuletzt gibt es eine religiöse Konkurrenz, die damit zusammenhängt, wer das Gedenken übernimmt, an welcher religiösen Tradition man sich orientiert und welche Religionszugehörigkeit diejenigen hatten, derer gedacht werden soll.

Erinnerungsräume

Erinnerungsräume sind vielfältig und existieren nebeneinander. Persönliche, familiäre, lokale, regionale, nationale und transnationale Erinnerungsräume beeinflussen sich gegenseitig und unterliegen – abhängig von äußeren und inneren Faktoren – einem ständigen Wandel. Gleichzeitig konkurrieren sie, wie bereits dargelegt, auf unterschiedlichen Ebenen miteinander.

Ihre bewusste und ehrliche Verknüpfung ist daher vielversprechend. Der auf diese Weise entstehende, erweiterte und gemeinsame Erinnerungsraum ermöglicht ein umfassenderes Verständnis der Vergangenheit, das Verirrungen, Mythenbildungen und Verzerrungen entgegen-

gesteuert und eine neuartige Identität ermöglicht. Ganz im Sinne des dialogischen Erinnerns (Prof. Assmann) ergänzt die Kenntnis des Erinnerungsraums des anderen die eigene Sicht und das eigene Wissen und erschließt bis dahin unbekannte Perspektiven (auch auf andere Zusammenhänge), sodass die eigene Rolle, gegebenenfalls die eigene Schuld, klarer wird. Der Einfluss der Ereignisse der Vergangenheit – vor allem aber ihrer Rezeption – auf gegenwärtige Identitäten, Befindlichkeiten und Konflikte kann enttarnt und auf konstruktive Weise umgelenkt werden.

Für die Zukunft wird es relevant sein, inwiefern es gelingt, neue gesellschaftliche Gruppen (z. B. Zugewanderte und Flüchtlinge) in die Erinnerung und das Gedenken mit einzubeziehen. Angesichts der identitätsstiftenden Rolle des Erinnerns birgt ein Gelingen in diesem Bereich großes Potential. Weiter wird es wichtig sein, den begonnenen Prozess dialogischen Erinnerns zwischen verschiedenen Gruppen und Nationen erfolgreich fortzusetzen, wobei eine Institutionalisierung der Erinnerung etwa auf europäischer Ebene kontraproduktiv zu sein scheint, da sie zu sehr dem politischen Willen und Interesse ausgesetzt ist. Außerdem wird durch eine Institutionalisierung immer auch die Vielfalt der Inhalte reduziert, sodass die Zwischentöne verschwinden, doch gerade diese scheinen für eine gesellschaftlich verankerte Erinnerung unverzichtbar zu sein.

Insgesamt zeigt sich in der Einbeziehung neuer Grup-

pen die Bereitschaft, den eigenen Erinnerungsraum zu öffnen, in diesen einzuladen und „gastfreundlich“ zu sein. Eine solche Einladung trägt zweifelsohne zu einer Verankerung des Diskurses in der Gesellschaft bei. Die Bereitschaft einzuladen oder Einladungen zu folgen, scheint auch von der Bereitschaft zum Wandel abhängig zu sein. Es könnten neue, überraschende Perspektiven entstehen, die das Selbstbild verändern und neu ordnen.



Während der in kleinere Gruppen aufgeteilten Führung
im Haus der Wannseekonferenz.

Zur Veranstaltung „Zur Konkurrenz der Erinnerungskulturen in Deutschland, Frankreich und Polen“

(Auszug aus dem Tagungsbetreuungsbericht, der die Relevanz
der Veranstaltung für die politische Bildung bewertet)

H.-Georg Lützenkirchen

1. Zu Inhalt und Programm der Veranstaltung

In der Matthäi-Kirche (Kulturforum) begann die Veranstaltung mit einer kurzen Begrüßung durch Thomas Rey (Volksbund) und Friedhelm Boll (Friedrich-Ebert-Stiftung). Es folgte das Impulsreferat von Bernd Faulenbach zur „Konkurrenz der Erinnerungskulturen“. Der Referent bezog sich auf die Entwicklung der Erinnerungskulturen seit 1945 in Frankreich, Polen und Deutschland. Er stellte zunächst klar, dass Erinnerung sich immer im Bezug zur Gegenwart entwickelt. So wie letztere sich verändert, verändern sich auch die Erinnerungen. Als zentrale Bezugspunkte benannte der Referent in allen drei Ländern den Zweiten Weltkrieg. Das nationale Bewusstsein bestimmt dabei die Deutungsmuster.

Der Referent gab anschließend einen Überblick über die Veränderungen der Erinnerungskulturen in den drei Ländern. In Frankreich und Polen habe sich in den letzten 20 Jahren die Deutung der Vergangenheit differenziert; in Deutschland, dem „Weltmeister“ der Vergangenheits-

bewältigung, wie der Referent Timothy G. Ash zitierte, hätten solche Differenzierungen vorher stattgefunden. In sieben Punkten fasste der Referent sein Resümee zusammen: 1. Die eigenen (nationalen) Erfahrungen prägen die Erinnerung; 2. Es haben Prozesse der Veränderung stattgefunden; 3. Politische Einflüsse bestimmen die Erinnerungskulturen; 4. Der Judenmord hat in Deutschland eine größere Bedeutung für die Erinnerungskultur als in Frankreich und Polen; 5. Das Jahr 1989/90 bedeutete auch hinsichtlich der Erinnerungskulturen eine Zäsur bzw. einen Neuanfang; 6. Nach wie vor dominiert (vor allem in Deutschland) ein „negatives Gedächtnis“; 7. Die nationalen Erinnerungsprozesse finden zunehmend im gegenseitigen Gespräch statt.

Im Anschluss des Referats fand eine plenare Aussprache statt. Nächste Station war das Mahnmal für die Ermordung der Juden Europas. Die Erziehungswissenschaftlerin Merle Funkenberg gab eine Einführung zum Stelenfeld. Danach „erkundeten“ die Teilnehmenden das Gelände. Zweiter Teil der Auseinandersetzung mit dem Mahnmal war der Besuch des „Ortes der Information“. Auch hier gab die Referentin einen kurzen Einstieg, bevor sich die Teilnehmenden auf eigene Faust im Gebäude informierten. Der Tag endete mit der nachgeholtten Vorstellungsrunde im Hotel. Jeder Teilnehmende stellte mit wenigen Worten jeweils seinen Nachbarn vor.

Mit dem Bus erfolgte am Morgen des zweiten Tages der Transfer zur Kriegsgräberstätte „In den Kisseln“. Ste-

phan Hadraschek, Vorstandsmitglied im Volksbund Berlin, führte über einige der Gräberfelder und erläuterte, welche Opfer des Krieges hier zusammengelegt sind. Es sind auf solchen Gräberfeldern keineswegs nur Wehrmachtssoldaten beerdigt. Opfer des Krieges sind auch Zwangsarbeiter, Gefangene, Bombenopfer. Weil dies an vielen Orten so ist, wurden die ehemaligen Soldatenfriedhöfe zu Kriegsgräberstätten. Irritation bei den Teilnehmenden löste vor diesem Hintergrund die einheitliche Gestaltung der Gräberfelder aus. Ist eine solche Nivellierung gerechtfertigt? Überwiegt hier gar ein gärtnerisch-gestalterisches Primat, dem sich die individuelle Nachfrage unterzuordnen hat? Die „Nivellierung“ der Gräber fand jedenfalls erst im Verlauf der 1950er-Jahre statt. Trotzdem lassen sich bestimmte Opfergruppen auf dem Friedhof finden, wenn man weiß, wo. Wegweiser jedenfalls führen nicht dahin.

Es folgte der Bustransfer nach Sachsenhausen. In zwei Gruppen wurden die Teilnehmenden dann von Mitarbeitern der Gedenkstätte und des Museums über das Gelände und durch die beiden Ausstellungen „Das Konzentrationslager Sachsenhausen“ und „Das sowjetische Speziallager“ geführt. Die „Konkurrenz“ des Gedenkens erweist sich in Sachsenhausen auf besonders eindringliche Art: Das Lager der Nazis wurde umstandslos nach 1945 zu einem Lager der Sowjets. Bis 1952 blieb es in Betrieb. Während der DDR-Zeit war dieses Lager kein Thema, dagegen wurde das Nazi-KZ zu einem zentralen Ort des antifaschistischen Gedenkens der DDR. Erst

seit 1989 ist das „Speziallager“ nun auch wieder Thema. Es kam zu einer unangemessenen Opferkonkurrenz, die sich auch in der Konzeption der Gedenkstätte niederschlug. Inzwischen haben sich die Gemüter beruhigt: das „Speziallager“ hat einen eigenen Ort des Erinnerns. Über die Gestaltung der Gedenkstätte mit der zweifachen Vergangenheit berichtete nach den Führungen im Sitzungssaal des zum Gesamtkomplex des Nazilagers gehörenden T-Gebäudes der Museumsleiter Günter Morsch im von Oliver Plessow (Universität Kassel) moderierten Gespräch mit den Teilnehmenden. Den Hinweis eines Teilnehmenden, die Gestaltung des Konzentrationslager habe wenig authentische Ausstrahlung (fehlende Originalbauten), nahm er zum Anlass einer vehementen Erläuterung der Grundlagen der Gedenkkonzeption in Sachsenhausen, die Denkmal und Mahnmal zugleich sei. Was bedeute Authentizität? Man sitze hier in dem nahezu noch im Originalzustand erhaltenen Besprechungsraum, in dem alle zentralen Entscheidungen zum Konzentrationslagersystem der Nazis getroffen wurden. Aus dem Fenster schaue man auf die ebenfalls noch vollständig erhaltenen Bauten der ehemaligen SS-Kaserne, die heute von der Brandenburgischen Polizei genutzt werde. Bei der Gestaltung des Lagers sei die Idee maßgebend gewesen, die „Geometrie des totalen Terrors“, die in der Anlage des Lagers als Dreieck zum Ausdruck komme, nachvollziehbar zu machen. Dazu wurden bestimmte Mahnmalelemente aus der Vergangenheit entfernt. Andere, wie der Obelisk, wurden als markante Bestandteile der ehemaligen

DDR-Erinnerungskultur an ihrem Ort belassen und sind heute selbst Denkmale der Vergangenheit. Neubauten oder Rekonstruktionen würden allerdings nicht vorgenommen. So stünden Denkmal und Mahnmal in Sachsenhausen nicht mehr in Konkurrenz. Der Referent machte deutlich, dass dergleichen Überlegungen sich immer wieder politischer Einflussnahme zu erwehren habe. Dazu gehöre auch ein zunehmend eindringlicher werdendes „europäisches Narrativ“, das Einfluss auf die Erinnerung nehme. Er warnte vor einer Bedrohung der „Freiheit der Erinnerung“, die sich durch solche Einflussnahme ergeben könne. Wenn die Erinnerung und die sie zum Ausdruck bringenden Gedenkstätten nicht mehr Ergebnis eines „emanzipatorischen Geschichtsbewusstseins“ (Geschichte als zivilgesellschaftliches Engagement) sei, sondern von oben verordnet würde, dann „verschwindet die Erinnerung“. Als Folge des differenzierten Erinnerns (von unten) habe man sich in Sachsenhausen für ein „dezentrales Ausstellungskonzept“ entschieden. Es gibt nicht mehr die eine große Ausstellung, sondern an verschiedenen Orten jeweils eigene thematische Schwerpunktausstellungen. Zum Abschluss gab der Museumsleiter einen Einblick in die Entwicklung der Besucherzahlen in Sachsenhausen. Sie seien stetig steigend. Allerdings mit einer Ausnahme: Die Zahl der deutschen Besucher, insbesondere der Schulen, ginge markant zurück.

Der dritte Tag begann mit dem Besuch der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße. In der ar-

chitektonisch durch ihre karge Schlichtheit beeindruckenden Kapelle der Versöhnung, die am Ort der 1985 von den DDR-Grenztruppen gesprengten Versöhnungskirche im Niemandsland der Grenze errichtet wurde, empfing Pfarrer Fischer, einer der Initiatoren der Gedenkstätte, die Teilnehmendengruppe. Er erläuterte in einem kurzen und prägnanten Vortrag die Entstehungsgeschichte dieses Erinnerungsortes. Er wies darauf hin, dass das Engagement der Bürger (bei dem er eine entscheidende Rolle spielte) diesen Ort erst nach langen Auseinandersetzungen mit Politik und Öffentlichkeit möglich gemacht hätte.

Im Besucherzentrum begrüßte anschließend Axel Klausmeier, Direktor der Stiftung Berliner Mauer, die Teilnehmenden. Er führte über einen Teil des Geländes und erläuterte die Konzeption der Gedenkstätte. Am historischen Ort Bernauer Straße thematisiert die Gedenkstätte im Kontext der dezentralen Mauergedenkstätten in Berlin die 'geteilte Stadt' und die Folgen der Teilung für die Menschen. Zugleich ist sie der zentrale Ort der Erinnerung an die Berliner Mauer und ihre Opfer. Die Gedenkstätte, die zurzeit noch ausgebaut wird, soll sich über etwa 1,3 km entlang der Bernauer Straße auf dem ehemaligen Grenzstreifen erstrecken. Zur Gedenkstätte gehört neben dem Besucherzentrum ein Dokumentationszentrum sowie eine Aussichtsplattform, von der sich der bereits fertige Bereich A („Die Mauer und der Todesstreifen“) einsehen lassen.

Im Anschluss wurden Arbeitsaufträge verteilt. Die Teilnehmenden sollten in Arbeitsgruppen Befragungen zur Gedenkstätte durchführen: mit Schülern, mit Anwohnern aus dem ehemaligen Westteil, dem ehemaligen Ostteil, mit Mitarbeitern der Gedenkstätten sowie Einzelbesuchern. Dazu wurden sie mit einem Fragebogen ausgestattet.

Die Ergebnisse der Befragung wurden in einem Seminarraum des Besucherzentrums vorgestellt und diskutiert. Die Antworten ergaben einen bemerkenswert vielfältigen Eindruck von der Akzeptanz der Gedenkstätte bei Besuchern und Anwohnern. Sie waren auch Anlass zu einer weiterführenden Diskussion unter den Teilnehmenden, die von Felix Ackermann (Berlin) moderiert wurde. Die Gedenkstätte sei doch sehr vom Blick der „Sieger“ geprägt. Sie fördere ein einseitiges Bild, das an manchen Stellen der historischen Komplexität nicht immer entspreche. Dabei gehe es nicht darum, die „Ungerechtigkeit“ der Mauer in Frage zu stellen. Aber warum tauche nicht einmal die „Argumentation“ der DDR auf? Muss man nicht doch auch darauf hinweisen, dass zu den Bedingungen der Mauer auch der andauernde Verlust an qualifizierten Menschen, die die DDR verließen, gehörte? Und was ist mit den Menschen, die im Osten an der Mauer litten? Zu sehen seien nur und immer wieder die fast schon zu Ikonen gewordenen Bilder aus dem Westen. So erschien einigen Teilnehmenden die Gedenkstätte auch in ästhetischer Hinsicht allzu sehr Ausdruck einer sehr „westlich“ geprägten Sichtweise.

Der zweite Erinnerungsort war die Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Bendlerblock. Zunächst gab es eine Führung durch die Ausstellung in zwei Gruppen. Anschließend referierte in einem Raum der Gedenkstätte die französische Historikerin H el ene Camarade über „Konkurrenzen im Erinnern an den Widerstand“.

Sie betonte, dass auch die Erinnerung an den Widerstand im Interesse der „nationalen Identität“ erfolge. In Frankreich sei dies bis heute der „Mythos der Résistance“. Ausdruck der deutsch-deutschen Konkurrenz des Erinnerns sei in der Bundesrepublik die Totalitarismustheorie gewesen, die lange Zeit als zentrales Deutungsmuster gedient habe. In der DDR habe der „Antifaschismus-Mythos“ das Erinnern bestimmt. Mit Folgen: Hier wie dort habe man den Widerstand nur in unvollständigen Teilen wahrgenommen und gewürdigt. Erst seit 1985, Auslöser sei die damalige Weizsäcker-Rede zum 8. Mai 1945 gewesen, verfolge man hier in der zentralen Gedenkstätte des Widerstands eine „integrale Konzeption“, die versuche, den Widerstand in all seinen Erscheinungen zu erfassen.

Die deutsch-polnische Erinnerungskonkurrenz sei ebenfalls durch die ideologische Konkurrenz bestimmt gewesen. In Polen habe man den deutschen Widerstand als „militärisch-bourgeoise Opposition“ abgewertet. Als Widerstand galt nur der polnische Widerstand („Helden der polnischen Geschichte“). Als problematisch habe sich für dieses polnische Verständnis schon früh he-

rausgestellt, dass der deutsche Widerstand teilweise mit Orten in Polen verbunden ist. In der Wolfsschanze fand das Attentat auf Hitler statt; der Kreisauer Kreis hatte seinen Mittelpunkt im schlesischen Kreisau.

Die deutsch-französische Konkurrenz sei durch eine mangelnde Anerkennung des deutschen Widerstands geprägt. Der Résistance-Mythos habe lange Zeit den Blick verstellt, so etwa auch auf die deutschen und österreichischen Emigranten, die in der Résistance aktiv waren. Allzu sehr habe aus der Perspektive der Bundesrepublik der Antikommunismus die Anerkennung dieses Widerstands verhindert.

In Abänderung der ursprünglichen Konzeption und weil einige Teilnehmende den Wunsch nach mehr individueller Erkundung der Gedenkstätten geäußert hatten, erhielten sie Gelegenheit, die Gedenkstätte auf eigene Faust zu erkunden. Einige Teilnehmende besuchten auch das 2009 eingeweihte Ehrenmal der Bundeswehr in Nähe des Bendlerblocks auf dem Gelände des Bundesministeriums der Verteidigung. Weil durch die individuelle Erkundung der Gedenkstätte die vorgesehene plenare Reflexionsrunde ausgefallen war, wurde diese am Abend nachgeholt.

Der vierte Veranstaltungstag begann in der Wannseevilla, dem Haus der Wannsee-Konferenz. Auch hier gab es zunächst eine Führung durch das Haus in zwei Gruppen. Anschließend gab es Gelegenheit, die Aus-

stellung im Haus individuell zu erkunden. Danach fand im Seminarsaal des Hauses eine plenare Runde statt. Zunächst hielt der französische Historiker Etienne François einen Vortrag zur „Erinnerung an den Holocaust in Frankreich und die Opferkonkurrenz – mit Vergleichen zu Deutschland“.

Erst seit den 1980er-Jahren, so der Referent, gewinnt in Frankreich die Erinnerung an den Judenmord an Bedeutung. Claude Lanzmanns Film „Shoah“ aber auch die US-Fernsehserie „Holocaust“ habe dazu beigetragen. Zuvor sei das Erinnern an den Krieg von der „Meistererzählung“ über die Rolle Frankreichs in diesem Krieg dominiert worden. Mit dem „Heldenepos“ habe sich auch eine Hierarchie der Opfer („Märtyrer“) durchgesetzt. An oberster Stelle rangieren die Opfer der Résistance, gefolgt von den gefallenen Soldaten. Erst unter den dann folgenden Opfern seien auch die Juden gewesen. Seit den 1970er-Jahren aber passten zunehmend die „Schablonen“ nicht mehr. Prozesse wie der gegen Klaus Barbie hatten ebenfalls Anteil an der „totalen Umkehr unserer Wahrnehmung“. Schließlich sei es Chirac gewesen, der 1995 erstmals öffentlich zum Ausdruck brachte, dass Frankreich eine Mitschuld am Judenmord treffe. Heute sei die Erinnerung an die Shoah bedeutsamer als an den Krieg – sie werde aber zunehmend abgelöst von einer neuen Erinnerung: die koloniale Vergangenheit.

Im Anschluss sprach der polnische Historiker Jan M.

Piskorski zum Thema aus polnischer Sicht. Er legte in seiner Darstellung den Schwerpunkt aber auf eine kritische Bewertung der vielen, aus seiner Sicht tendenziell zu vielen, Erinnerungsdiskurse. Er sprach von einem „Erinnerungs-Tsunami“. Nun würden diese auch noch internationalisiert. Aber sei das möglich? Er wolle darauf hinweisen, dass die monopolisierten Medienunternehmen die wesentlichen Akteure dieses Diskurses seien. Können diese eine globale Debatte ermöglichen? Es drohe eine Manipulation der Erinnerung auf Kosten der Kleinen und Schwachen. Die Debatten folgten einem „Drang nach Dramaturgie“ mehr, als dass sie tatsächlich zur Aufklärung beitragen. Es herrsche vielfach „Geplapper“ statt Debatte.

Im Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung fand schließlich die letzte plenare Phase des Seminars statt. Nach einer kurzen Reflexion der Vorträge in der Wannseevilla sprach die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann zum Thema „Das gespaltene Gedächtnis Europas und das Konzept der dialogischen Erinnerung“. Im Zentrum ihrer Ausführungen stand das Konzept des „dialogischen Erinnerns“. Es gelte im (internationalen) Gespräch miteinander die Erinnerungen auszutauschen. Nur so könne man anerkennen, dass beispielsweise das „Wunder von Bern“ für viele Ungarn die „Wunde von Bern“ bedeute.

Im Anschluss sprach Rolf Wernstedt über deutsche Erinnerungskulturen seit 1945 sowie die Aufgaben und

Funktionen des Volksbundes.

Der in Paris lehrende Historiker Guido Thiemayer moderierte schließlich eine auswertende plenare Runde. Er gab zuvor eine kurze Zusammenfassung der verschiedenen Konkurrenzen, die die Veranstaltung kenntlich gemacht habe. Er nannte die „individuelle Konkurrenz“ (z. B. Opfer und Täter auf den Gräberfeldern); die „ideologische Konkurrenz“ (z. B. Sachsenhausen); die „politische Konkurrenz“ (Vereinnahmung durch politische Interessen); die „ökonomische Konkurrenz“ (Gedenkstätte als Orte des Tourismus); die „nationale Konkurrenz“ sowie die „religiöse Konkurrenz“. Von Teilnehmenden wurde noch die „Generationenkonkurrenz“ hinzugefügt.

Die anschließende Diskussion mit den beiden Referenten sowie dem Moderator wurde mit der Methode Fishbowl durchgeführt. Zur Sprache kam unter anderem der Aspekt „Erinnern und Migration“: Inwieweit ist beispielsweise das „negative Gedächtnis“ (Krieg, Holocaust) ein Thema für die Migranten? Das „dialogische Erinnern“ wurde an Praxisbeispielen aus Israel und der tschechischen Republik anschaulich. Hier versuchen junge Menschen, die Geschichte ihrer Heimat mit jenen Menschen aufzuarbeiten, die einstmalig vertrieben wurden.

Eine abschließende Runde galt der Seminauswertung. Die Veranstaltung wurde sehr positiv von den Teilnehmenden bewertet. Man wünschte eine Fortsetzung.

2. Lernziel

Lernziel war es, die Konkurrenz der Erinnerungskulturen an unterschiedlichen Orten zu hinterfragen und ihre Relevanz für ein europäisches Miteinander zu diskutieren. Dadurch sollten zudem die Gedenkstätten als spezifische Lernorte einer „Demokratieerziehung“ befragt werden. Das Lernziel wurde in den sehr vielschichtigen Erfahrungen für die Teilnehmenden sowie in den Diskussionen an den Orten der Erinnerung erreicht.

3. Methodik / Didaktik

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Besuch verschiedener Gedenkstätten im Berliner Umland sowie in der Stadt selber. Das Seminar war also viel, zumeist mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs. Es gab auch keinen festen Seminarraum. Der Besuch der Gedenkstätten sah zunächst eine Führung vor, in deren Mittelpunkt Erläuterungen zur Konzeption und Entwicklung der jeweiligen Orte stand. Die Führungen waren in diesem Sinne mit den Gedenkstätten abgesprochen. Nach der Erkundigung der Orte gab es eine plenare Auswertung bzw. Diskussion mit Vertretern der Gedenkstätte und weiteren externen Fachleuten. Am zweiten Seminartag gab es abends nach dem Besuchsprogramm zudem

noch eine plenare Zwischenbilanz. Am Abschlusstag fand die Diskussion zu den Vorträgen in der Wannseevilla sowie die Auswertungsdiskussion in der Friedrich-Ebert-Stiftung statt.

Methodisch war das Seminar abseits der Vorträge vergleichsweise anspruchsvoll. Es gab eine – angesichts der räumlichen Situation im Hotel – ergiebige und abwechslungsreiche Vorstellungsrunde. An den Besuchsorten gab es individuelle Erkundungsanteile, nachdem die Teilnehmenden diese nach dem Besuch Sachsenhausens eingefordert hatten. Es gab spezielle Erkundungsaufträge an Arbeitsgruppen (Gedenkstätte Berliner Mauer). Die plenare Runde in der Friedrich-Ebert-Stiftung (gute Raumsituation) wurde methodisch abwechslungsreich (Fishbowl-Diskussion) gestaltet.

Bedenkt man, dass gerade Seminare mit hohen Exkursionsanteilen immer wieder Probleme haben, die aus Sicht der politischen Bildung erforderlichen (plenaren) Reflexionsphasen zu ermöglichen (geschweige denn methodisch zu gestalten), so konnte die betreute Veranstaltung dies fast schon vorbildlich leisten.

Alle Diskussionen fanden aufgrund der fachkundigen Teilnehmerschaft auf vergleichsweise hohem Niveau statt.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Abschluss des Seminars im Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

Über die Autoren

Prof. Dr. Aleida Assmann, geb. 1947 in Gadderbaum, studierte von 1966 bis 1972 Anglistik und Ägyptologie in Heidelberg und Tübingen. 1977 promovierte sie im Fach Anglistik in Heidelberg. 1992 habilitierte sie sich an der Neuphilologischen Fakultät



der Universität Heidelberg. 1993 erfolgte die Berufung auf den Lehrstuhl für Anglistik und Allgemeine Literaturwissenschaft an der Universität Konstanz. Gastprofessuren führten sie an die Rice-University, Houston, die Princeton University in New Jersey, die Yale University in New Haven, die Universität Wien und die Universität Chicago. Forschungsschwerpunkte seit den 1990er Jahren u. a.: Deutsche Erinnerungsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg, Kulturwissenschaftliche Gedächtnisforschung, Gedächtnistheorie.



Dr. habil. H el ne Camarade, geb. 1974 in Toulouse (Frankreich), Germanistin. Studium in Toulouse, Göttingen und Berlin. 1998 Agr gation. 1999-2002 wiss. Assistentin in Toulouse. 2003 Promotion in Toulouse. Seit 2004 Ma tre de Conférences an der Universität Bordeaux 3. 2011 Habilitation in Bordeaux. Stipendiatin der Alexander von Humboldt-

Stiftung. Forschungen zum Widerstand im Dritten Reich und in der DDR und zur Erinnerung.



Kawthar El-Qasem, geb. 1975 in Wuppertal, Studium der Architektur (Diplom) an der FH Düsseldorf, Aufbau-Studium Baukunst an der Kunstakademie Düsseldorf, derzeit Promotion zur „Rolle der mündlichen Überlieferung im Kontext der

Dekulturation“ an der Bauhaus-Universität Weimar, Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung, Mitbegründerin der Initiative Düsseldorfer Muslime (IDM) und des Wuppertaler Institut für Bildung und Integration (WIBI), Referententätigkeit, Durchführung von Lebendigen Bibliotheken und Seminaren für pädagogische Fachkräfte.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, geb. 1943 in Pyritz/Pommern, aufgewachsen in Westdeutschland, Studium der Geschichtswiss., Germanistik, Politikwiss. und Philosophie in Bonn und Bochum. Staatsexamen, Promotion; Lehrtätigkeit im Fach Politik



und Zeitgeschichte an der Fachhochschule Dortmund, wiss. Assistent und wiss. Mitarbeiter an der Ruhr-Universität Bochum, dann im Forschungsinstitut für

Arbeiterbildung (später Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation), dort seit 1982 stv. Direktor, gleichzeitig Lehrbeauftragter an der Ruhr-Universität. Seit 1993 Honorarprofessor im Bereich Zeitgeschichte, seit 1991 Vorsitzender der Expertenkommission und der Fachkommission Brandenburgische Gedenkstätten, 1992-1998 Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen, seit 1999 stv. Vorsitzender der Bundesstiftung Aufarbeitung, seit 2002 Mitgl. des Beirates der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, seit 2002 Mitglied der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, seit 2005 Vorsitzender des Stiftungsrates der Gedenkstätte Esterwegen. U. a. zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, zum Geschichtsbewusstsein und zu den europäischen Erinnerungskulturen.



Prof. Dr. Etienne François, geb. 1943 in Rouen (Frankreich), Promotion 1974 in Paris-Nanterre, Habilitation 1986 in Straßburg, Professor (em.) für Geschichte an der Universität Paris-I (Panthéon-Sorbonne) und an der Freien Universität Berlin, Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

H.-Georg Lützenkirchen, Jahrgang 1958, freiberuflicher Politikwissenschaftler und Autor, Köln. Studium der Politikwissenschaften, Volkswirtschaftslehre, Geschichte, Soziologie. Projektleitung und Beratung in Theorie und Praxis der Politischen Bildung (u. a. für die Bundeszentrale für politische Bildung). Konzeption und Durchführung internationaler Partizipationsprojekte in den Bereichen Geschichte, Gesellschaft, Kultur und Sport. Verschiedene Lehraufträge. Mitbegründer des Instituts für Fußball und Gesellschaft (Dortmund, Salzburg, Poznań).



Prof. Dr. Günter Morsch, geb. 1952 in St. Wendel/Saar, Studium der Neueren Geschichte, Psychologie und Philosophie, 1988 Promotion. U. a. langjähriger Bildungsreferent beim Deutschen Gewerkschaftsbund, 1989 Landesmuseumsrat im Rheinischen

Industriemuseum Oberhausen. Seit 1993 Leiter der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen, seit 1997 zusätzlich Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Vorsitzender des Arbeitskreises der Berliner und Brandenburgischen NS-Gedenkstätten, Mitglied in zahlreichen Gremien von Gedenkstätten. Seit 1993 auch Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin, 2001 Ernennung zum Honorarprofessor

der Freien Universität Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zu unterschiedlichen historischen Themen.

Prof. Dr. Jan M. Piskorski, geb. 1956 in Stettin, studierte von 1976 bis 1979 Geschichte, Archivwesen, Slawistik und Latein in Posen. Nach der Promotion und einem längeren Aufenthalt in Göttingen habilitierte er 1991 in Posen. Von 1992 bis 2005 leitete er den wissenschaftlichen Verlag von PTPN in Posen. Seit 2003 ist er Professor für Vergleichende Geschichte Europas an der Universität Stettin. Er war u. a. stellvertretender Vorsitzender der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission der UNESCO, Vorsitzender der Menschenrechtsstiftung Humanity in Action, Poland.



Thomas Rey, geb. 1961 in Witten, Politologe, Studium der Politikwissenschaft, Germanistik und Publizistik an der Westfälischen-Wilhelms-Universität in Münster, 1990 Magister Artium. 1991 Beginn der Mitarbeit im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. – bis September 2001 zunächst in Niedersachsen (Hannover und Braunschweig), seitdem in der Bundesgeschäftsstelle in Kassel. Hier zu-

letzt Leiter der Abteilung Gedenkkultur und Bildungsarbeit. Für den Volksbund Tagungsleiter der Veranstaltung.

Prof. Dr. Guido Thiemeyer, geb.

1967 in Köln, Studium der Geschichte, Philosophie, Volkswirtschaftslehre, Promotion an der Universität zu Köln, 1998 bis 2004 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Kassel, Habilitation in Kassel 2004, Lehrstuhlvertretungen und Gastprofessuren an den Universitäten Innsbruck, Siegen, Heidelberg und Köln, seit 2010 Professor für Zeitgeschichte an der Universität Cergy-Pontoise (Paris).



Prof. Rolf Wernstedt, geb. 1940 in Hamburg, aufgewachsen in Tangeln, Kreis Salzwedel. Abitur 1958 in der DDR, Flucht in die Bundesrepublik, Studium der Geschichte, der Philosophie und der Lateinischen Philologie in Göttingen und Heidelberg, 1966

und 1968 Erstes und zweites Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien. Schuldienst in Göttingen und Hannover bis 1972, 1972 bis 1974 Akademischer Rat an der Pädagogischen Hochschule Braunschweig, seit 1975 Lehrbeauftragter für politische Wissenschaft und ihre Didaktik an der Universität Hannover, seit 1989



bis heute Honorarprofessor an der Leibniz-Universität Hannover, mehrere Veröffentlichungen. Mitglied der SPD; Mitglied des Niedersächsischen Landtages 1974 bis 2003, 1990 bis 1998 Niedersächsischer Kultusminister, 1997 Präsident der Kultusministerkonferenz, 1998 bis 2003 Präsident des Niedersächsischen Landtages. Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates und des Landesverbandes Niedersachsen im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

Über den Mit-Initiator und -Organisator



Prof. Dr. Friedhelm Boll, geb. 1945 in Trier, Studium der Geschichte und katholischen Theologie in Bonn und Toulouse, Promotion in Bonn, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Sozialgeschichte e.V. und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, 1999 apl. Professor an der Universität-Gesamthochschule Kassel. Veröffentlichungen u. a. zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zum sozialen Konflikt (besonders des Streiks), zur historischen Friedensforschung, zur historischen Jugendforschung und zur biographischen Verarbeitung von Diktaturerfahrungen des Nationalsozialismus und des Stalinismus. Seit 2004 Vorstandsmitglied von „Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.“ und für die Friedrich-Ebert-Stiftung

Impressum

Herausgeber

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

Werner-Hilpert-Straße 2, 34112 Kassel

Telefon: 0561-7009-0, Telefax: 0561-7009-221

E-Mail: info@volksbund.de

Internet: www.volksbund.de

Spendenkonto

Konto: 3 222 999

Bank: Commerzbank Kassel

BLZ: 520 400 21

IBAN: DE23 5204 0021 0322 2999 00

BIC: COBADEFF520

Verantwortlich

Rainer Ruff, Generalsekretär

Redaktion

Thomas Rey

Gestaltung und Satz

René Strack

Fotos

Dr. Friedrich Keller und Manuel Mink (2)

Druck

Druckerei C. H. Beck, Nördlingen, 2012-4,5

Gefördert durch:

Lützowufer 1, 10785 Berlin

www.GedenkenundFrieden.de

info@GedenkenundFrieden.de

Tel. 0800 - 7777 - 001

Fax 0561 - 7009 - 221



**Stiftung
Gedenken
und
Frieden**



Der vorliegende achte Band der Buchreihe Volksbund *Forum* enthält Beiträge aus dem Seminar* „Zur Konkurrenz der Erinnerungskulturen in Deutschland, Frankreich und Polen“ vom 11. bis 15. März 2012 in Berlin.

Zum Programm gehörten auch Exkursionen zu Gedenkstätten und Kriegsgräberstätten. Zielgruppen der Veranstaltung waren Studierende, Geschichtsdidaktiker/innen, Gedenkstättenmitarbeiter/innen und weitere Multiplikatoren der historisch-politischen Erwachsenenbildung aus Deutschland, Frankreich und Polen.



* Dieses Seminar war ein erstes Kooperationsprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Der Volksbund setzte damit die 2010 begonnene Zusammenarbeit mit den politischen Stiftungen fort.